

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fonnte der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Zeile ober deren Raum 80 J.

Inhalt: Volksernährung, Volksauswucherung und Teuerung. — Das Wesen des amerikanischen Erbes. — „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. — Politische Umschau. — Arbeiterbewegung: Streiks, Ausperrungen, Währungsregeln, Differenzen. — Unternehmerpläne in Mecklenburg. — Bekanntmachung des Verbandes. — Berichte. — Wahlen, Würgen, Weiden. — Aus Belgien. — Ein Blick auf die Arbeiterbewegung in Finnland. — Aus Amerika. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlöhne, Subventionen zc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Verschlebung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Wanderzweig und Meisterstück. — Es ist erreicht!

Volksernährung, Volksauswucherung und Teuerung.

II.

Zu der betrachteten Volksauswucherungspolitik ist nun auch noch infolge der höchst ungünstigen Witterung eine schlechte Ernte gekommen, die eine weitere erhebliche Steigerung der Teuerung bewirkt. Das Mißgeschick ungünstiger Witterung und schlechter Ernten abzuwenden, hat der Mensch kein Mittel. Viel vermag er über die Natur, im Kampfe mit ihr; er kann sich Naturkräfte unterordnen, sie beherrschen, in seinen Dienst zwingen, ihre ihn bedrohenden Gefahren überwinden oder mildern und Segen aus ihnen gewinnen; aber so weit reicht seine Macht über sie nicht, in die Witterungsverhältnisse regelnd einzugreifen, der Sonne und den Wolken, dem Wind und dem Regen zu gebieten. Wie das Walten der Naturgesetze die Witterung bestimmt, so muß er sie nehmen; nichts nützt ihm gegen deren Ungunst sein Wunsch und sein Gebot.

Aber Lehren, erste, eindringliche Lehren kann das Volk aus dem Mißgeschick schlechter Ernten ziehen. Und ganz besonders das deutsche Volk. Selbst gute Ernten liefern ihm nicht die nötige Menge von Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh. Unsere Landwirtschaft kann, wie schon erwähnt, diese Menge nicht produzieren; wir sind angewiesen auf die Einfuhr von Getreide und Vieh, wenn die Volksernährung nicht eine die Volkskraft schwer schädigende Einschränkung erfahren soll.

Die Einfuhr wird bedingt vom Bedürfnis, das die heimische Ernte nicht befriedigen kann. Um wieviel geringer als die vorjährige Erntemenge die diesjährige ist, läßt sich noch nicht genau ermeßen; aber daß der Ausfall ein erheblicher sein wird, steht fest. Die Einfuhr wird also mindestens in demselben Maße steigen müssen, wenn dem Bedürfnis genügt werden soll. Aber da haben wir es mit der agrarischen Sozialpolitik zu tun, die darauf berechnet ist, die Einfuhr von Getreide zc. durch höhere Zölle zu erschweren, was gleichbedeutend ist mit einer Verteuerung dieser Produkte. Die schlechte Ernte an sich schon bringt eine bedeutende Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte mit sich. Das fehlt nun gerade noch, den Massen der arbeitenden Bevölkerung, die sowieso schon sehr unter der agrarischen Lebensmittelpolitik zu leiden haben, die Lebenshaltung noch mehr zu erschweren und zu verschlechtern. Zunächst wird die Fleischnot, die durch das Zusammenwirken von Zollpolitik und Grenzsperrung gegen die Vieheinfuhr in den letzten Jahren herbeigeführt worden ist, eine Verschärfung erfahren. Unausbleibliche Folge der schlechten Ernte — höchstwahrscheinlich ist kaum die Hälfte der vorjährigen Erntemenge an Getreide erzielt worden — wird eine Verminderung des Viehbestandes sein. Und da wird sich ja dann recht dräussig der „Segen“ der Futtermittelzölle erweisen. Eine erheblich größere Menge von Kartoffeln als sonst wird zur Viehfütterung Verwendung finden. Mindervertige Nahrung aller Art kommt an den Markt. Und teurer zugleich werden alle Produkte, deren das Volk zu seiner Ernährung bedarf.

Das sind sehr trübe Aussichten auf den Winter. Teures und schlechtes Brot, teures und schlechtes Fleisch, teure und schlechte Kartoffeln — vom Gemüse und anderen

Nahrungsmitteln gar nicht zu sprechen — werden im kargen Haushalt der „kleinen Leute“ dazu führen, daß Schmalhans Küchenmeister ist, noch mehr als bisher schon.

Der Volksernährung droht Gefahr. Es wäre Pflicht der Regierung, dieser Gefahr rechtzeitig, schon jetzt, ernste Aufmerksamkeit zu widmen. Wird sie dieser Pflicht genügen ohne Rücksicht auf agrarische Sonderinteressen? Jedenfalls muß sie eindringlichst daran gemahnt werden, daß es notwendig ist, die Getreide-, Futtermittel- und Viehzölle außer Kraft zu setzen, die Grenzsperrung aufzuheben, mindestens die Getreide-, Futtermittel- und Vieheinfuhr zu erleichtern. Auf andere Weise ist der Gefahr nicht zu begegnen.

In welchem Maße die derzeitige Zollpolitik die Lebenshaltung der Massen ungünstig beeinflusst, ist in der sozialdemokratischen Presse und in Arbeiterversammlungen schon oft dargelegt worden. Einige weitere Belege dafür gibt eine soeben im Verlage von Fischer (Jena) unter dem Titel: „Die Verteuerung der Lebenshaltung im Lichte des Massenkonsums“ erscheinende Publikation von Herr. Fürtb. Nach den Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. betrug von 1896 bis 1905 die Preissteigerung für Fleischwaren durchschnittlich 34 pZt. Von da bis zum Herbst 1906 vollzog sich eine abermalige Erhöhung von 18 pZt. (Preisliste der Jemung), zusammen also von 52 pZt. auf Fleischwaren. Fette, Eier und Milch wurden im Mittel um 28 pZt. teurer. Das bedeutet also eine Preissteigerung, die für die animalischen Nahrungsmittel im Durchschnitt 40 pZt. beträgt. Die vegetabilischen Nahrungsmittel haben eine Erhöhung von mindestens 10 pZt. erfahren.

Nachteil ist die Preissteigerung in allen Großstädten, ja, man kann sagen, allgemein im Deutschen Reich vor sich gegangen.

Aber nicht nur die Nahrung ist teurer geworden. Auch die Mieten haben überall eine erhebliche Erhöhung erfahren. Nicht minder sind die Bekleidungsstoffe, wollene und baumwollene Waren, Weißwaren, Schuhwaren, Haushaltsgegenstände aller Art bedeutend im Preise gestiegen.

Ein weiterer Artikel des Massenkonsums, der einem wahrhaft skandalösen, die Volksinteressen aufs schwerste verletzenden Wucherstystem dient, ist, wie schon kurz angedeutet, die Kohle. Der Kohlenwucher wird betrieben durch Syndikatswirtschaft. Die Kartelle der Unternehmer (Verkaufssyndikate, Preiskonventionen zc.) hat die deutsche Sozialdemokratie in einer auf ihrem Parteitag zu Frankfurt a. M. angenommenen Resolution dahin beurteilt, daß sie, wie überhaupt die großkapitalistischen Organisationen, „die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise“ seien. Das ist eine dem offenkundigen Tatsachen Rechnung tragende Erklärung. Aber die Sozialdemokratie hat sich auch niemals die schweren Schädigungen verhehlt, die den arbeitenden Klassen, der Masse der Konsumenten, der ganzen nationalen Wirtschaft erwachsen aus dem Streben der Kartelle nach einem Monopol, nach ausschließlicher Beherrschung des Marktes, aus ihrer Tenbenz wucherlicher Preistreiberei.

In diesem Bestreben tut sich besonders das Kohlen-syndikat, das aus Großhandelsfirmen gebildete Kohlenkontor, hervor. In rücksichtslosster Weise betreibt es die „Preisregulierung“, d. h. das Hinausschrauben der Kohlenpreise. Gerade jetzt wieder trifft die von ihm künstlich erzeugte Kohlennot Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und die Massen der kleinen Verbraucher, Arbeiter usw., sehr hart.

Nun beachten wir zunächst die gewaltige Steigerung, welche die Kohlenverwertung in Deutschland nach Ausweis der amtlichen Statistik im Verlaufe der letzten zehn Jahre erfahren hat. Im Jahre 1896 betrug sie in metrischen

Tonnen 85 690 000 Steinkohlen und 26 781 000 Braunkohlen. Bis zum Jahre 1906 incl. war sie gestiegen auf 137 118 000 Tonnen Steinkohlen. Natürlich ist in dieser Zeit auch der Kohlenbedarf der Industrie, des Verkehrs zc. ganz enorm gewachsen. Und gerade der hauptsächlichste dieser Umstände ist es, der dem Kohlenkontor die Wucherpraxis mit ermöglicht. Dies Syndikat „rechtfertigt“ die hohen Verkaufspreise, die es den Händlern vorschreibt, mit „Kohlenknappheit“ und mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Betriebskosten im allgemeinen; es wird behauptet, der Preis entspreche durchaus der beschränkten Menge des Produkts, der Höhe der Förderungskosten und der gesteigerten Nachfrage. Nun weiß man aber längst, daß das Kohlen-syndikat lange Zeit die Kohlenförderung entsprechend einer genauen Bewachung auf ein gewisses Maß reduziert und dadurch künstliche Nachfrage erzeugt hat, um die Preise zu treiben. Während die Arbeitslöhne um höchstens 30 pZt. gestiegen sind, hat das Syndikat im Laufe von kaum zehn Jahren den Preis für die Tonne Kohlen um mehr als 100 pZt. erhöht. Es hält mit Lieferungen aus seinen Lagerbeständen gesteuert zurück. Und indem es so dem inländischen Verbraucher die Kohle wucherlich verteuert, betreibt es eine Kohlenausfuhr nach dem Auslande zu Schleuderpreisen. Die Kohlenhändler sind nur noch Werkzeuge in der Hand des Syndikats; sie sind gezwungen, zu den Preisen zu verkaufen, die das Kontor vorschreibt.

Selbst die Großindustriellen und die Agrarier sind bereits rebellisch geworden gegen den Kohlenwucher. Es wird von dieser Seite die Erhebung eines Ausfuhrzolls auf Kohlen, die Beseitigung der Kohlenausfuhrzölle und die Erleichterung der Einfuhr von Kohlen unter günstigen Tarifbedingungen verlangt. Unter allen Umständen ist darauf hinzuwirken, daß der Verbraucher von Kohle nicht mehr von der Gnade des Kohlen-syndikats abhängen.

Derartige Anregungen sind schon öfter gegeben worden. Aber der preussische Staat hat sich ihnen gegenüber stets ablehnend verhalten und das fiskalische Interesse über das nationalwirtschaftliche gestellt. Er selbst fördert Kohlen in großen Massen und er hat das Bestreben, aus seinen Gruben so viel Geld wie möglich herauszuschlagen. In diesem Bestreben wird er vom Kohlen-syndikat unterstützt; erzielt dieses hohe Preise, so kann sie auch der preussische Staat nehmen. Und er nimmt sie unbedenklich, geleitet vom einseitigen fiskalischen Interesse, was gleichbedeutend ist mit einer Unterstützung des Syndikats durch den Staat.

Vom Reichstage dürfen wir ein energisches Eingreifen verlangen. Die Kohlennot und der Kohlenwucher haben ihn schon mehrfach beschäftigt. Schon einmal (Dezember 1900), als sogar Gemeindevorstellungen das Kohlen-geschäft in eigene Regie übernehmen, um dem schamlosen Wucher zu begegnen, hat er der Reichsregierung die Pflicht zugeschrieben, „der weit Volkstreife schwer bedrückenden Kohlennot wirksam abzuwenden und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern“. Damals waren die Kohlenpreise bei weitem noch nicht so hoch, wie sie jetzt sind. Und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie noch weiter steigen werden.

Aber in der Reichsregierung herrscht offenbar auch ein Widerstreit kapitalistischer Interessen. Das Geldmacher in den Regierungen, vor allem der preussischen, zur zweiten Natur geworden. Da drängt denn das fiskalische Interesse alle Erwägungen über die für die volkswirtschaftlichen Interessen verberblichen Wirkungen einer Überbeuerung des wichtigsten industriellen Rohmaterials, über die schwere Belastung des unerlässlichen Konsums von Brennmaterial völlig zurück.

Es muß aber der Regierung klar gemacht werden, daß es so nicht weiter gehen kann.

Soweit die Kreise, die an der Volksauswanderung interessiert sind, eine Verteuerung der Lebensmittel und der sonstigen Massengebrauchsgüter nicht leugnen können, suchen sie der berechtigten Erregung der Volksmassen zu begegnen mit der Behauptung: die Verteuerung werde nicht nur ausgeglichen, sondern sogar noch übertroffen durch die „gewaltige Steigerung der Löhne“ in den letzten Jahren. Das ist eine der dümmsten Unwahrheiten, die erfunden werden können. Ihre Urheber könnten sich doch fragen, daß die Massen, die unter der Teuerung leiden, die Massen der Arbeiter und die Mittelschicht, durch solche Vorpiegelungen nicht hinwegzutäuschen sind über die schlimme Tatsache, mit denen sie sich abzufinden haben. Sie selbst wissen am besten, daß zwischen der Lohnsteigerung, die übrigens durchaus nicht allgemein eingetreten ist, und der Verteuerung der Lebenshaltung ein starkes Mißverhältnis besteht. Das wird übrigens auch bewiesen durch völlig einwandfreie amtliche Feststellungen, so durch die für die Krankenversicherung in Betracht kommenden Berechnungen des durchschnittlichen resp. orisablichen Tagelohnes. Die Berechnung weist eine Lohnsteigerung von durchschnittlich höchstens 20 pSt. auf. Es kommen hinzu die Befehdungen der Gewerbeaufsichtsbeamten. In der letzten Zeit haben es sich auch Wissenschaftler bürgerlicher Richtung angelegen sein lassen, die Wahrheit nachzuweisen. So Dr. Karl Schürmann in den „Preussischen Jahrbüchern“. Dieser Mann untersucht dort in einem Artikel über „Arbeitslohn und Teuerung“ das Verhältnis zwischen der Steigerung der Lebensmittelpreise und der Steigerung der Löhne. Er kommt zunächst zu dem Resultat, daß allerdings entsprechend dem großen Bedarf an Arbeitskräften die Löhne während des verflossenen Jahres fast in allen Industriezweigen, wie er sagt, „erheblich“ gestiegen sind. Soweit in den Berichten der Regierungs- und Gewerbeämter zahlenmäßige Angaben gemacht sind, betragen die Lohnsteigerungen gegen das Jahr 1906 im Durchschnitt etwa 10 pSt. Nur in einigen Gegenden geht diese Ziffer über das Durchschnittsmäß hinaus. So belaufen sich die Lohnsteigerungen im Regierungsbezirk Magdeburg bis auf 25 pSt., Coblenz bis auf 20 pSt., Hannover und Münster bis auf 15 pSt. und in den Textilfabriken des Regierungsbezirks Erfurt bis auf 18 pSt. In dem Gewerbeaufsichtsbezirk Essen betragen die Lohnsteigerungen im Durchschnitt 5 pSt., in der Industrie der Steine und Erden einschließlich der Geleisen 5 bis 8 pSt., in der Metall- und Maschinenindustrie 6 bis 8 pSt., in der chemischen Industrie 4 bis 8 pSt. und in der Textilindustrie 7 bis 18 pSt.

Und die Rekrute der Medaille? Dr. Schürmann gelangt in der Untersuchung der Preissteigerungen verschiedener Nahrungsmittel und Wohnungsmieten zu folgendem Ergebnis:

„Eine sehr bedauerliche Erscheinung bei der augenblicklichen Lage ist ferner, daß trotz der großen Opfer der Unternehmer die Arbeiter mancher Industriezweige eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die zu jenen Opfern im rechten Verhältnis steht, nicht erreicht haben. Die Lebensmittelverteuerung und die stetige Steigerung der Wohnungsmieten haben eben den Mehrerwerb nicht nur absorbiert, sondern in einzelnen Fällen auch keinen Ausgleich ermöglicht. Wenn dieses schon dem allgemein besser gestellten Industriearbeiter gilt, der sich durch seine erhöhten Lohnforderungen einigermaßen schadlos gehalten hat, so muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich die wirtschaftliche Lage derjenigen, welchen

eine Einkommenserhöhung unerreicht war, namentlich der Heimarbeiter, nicht verschlechtert hat. All dieses ist ein Grund zu der Befürchtung, daß die Unzufriedenheit des Arbeitnehmers, welcher die Schläge nur einseitig von seinem Standpunkte aus betrachtet, trotz des besseren Verdienstes und der verkürzten Arbeitszeit noch größer geworden ist.“

Ein linksliberales Blatt, die Berliner „Volkszeitung“, warnt sehr eindringlich davor, die Lohnsteigerungen zu überschätzen und zu verallgemeinern. Sie schreibt:

„Tatsache ist, daß alle Gebrauchsgegenstände, die zur Lebenshaltung notwendig sind — mit einigen Ausnahmen, z. B. Zucker — in den letzten Jahren im Preise heraufgegangen sind. Dasselbe Erscheinung sehen wir jedoch nicht bei den Löhnen. Gerade in jenen Erwerbsarten, die ohnehin die geringsten Löhne zahlen, sind sie im allgemeinen nicht gestiegen. So in gewissen Zweigen der Textilindustrie, der Bäckereikonfektion, der Spielwarenherstellung; überhaupt vorwiegend in den hausindustriellen Arbeitszweigen. Von ihnen leben aber Hunderttausende deutscher Familien. Von diesen Löhnen spricht man heute weniger als von jenen in den Berufen mit starken Arbeiterorganisationen, wie z. B. in der Metallindustrie, in den Bau- und Holzarbeitergewerben. Aber auch diese Arbeiterkreise, der kleine Handwerksmeister, der Unterbeamte mit starker Familie und jener hausindustrielle Arbeiter empfinden es denn doch als eine starke Beeinträchtigung ihrer Ernährung, wenn sie auf die Dauer für das Pfund Fleisch 15 bis 20 p. mehr bezahlen sollen, und wenn ein Suppenbrot statt 60 p. 75 bis 80 p. kostet, wenn das Liter Milch um einige Pfennige im Preise steigt, ein frisches Ei nicht unter 7 p. im Sommer zu haben ist, wenn Seife, Stiefel, Wäsche, Kleidung und nicht zuletzt auch die kleinen Wohnungen, wenn sie hygienischen Ansprüchen genügen, teurer werden.“

Man sollte also, fügt das Blatt hinzu, „das öffentliche Urteil über die Wirkung der allgemeinen Teuerung nicht dadurch irre führen, daß man auf die Steigerung der Einkommen verweist.“

Schon allein die Tatsache, daß ausweislich der Statistiken der Schlachthäuser die Viehschlachtung ganz erheblich zurückgegangen und unter gleichzeitiger erheblicher Steigerung der Fleischpreise der Fleischkonsum bedeutend gesunken ist, darf als Beweis dafür gelten, daß die Erhöhung des Arbeitseinkommens, wo eine solche wirklich eingetreten ist, bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Verteuerung der Lebenshaltung. In der schon erwähnten Fünftischen Schrift wird das zur Erhaltung einer erwachsenen Person erforderliche Nahrungs- bzw. Geldquantum dahin berechnet: Unterstellen wir eine Arbeiterfamilie von nur sechs Personen, gleich vier Erwachsenen, und nehmen wir an, daß sie ohne jeden Alkoholkonsum auskäme, so bedeutete das immerhin noch eine Ausgabe an Ernährungsbedürfnissen von viermal 84 p. oder von 336 p. Den durchschnittlichen Nahrungskonsum mit 60 pSt. der Gesamtausgaben angelegt, verlangt das ein Tageseinkommen von 5,60. Wohl gemerkt: bei sehr bescheidenen Ansprüchen und bei sehr sparsamem und praktischem Haushalt. Wie viele Arbeiter gibt es, die täglich 5,60 verdienen? Das ist nur eine verschwindend kleine Zahl unter den Millionen. Die übergroße Mehrzahl muß fortgesetzt hungern und darben.

Die Situation für die arbeitenden Klassen wird um so ernster, je mehr etwa mit der Gefahr einer schweren wirtschaftlichen Krise gerechnet werden muß. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß solch eine Krise schon sehr bald ausbricht. Wenn sich mit der Teuerung, mit der Aushungerung des Volkes auch noch eine Stocung in

Industrie und Handel, eine Massenarbeitslosigkeit verbindet, wird das Unheil katastrophenartig werden.

Nichts ist natürlicher, als daß die Arbeiter, um den schlimmen Wirkungen der Teuerung zu begegnen, Lohnsteigerungen fordern müssen, wenn sie sich nicht den schlimmsten Entbehrungen unterwerfen wollen. Aber da wird man dann wieder das Geschimpf und Gepolter des Unternehmertums, der Agrarier und sonstiger Stützen der „Ordnung“ über die „unverschämten“ Arbeiter hören können. Und diese „Unverschämten“, die nicht einsehen wollen, daß es ihre Pflicht ist, schweigend zu dulden, werden wieder schwere Kämpfe zu bestehen haben, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Das aber möge eine Mahnung sein an die noch indifferente Masse der Arbeiter, die der gewerkschaftlichen Organisation und der politischen Organisation ihrer Klasse noch fernstehen, sich ihr anzuschließen, sie tatkräftig zu unterstützen. Es handelt sich jetzt darum, unter dem Druck der Teuerung einen energiegelben und erfolgreichen Kampf um die Lebenshaltung, um die wirtschaftliche Existenz der Arbeiter zu führen.

Dieser Kampf muß sich richten sowohl gegen die herrschenden Wirtschaftsfaktoren, wie gegen die reaktionären Gewalten und Parteien, die für die Vollausschüttungswirtschaft verantwortlich und darauf bedacht sind, die Arbeiterklasse wehrlos zu machen, sie zur Ohnmacht zu verurteilen. Bereits hat das Berliner Organ des Bundes der Landwirte für die Kohlensteuerung das Streben der Arbeiter nach kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen verantwortlich gemacht und Vergewaltigung der Arbeiter, Vernichtung der Koalitionsfreiheit und der Arbeiterorganisation, Anerkennung und Sicherung der willkürlichen Ausbeutung der Arbeitskraft gefordert.

Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß diese Forderungen den Wünschen und Bestrebungen des Unternehmertums, der herrschenden Klassen überhaupt, durchaus entspricht. Das Scharfmachertum ruht und rastet nicht. Es will den Arbeitern zu dem Unheil der Auswanderung, zu der Not und dem Elend auch noch die Entrechtung und Unterdrückung bringen. Diesen furchtbaren Bestrebungen müssen die Arbeiter die Macht ihrer Organisation entgegenstellen. Berufscollegen und Gesinnungsgenossen, wirket deshalb unablässig für Erhaltung dieser Macht!

Das Wesen des amerikanischen Trades Unionism.

B. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung und gemeinschaftlichen Handelns des internationalen Proletariats ist nicht erst von gestern und heute. Das klassische Dokument des modernen Sozialismus, das Kommunistische Manifest, klingt aus in dem Rufe: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! und die Internationalen Sozialistenkongresse und Gewerkschaftskonferenzen sind ein Beweis dafür, daß diese Erkenntnis schon längst praktische Bedeutung und Verwertung gefunden hat. Der letzte Internationale Kongress in Stuttgart mit seiner interessanten und wichtigen Tagesordnung wie: Militarismus, Kolonialpolitik, Auswanderungsfrage und die sich daran anschließenden Gewerkschaftskonferenzen haben auch wieder auf neue Beweise, wie notwendig und wichtig solche Zusammenkünfte und Verständigungen sind. Mag auch vorläufig das praktische Ergebnis noch sehr gering sein, was in der Verschiedenartigkeit der politischen und sozialen Verhältnisse der verschiedenen Nationen zum Teil seine Erklärung findet, so lernt man aber gerade in einer gegenseitigen Aussprache

Wanderzwang und Meisterstück.

Nur wenige Gewerbe des Mittelalters verglichen auf den Wanderzwang ihrer Gesellen. Es waren dann solche Handwerke, denen daran lag, die lokale Kunstfertigkeit ihres Gewerbes nicht durch Wanderzwang in alle Winde zu zerstreuen. So die Web- und Steinschleifer des Nahegebietes und des Schwarzwaldes, die Bijouterie-Arbeiter in und um Pforzheim, die Glasbläser und andere mehr. Für die meisten Handwerke aber war der Wanderzwang eines der notwendigsten Requiriten zur Erhaltung der selbstherrlichen Monopolstellung, welche die Zunftmeister in dem mittelalterlichen Wirtschaftsleben einnahmen. Und in der Tat brachte der Wanderzwang der Gesellen den Meistern einen dreifachen Vorteil. Er schloß sie erstens vor allzu großer und allzu schneller Konkurrenz, in dem er den jungen Handwerksgehilfen aus der Stadt, in der er gelernt und in der über ihnen die Schatten der Meister schwebten, in deren Verhältnis er durchaus kennt, auf Jahre hinaus in die Fremde trieb. Er sicherte den Meistern aber auch eine genügende Gesellenrezerve; denn aus dem hohen Prozentfuß der auf den Straßen des Deutschen Reiches halgenden oder in den Herbergen herumliegenden Handwerksgehilfen konnte jederzeit ein Mehrbedarf an Gesellenhänden gedeckt werden. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß trotz aller Schutzmaßnahmen, die das Handwerk gegen zu schnelles Anwachsen der Handwerksgehilfen durch bekannte Lehrlingsausbildung, verschärfte Aufnahme der Lehrlinge usw. getroffen hatte, das Mittelalter doch an einer Überproduktion von Handwerksgehilfen litt. Vor allen Dingen aber ergoß sich die Wanderhaft den Meistern brauchbare Gesellen. Der damalige Lehrling hatte trotz der üblichen vier- bis sechsjährigen Reizeit während dieser seiner Reizeit in der weitaus meisten Fällen erbärmlich wenig gelernt. Er war das Ausbeutungsobjekt des Meisters, das Haus- und Kinderädchen der Meisterin, der Kaufbursche, und

Spielball der Wesselen gewesen. Möchte er nun auf der Wanderschaft etwas lernen und sehen, wie er fortkomme. In Winterthur hatte man für die meisten Gewerbe einen sechsjährigen Wanderzwang, damit sie zu rechten Meistern und nicht zu Fußstapeln werden. Eine unbewusste Selbsteinschränkung dessen, was die Lehrlinge wohl gelernt haben mochten oder in Winterthur überhaupt lernen konnten. So jagte man denn unter dem heuchlerischen Vorgeben: „wer nichts getragen, lernt nichts ertragen“, die jungen Leute zwangsweise auf lange Jahre aus ihrer Heimat. Denn beim Wandern bildete eine 6-jährige Frist die Regel. Wintunter kommt es vor, daß ein oder das andere Handwerk gegen Zahlung einer bestimmten Summe ein oder mehrere Wanderschaften erläßt. So in Winterthur, wo die übliche Wanderschaft bei den meisten Handwerken fünf Jahre betrug, doch unter besonderen Umständen gegen Zahlung von sechs Gulden pro Jahr ein oder mehrere Wanderschaften erlassen werden konnten. Nur ganz vereinzelt finden sich kürzere Wanderschaften. So hatten die Bäder in Ansbach z. B. nur zwei Jahre zu wandern. Wesentlich kürzer war der Wanderzwang auch bei den Meisterbäueren. Wie sie mit allem günstiger gestellt waren, so hatten sie auch meistens nur die Hälfte der Zeit in der Fremde zu bleiben, die für die übrigen Gesellen vorgeschrieben war.

Daß die jungen Handwerksgehilfen ihre Wanderschaft tüchtig auszunutzen, bedarf gar keiner Frage. Deutsche Handwerksgehilfen fand man im Mittelalter in Mählen, Nowgorod wie in Byzanz, in Italien, Frankreich, England, kurz es gab kein Kulturland, wo solche nicht zu treffen waren. Johann v. Rehdens durchzog England, Portugal, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland. Hans Sachs war in Tirol, Genua, Rom, Lübeck, in Leipzig und im Thüringischen.

Mit reichen Erfahrungen und Kenntnissen kehrte die Mehrzahl der fortgewanderten Gesellen wieder heim. Und

noch nützten ihnen alle ihre Kenntnisse zunächst wenig zu ihrem ferneren Fortkommen. Sie erleichterten ihnen durchaus nicht die Gehftatmadung und die Erlangung der Meisterwürde. Dazu gehörte vor allen Dingen Geld, und der Egoismus der mittelalterlichen Handwerksmeister, denen an einem neuen weitgereisten Wilmmeister so gar nichts lag, hatte gar wohl dafür gesorgt, daß die verlangten und notwendigen Geldsummen so große waren, daß nur wenige der Gesellen an die Erlangung der Meisterhaft denken konnten. War der Geselle nicht von Haus aus vermögend oder kam ihm nicht ein besonderer Glücksfall zu Hilfe, so konnte er alt und grau werden, ehe er sich die nötigen Gelder von seinem Dozner zusammengeparnt hatte. Ein raffiniert ersonnenes System, das als erstes Geld, als zweites Geld und als drittes Geld erforderte, berrte dem Armen ein für allemal den Eingang zur Selbständigkeit. Da war vor allen Dingen der Anflug der Meisterwürde. Nicht, daß der Geselle zeigen sollte, was er könne, das hätte sich viel billiger und leichter erreichen lassen, sondern die Verursachung unerschwinglicher und nutzloser Ausgaben war ihr ausgeprochener Zweck. War es nicht eine an den Dazner herbeigezogene Verschwendung, wenn die Ehrlinger Schneiderzunft 1557 folgende Meisterstücke verlangte: Rod, Hofe, Wams, Kappe und Kragensack für einen Wblgen. Eine Quhede und ausgefärbte Schabe für eine Gehlfrau. Einen purpurnen Rod, einen roten und damastenen Wams für einen Bürger. Eine Vurialin-Quhede und eine schamottene ausgefärbte Schabe, und einen Anguifiner von Atlas für eine ledige Tochter. Einen langen Rod von Schamot und ein kleines Vurialinröcklein für einen Doktor. Dofen, Rod und Wams für einen Handwerksmann. Einen Atlasmantel und einen Unterrod für eine Bürgerfrau. Einen Leibrod, Dofen und Wams von Wölch für einen Bauer. Einen Mantel von rheinischem Tuch und eben solchen Unterrod für eine Bürgerfrau.

diese Verhältnisse besser kennen und findet so leichter den Punkt gemeinsamer Verständigung und schließlich auch die Mittel und Wege zu gemeinsamer Aktion.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft, von der hier die Rede sein soll, steht dem Gedanken der Internationalität, soweit er sich über die Grenzen Amerikas hinaus erstreckt, noch ziemlich fern. Auf der Internationalen Maurer-Kongress war ja, wie bekannt, auch kein Vertreter des amerikanischen Maurerverbandes anwesend, sondern nur die Union 11 in New York hatte einen, dem Gewerbe fernstehenden Genossen mit ihrer Vertretung beauftragt. Das hat seinen Grund nicht in der weiten Entfernung allein, sondern liegt vielmehr im Charakter und Wesen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung begründet, die wir unter dem Namen „Trade Unions“ etwas näher kennen lernen wollen.

Eine ausführliche und gründliche historische Entwicklung des amerikanischen Trade Unionismus zu geben, liegt nicht in unserer Absicht; auch würde das zu unserer Verfügung stehende Material hierzu viel zu spärlich sein. Immerhin ist es aber zum besseren Verständnis notwendig, einen kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Trade Unionismus zu werfen.

Ursprünge einer Arbeiterbewegung finden wir auch in Amerika bereits im 18. Jahrhundert, wie uns ein Streik der Bäcker von New York 1742, der erste Streik in Amerika überhaupt, Schuhmacherstreik in Philadelphia in den Jahren 1796, 1798 und 1799 zeigen. Aber alle diese Streiks waren spontane Ausbrüche, wie das ja auch ohne weiteres aus der noch schwachen Entwicklung des amerikanischen Handwerks und der Industrie ersichtlich ist. Arbeitervereinigungen mit sozialistisch-utopistischer Tendenz, denen die Theorie von Robert Owen und Fourier zu Grunde lagen, und die auch bereits als selbständige Parteien bei den politischen Wahlen auftraten, treffen wir dann im Jahre 1845 an. So schnell wie diese Vereinigungen entstanden, so schnell verschwanden sie aber auch wieder, und diese plötzliche Parteilichkeit, hat sich immer noch erhalten. Es kam hier nicht auseinandergelegt werden, was die Ursachen dafür waren und noch sind; hier sei einfach nur die Tatsache angeführt. Wie groß die Zahl der lokalen Gewerkschaften war, läßt sich nicht feststellen. Nationale Gewerkschaften wurden beim Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahre 1861 26 gezählt. Ihre Hauptforderungen waren: der Sechsstundentag, wöchentliche Lohnzahlung, höhere Löhne u. a. m. Von den Behörden wurden sie hart bedrängt, wodurch sie manchmal Strauß auszufechten und Geld- und Gefängnisstrafen zu erleiden hatten, hauptsächlich aus „Verschwörungssprossen“, die man gegen die Gewerkschaften injizierte. Der Ausbruch des Bürgerkrieges hemmte natürlich auch die Gewerkschaften in ihrer weiteren Entwicklung, und erst einige Jahre nach seiner Beendigung nimmt die amerikanische Arbeiterbewegung einen höheren Aufschwung.

Eine neue Epoche in der amerikanischen Arbeiterbewegung beginnt mit der Gründung der „Knights of Labor“ (Elder-Orden der Ritter der Arbeit) im Jahre 1869. Ihre Gründer waren Zugschneider in Philadelphia; an der Spitze Ulrich Stevens. Sie sollen dazu angeregt und beeinflusst worden sein durch das kommunistische Manifest. Die „Knights of Labor“ war eine sogenannte Geheimorganisation; sie setzte sich zusammen aus lokalen Vereinigungen, die sich über das ganze Land erstreckten und einer Zentralleitung unterstanden. Sie nahm sowohl gelernte wie ungelernte Arbeiter auf. Ihr Motto war: „Eine Kränkung des einzelnen ist ein Unrecht gegen alle“, oder „einer für alle und alle für einen“. Ihre hauptsächlichsten Kampfmittel bildeten der Sympathiestreik und der Boykott. Ungeachtet des sozialistischen Anstriches, den sie sich gaben, stand sie doch auf dem Standpunkt der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“. Jedoch gingen sie in ihren Forderungen und Zielen weit über das Maß des heutigen Trade Unionismus hinaus. Während in der „American Federation of Labor“ heute jede Politik prinzipiell ausgeschlossen ist, traten die „Knights of Labor“ damals für Verstaatlichung der Eisenbahn, Schifffahrt, des Telegraphen, Telefons usw. ein, als Mittel zur Abschaffung des Lohnsystems.

Die Organisationsform (Formelraum und Jerevanie), auch die Autokratie der Beamten, waren der Leistungsfähigkeit der Organisation sehr hinderlich, was zur Folge hatte, daß mehrere Zweigvereine oder „nationale Gewerkschaften“ einen Kongress veranstalteten, um einen Bund „unabhängiger“

Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung und Förderung der Arbeiterinteressen zu gründen. Dieser Kongress trat im Späthjahr 1881 in Pittsburgh zusammen, und es wurde die „Federation of Organized Trades and Labor“, die zunächst nicht als Konkurrent der „Knights of Labor“ gelten sollte, gegründet. Jedoch schon der zweite Kongress der „Federation“ brachte die Entgewinnung. War der „Orden der Ritter der Arbeit“ eine Organisation der britischen Einheit (Maurer, Tischler, Schmiede, Schneider etc. in einem Lokalan der Ordnung), so suchte an dessen Stelle der neue Bund die industrielle Einheit der Arbeiter zu setzen, also lokale und zentralisierte Berufsorganisationen zu gründen.

Inzwischen waren beide Organisationen sehr bemüht, ihr Ansehen und den Kreis ihrer Anhänger durch Propagierung von Forderungen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu stärken. Besonders wurde die Bewegung für den Achtstundentag betrieben. Vom 1. Mai 1886 an sollten acht Stunden einen gesetzlichen Arbeitstag ausmachen, und nach dem Willen des Ordens der Ritter sollte diese Forderung erzwingen werden durch die Generalstreikung, länger denn acht Stunden zu arbeiten. Dieser „Generalstreik“ war jedoch — wie bei der jungen und ungeklärten Bewegung nicht anders zu erwarten war — ein arger Fehlschlag. Die Folge davon war ein gewaltiger Rückgang beider Organisationen, besonders der „Knights of Labor“, die in ihrer Blütezeit an eine Million Mitglieder gehabt haben soll. Hinzu kam die immer schärfer werdende Dualität zwischen dem „Orden“ und der „Federation“, die schließlich zu offener Feindschaft ausartete und wodurch das Misstrauen unter Arbeiterkreise und der unabhängigen Gewerkschaften in die Leistungsfähigkeit der beiden Verbände gewiß nicht gehoben wurde. Diese Lage veranlaßte die „Federation“ sich zu reorganisieren und ihren Namen zu ändern. Seit dem Kongress in Columbus, 8. Dezember 1886, nennt sie sich „American Federation of Labor“ (Amerikanische Arbeiterföderation) und hat dann auch immer mehr Oberwasser bekommen, während der „Orden der Ritter der Arbeit“ nur noch ein schattenhaftes Dasein fristet.

In der Organisation der „Knights of Labor“ waren wenn auch nur schwach, politische Tendenzen in der Richtung nach einer selbständigen Arbeiterpolitik vorhanden, dagegen schließt die „American Federation of Labor“ jede selbständige Politik der Arbeiter als Klasse vollständig aus. Sie will auch heute noch nicht einsehen, daß die Arbeiterklasse, wenn sie innerhalb der heutigen Gesellschaft positive Vorteile erlangen und Erwerbslosen festhalten will, sich als selbständige Partei politisch betätigen muß. Ihre Parole ist: gewerkschaftliche Organisation im Sinne der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“. (Interessengemeinschaft) zwischen Kapital und Arbeit zur Erreichung ökonomischer Vorteile. Die Vertretung ihrer politischen Interessen überläßt sie den bürgerlichen Parteien, „Republikanern“ und „Demokraten“. Höchstens versucht sie zu wirken durch Petitionen, Delegationen, die dem Gouverneur oder anderen leitenden Staatsmännern die Wünsche bestimmter Arbeiterkategorien unterbreiten, und „by lobby“ durch Beeinflussung einzelner Mitglieder des Parlaments oder des Senats. Der Erfolg dieser Bemühungen ist gleich null. Trotz wiederholter Instruktionen in dieser Richtung, ist es der „Federation“ noch nicht gelungen, z. B. den achtstündigen Arbeitstag für die an Lohnarbeit beschäftigten Arbeiter gesetzlich festzulegen. Das gleiche trifft zu auf eine Reihe anderer Gebiete. Und wo sie mit dieser Politik wirklich etwas errungen haben, sind es auch nur Scheimerfolge, bleiben die Gesetze, eben weil keine wirksame Kontrolle fehlt, tote Buchstaben.

Nun kämpft die „Federation“ ja prinzipiell und auch tatsächlich für den Achtstundentag. Aber sie läßt sich dabei wiederum nicht von den Voraussetzungen der modernen Arbeiterbewegung leiten, nämlich, daß die durch die kürzere Arbeitszeit gewonnene freie Zeit dem Arbeiter in seinem persönlichen Interesse zur Erholung, Weiterbildung usw. zugute kommt, sondern sie (die Federation) hat dabei vor allem das das Interesse des Unternehmers im Auge. So sagt Compers, der Präsident der „Federation“: „Kürzere Arbeitszeit gibt dem Arbeiter mehr Gelegenheit, sich auszubilden und zu erholen — so daß er am nächsten Tage desto mehr leisten kann!“ Wir finden deshalb auch gerade in denjenigen Berufen, wo der achtstündige Arbeitstag vordringend ist, wie z. B. bei den Maurern, die intensivste, um nicht zu sagen

müderste Arbeitsmethode. Auch zeigt uns die Statistik, daß trotz kürzerer Arbeitszeit die Altersgrenze in vielen Berufen gefallen ist und daß die Sterblichkeitsrate von 18,8 p. Ct. im Jahre 1890, auf 16 p. Ct. im Jahre 1900 gesunken ist.

Es liegt natürlich im Wesen sowohl wie in der Tendenz der „Federation“, Streiks soviel als möglich zu vermeiden, und nur wenn sich die Unternehmer gar zu hartnäckig verhalten, kommt es auch dazu. Sagte doch John Mitchell, der amerikanische Bergarbeiterführer: „Arbeiter und Unternehmer könnten ganz gut in Frieden leben und dann wäre jeder Streik überflüssig!“ Das ist die Auffassung der meisten amerikanischen Gewerkschaftsführer. So sehen wir denn auch, wie beim Abschluß von Tarifverträgen unter Anwendung einer ganz verfehlten, unnützen Methode die Interessen der Unternehmer direkt gefördert und ausgleichsreiche Streiks, zur Unmöglichkeit gemacht werden. Anstatt beim Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen mit den Unternehmern großer Entschlossenheit, z. B. in der Metallindustrie mit ihren mannigfachen Branchen und Arbeitszweigen, darauf zu achten, daß die Verträge aller Arbeiter desselben Berufes zu einer Zeit ablaufen, verfährt man ganz ins Blaue hinein. Und so kommt es denn nicht selten vor, daß die Arbeiter einer oder mehrerer Branchen durch ihren Vertrag gebunden, bei Ausbruch von Branchenstreik in einem größeren Betrieb — zu „Stills“ (Streikbrechern) an ihren eigenen Verbandskollegen werden müssen! Derartige Fälle stehen durchaus nicht vereinzelt da, und die Compers z. B. stehen auf die Einhaltung der „Verträge“!

Am besten wird aber das eigentliche Wesen des amerikanischen Trade Unionismus charakterisiert und seine ganze Ungefährlichkeit für das Unternehmertum enthüllt durch die Tatsache, daß z. B. den Mitgliedern des großen, von Mitchell geleiteten, amerikanischen Bergarbeiterverbandes die Verbandsbeiträge von den Bergwerksbesitzern direkt vom Lohn abgezogen werden! Die Unternehmer sind also Kaffierer der Gewerkschaften! Wir in Deutschland können uns davon kaum eine Vorstellung machen.

Es würde ein Kapitel für sich bilden, zu untersuchen und darzulegen, woher einerseits die politische Indifferenz der amerikanischen Arbeiter und andererseits ihr konfessionelles Festhalten an einer überlebten Organisationsform und -aktivist herrührt. Soweit dies angängig ist, wird die Frage mit behandelt werden in dem nächsten Artikel, der sich mit der amerikanischen Maurerorganisation, ihren Besonderheiten, der Arbeitsmethode und den Beziehungen zwischen Vorgesetzten bzw. Unternehmern und Gesellen und dergleichen mehr beschäftigen wird. So nach und nach gewinnt aber auch in Amerika der sozialistische Gedanke, wenn auch noch langsam, so doch ständig immer mehr Ausbreitung. Von innen wie von außen wird in den „puren“ und „simpten“ Trade Unionismus Breche gelegt.

„Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer.“

Es sind bald zwanzig Jahre, daß wir die Leser des „Grundstein“ darauf aufmerksam machten, wie ungerecht die Bezeichnungen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ sind. Und inzwischen haben wir und andere des Themas nachgedacht, daß es in der deutschen Sprache kaum einen größeren Mißbrauch gibt, als daß man die Unter- oder Lehrenten der Arbeiter und Lehrenten der Arbeiter, die Arbeiter aber, die die Arbeit vollbringen, Arbeitnehmer nennt. Wir haben natürlich nicht darauf geredet, die Unternehmer von ihren althergebrachten, feilen Arbeitgebern, zu kurieren, aber wir durften doch hoffen, daß gebildete Leute in großer Zahl gegen den Unfug Stellung nehmen und dahin arbeiten würden, daß die Sprache nicht auf ein Kauderwelsch herabgewürdigt werde. Darin haben wir uns leider getäuscht. Aus jedem Schriftstück, Aufsatz, Zeitungsartikel etc. der bürgerlichen Gesellschaft spricht uns der „Arbeitgeber“ und der „Arbeitnehmer“ entgegen. Noch bedauerlicher will es uns scheinen, daß sich selbst die Arbeiter nicht haben freigemacht von der ebenso gedanken- wie geschmacklosen Wortwahl; denn auch in den Versammlungen und Verlautbarungen der Arbeiter nimmt es nur so von „Gebern“ und „Nehmern“. Und natürlich immer verkehrt wird der Kapitalist, der sich die Arbeit anderer aneignet, als der „Arbeitgeber“ bezeichnet.

In Wirklichkeit ist die Sache doch so: Der Arbeiter stellt einem Kapitalisten oder einem Handwerker desselben seine Arbeitskraft zur Verfügung und er bekommt dafür einen Geldbetrag,

Beim sogenannten „Meistertessen“ durfte sich der neue Meister auch nicht lumpen lassen. Sonst hätte er es von vornherein mit der ganzen Sippschaft verbrochen. Das übliche war da 1 Tonne starkes Bier, einige Rannen Rheinwein, Suppe, genügend Rindfleisch in Rostinen und Mandelbrühe, ein oder mehrere Schinken, ein Gericht Fisch, der notwendige Braten und hinterher Butter und Käse. Reichlich mußte alles sein, da die Gäste gewohnt waren, sich ein oder mehrere Praterlände mit nach Hause zu nehmen, auch für die Armen mußte noch übrig bleiben.

Damit war denn endgültig der Eintritt in das Meisterparadies erlaubt. Um die vielen Ausgaben wieder herauszuholen, machte dann der neue Meister es wie die anderen. Er überreichte die Konsumanten, knappte seinen Gesellen die Löhne und ließ sie solange wie nur irgend möglich arbeiten.

Es ist erreicht!

Seit Jahren bemühen sich eine Reihe Leute unter Aufwendung großer Geldsummen und Mühen, ein Luftschiff zu konstruieren, dessen Führung völlig dem Willen des Menschen untersteht. Viele Versuche haben ergeben, daß diese Aufgabe längst kein Strohgründchen mehr ist, und wenn die Probefahrten, die in der letzten Zeit immer häufiger veranstaltet wurden, auch noch sehr weit von dem erträumten Ziel blieben, so haben sie doch gezeigt, daß auch der Luftschiffahrt Bahnen nach dem Willen des Menschen angewiesen werden können. Ganz hervorragend hat sich auf diesem Gebiete ein Graf Zeppelin, der seine Versuchsanstalt auf dem Bodensee in der Nähe von Friedrichshafen errichtet hat. Xänger als ein Jahrzehnt hat er experimentiert und dabei viel Spott zu erdulden gehabt; nun ist er aber doch als erster im Stande gewesen, einen Ballon und Motor zu konstruieren, die die Möglichkeit der praktischen Verwertung sehr wahrscheinlich er-

Was sollte nun mit den teuren und nutzlos angefertigten Sachen geschehen? Die Anfertigung eines Staatsfestes war damals, wo die Elle halbwegs guten Zuckers 2½ Gulden kostete, auch für den wohlhabenden Bürgerstand eine verhältnismäßig große Ausgabe und wichtige Sache, daß sich nicht leicht jemand dazu hergab, das Risiko des Meistertodes zu tragen und seine Meisterschilde obenbrein von vielerlei Menschen prüfen, bestaunen, betatschen und herumklopfen zu lassen. Also war der größte Teil der teuren Ausgaben zum Fenster hinausgeworfen. Die bayerische Schusterordnung aus dem fünfzehnten Jahrhundert verlangte als Meistertitel aus einer Kuhhaut fünf Paar verschiedene Stiefel. Meistertische oder -schilde, die in das Handwerk einbezogen, brauchten nur die Hälfte dieses fünf Meistertitels zu liefern. Ein Meister, der auf dem Lande bleiben wollte, brauchte nur ein Paar Filzschuhe anzufertigen. Wollte ein solcher Landshuster aber die Märkte beziehen, mußte er die vollen fünf Meistertitel machen.

Zu diesen Summen, die die Anfertigung der Meistertitel verlangten, kamen die Ankosten, die so nebenher liefen. Während der ganzen Zeit der Anfertigung der Meistertitel stand der Meisterkandidat unter der Aufsicht der Sandversteigerungsmeisterei. Auch das war naturgemäß nicht billig, die Herren wollten gefüttert sein. In Gera verlangten 1861 die vier Schustergehilfen während der 14 Tage, während der die Meistertitel fertig sein sollten, nicht nur frei Bier, sondern auch das Essen. Jedoch sollten nicht mehr als acht Gulden bezehrt werden.

War der Meisterkandidat auf Grund der gelieferten Meistertitel für würdig gefunden worden, in die ehrende Rufe aufgenommen zu werden, dann hieß es abermals in denbeutel greifen, um das teure Meistertessen, die Aufnahmefestkosten und was drum und dran hing, zu bezahlen. Für gewöhnlich handelte es sich dabei um Gelder für die Obermeister, für die Schustermeister, die Handwerks-

geschorenen, Geld für die Begräbniskasse, für die Einschreibegelder, für ein paar Pfund Wachs für den Jungaltar und als Hauptgabe die Einschlagung in die Handwerkslade. In Würzburg kostete das Meistertitel, das heißt, die Zahlung an die Handwerkslade einem günstigen Meisterjohne sechs Gulden, einem, der eine Meisterschilde oder Tochter heiratet acht Gulden, einem in der Stadt Geborenen 16 Gulden, dem auf dem Landgebiete Geborenen zehn Gulden. Der Ausländer, der das Meistertitel in der Stadt erwerben wollte, zahlte 20 Gulden, für Landmeisterrecht 13 Gulden. Randmeister kamen überhaupt billiger weg. Die bayerische Schusterordnung verlangte von einem Landmeister 8 Gulden, daneben hatte er der Viertel Wein und den vier Handwerksgehilfen eine Wahlzeit zu geben. 1855 berechnete man im Gebiete von Schleibitz bei den Schufern die Kosten der Meistertitel, immer ohne Bürgergeld und die Ausgaben für die Meistertitel, auf insgesamt 20 Taler, wovon die Lieferung eines ledernen Feuerzeigers an die jeweilige Gemeinde kam. In Ansbach betrug das Meistertitel bei den Wädem in die Lade 8 Gulden, außerdem 4 Gulden Bezahlung an die Geschworenen.

Meistertische, oder wer Meisterstücker oder -Witwen heiratete, die zahlten nur die Hälfte. Auch die Beier Schumacherordnung von 1860 begünstigt die Männer von Meisterstücker und -Witwen. Es heißt da: „Wenn die Meisterstücker oder -Witwen sich mit einem Schumachergehilfen verheiraten, soll derjenige, der sie zur Frau nimmt, ein Jahr mit der Mutter zu dreien verschiedenen Morgen sprachen zubringen. Bei der ersten Mutter, gleich anderen, seinen Geburts- und Heiratsbrief vorlegen und um das Meistertitel bitten. Alsdann vor Bestimmung des Meistertitels 8 fl. in die Lade, 8 Groschen zu Bier, ½ fl. zum Reidentum, 8 Groschen für ein Pfund Wachs und 1 Groschen dem Schreiber geben, alsdann eine leibliche Collation den vier Meistermeistern ausrichten.“

der nur ein Teil von dem Werte ist, den der Arbeiter in seiner Arbeitskraft hingibt. Dazu nimmt der Kapitalist noch Vorzuschuß vom Arbeiter, denn dieser muß eine Woche lang, oftmals noch viel länger arbeiten — also dem Unternehmer die Arbeitskraft pumpen — ehe er Lohn bekommt. Durch seine Arbeit schafft der Arbeiter neue Werte, und die sind stets größer, als der Arbeitslohn; er, der Arbeiter, gibt also seine Arbeit dem Kapitalisten und der Empfänger der Arbeit, der Kapitalist, wäre also im richtigen Sinne des Wortes Arbeitnehmer. Aber auch in diesem Sinne halten wir das Wort für ein Scherz, das in die Wollschneiderei gehört.

Nun hat es kürzlich die „Arbeiter-Zeitung“ — die ja schon auf Grund ihres unheimlichen Namens dazu verpflichtet ist — unternommen, den „Arbeiter“ und „Arbeitnehmer“ zu redefinieren. Sie nennt den Hinweis einiger Arbeiterzeitleuten, daß diese Bezeichnungen verkehrt angewandt würden, einen „allen und beliebigen Scherz der sozialistischen Presse“ und „Recht diesem ewig wiederholten Unsinn gegenüber steht, daß der Sprachgebrauch dem Nagel auf den Kopf trifft.“ Unsere Verachtung zur Welt gekommenen Freundin argumentiert so: „Der Arbeitgeber ist wirklich Arbeitgeber, denn er gibt die wesentliche und entscheidende Einzahlung der Arbeit, nämlich Idee, Anregung und Möglichkeit des Arbeitens überhaupt. Ohne ihn wäre keine Möglichkeit vorhanden, Arbeit auszuführen; seiner Initiative verbannt der Arbeitsprozeß überhaupt das Dasein, und der Arbeitnehmer tut nichts anderes, als daß er diese in der Idee geschaffene Arbeit aufnimmt und rein körperlich ausführt.“ Der Arbeitgeber stellt das produktive (schöpferische), der Arbeitnehmer das rezeptive (empfangende) Element dar, und dieser Unterschied wird durch die Sprache ganz vortrefflich ausgedrückt.

Um diese ihre Meinung zu bekräftigen, holt die „Arbeiter-Zeitung“ ein Urteil der „Farbenzeitung“ heran, wonach „die sensitive (empfindliche) Tätigkeit des Unternehmers es vor allen Dingen ist, die ihn vom Arbeiter unterscheidet und ihn einen höheren wirtschaftlichen Wert verleiht.“ Wirkt der Arbeiter in der Hauptphase mit seiner Körperkraft, seiner körperlichen Geschicklichkeit, so arbeitet der Unternehmer vorzugsweise mit seiner Nervenkraft.“

Welches ist kompletter Unsinn, und zeigt entweder von trostloser Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse oder von einer ebenso wenig berechneten Unvorsichtigkeit. Der von der „Arbeiter-Zeitung“ ins Auge gefaßte „Arbeitgeber“ spielt in einer Unmasse von Betrieben, und gerade in solchen, in der Verfertigung verschwinden. In den großen industriellen Betrieben so wenig wie aus großen Bäumen ist es der „Arbeitgeber“, der „sensitiv“ und „produktiv“ tätig ist, sondern es sind Lohnknechte, gleich den Arbeitern, mögen sie sich Architekten, Ingenieure oder Kaufleute nennen; oder es sind vom Staat oder von der Gemeinde bezahlte Beamte.

Sehr trefflich kommt es häufig im Baugewerbe zum Ausdruck, daß der „Arbeitgeber“ reinweg gar nichts ist, nämlich bei Lohnzahlungen, wenn sein Auftrag- und Geldgeber ihn im Sinne läßt, und noch mehr bei Unfällen. Bei letzteren Vorkommnissen weiß der Unternehmer — Baron: „Arbeitgeber“ immer nichts, er ist für nichts verantwortlich; entweder ist es der Architekt, der den Bau fehlerhaft konstruierte, oder es sind Bauarbeiter und Polier, die nicht nach dem Rechte gesehen haben, und wenn alle Stricke reißen, dann sind ja noch die dummen Arbeiter da, die aus Unkenntnis oder gar aus Feindschaft die ganze Verlesung angerichtet haben.

Dieser Zustand ist natürlich unabhängig davon, ob sich der Mann „Arbeitgeber“ oder Unternehmer nennt, aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, um zu zeigen, wie gut wir solche Leute entbehren können.

Politische Umschau.

Schicksalsstunden der deutschen Politik. Die gegenwärtige Reichspolitik steht im Zeichen des Worts, d. h. des Zusammenwirkens der konservativen und liberalen Parteien im Sinne der Regierungsbildung. Selbst wenn man die politische Charakterlosigkeit der liberalen Parteien für ziemlich groß hält — und man kann das ruhig tun, ohne zu irren — bleibt das Verhältnis der beiden Parteien zu einander eine durch und durch unnatürliche Verbindung. Die Konservativen fühlen das wohl, und auch einige liberale

Parteiführer sind sich darüber klar, aber die Mehrheit der Liberalen glaubt tatsächlich an die Möglichkeit einer konservativ-liberalen Politik. Sie werden dazu durch ihr Streben verleitet, um jeden Preis aus ihrer bisherigen politischen Bedeutungslosigkeit herauszukommen, wobei sie freilich übersehen, daß gerade die Wollschneiderei am allerwenigsten dazu geeignet ist. Nur Kräfte, wie sie dem Willen so leicht von den Lippen gehen, können darüber hinwegtäuschen. Die Konservativen haben zur Zeit gar kein Interesse an einem Zusammengehen mit den Liberalen: sie haben ihre Politik gemacht, und zwar auf hohem Niveau. Der Politik ist in Sicherheit, was könnte ihnen also noch an der Freundschaft der Liberalen gelegen sein? Daraus folgt, daß sie sich in Fragen der inneren Politik zu irgend welchen Zugeständnissen gar nicht herbeilassen werden, wenigstens nicht in Fragen von etwas mehr als untergeordneter Bedeutung. Die Wollschneiderei wird uns also keine „liberale Aera“ bringen, wie uns die liberalen Wollschneiderei glauben machen wollen, sondern nur eine Fortsetzung der bisherigen Reaktion, die sich nur dadurch von der Vergangenheit unterscheidet, daß sie statt von einer konservativ-ultramontanen, von einer konservativ-liberalen Reichstagsmehrheit getragen wird. Ein wirkliches Interesse an dem Befehlen des Worts hat eigentlich nur die Regierung, und auch diese nur insoweit, als sie in der Person Willows verortet wird. Willow muß den Modus erhalten, wenn er nicht von der politischen Bühne abtreten will; denn er hat sich mit dem Zentrum zu sehr verfeindet, als daß es vorläufig wieder zu einem Bestandteil seiner Mehrheit machen könnte. Für das Zentrum aber finden die Zeiten längst vorüber, wo es sich in der Rolle der Oppositionspartei dauernd wohl fühlen konnte. Das möchte früher angehen, aber heute, nachdem es sich an den Sonnenchein der Regierungsgunst gewöhnt hat, ist das anders. Es ist zu sehr mit der Vergangenheit unserer Politik verknüpft, an dem reichspolitischen Sündenregister der letzten zehn Jahre ist es zu sehr beteiligt, als daß es die Möglichkeit zu einer dauernden Opposition hätte. Womit will es der Regierung unbequem werden, wo doch die Schuld der Regierung auch seine Schuld ist? Darum scheint es sich heraus aus der ihm zugefallenen Oppositionsstellung, und da das mit Willow als Reichstagsminister nicht geht, so arbeitet es mit Eifer an dessen Sturz.

In der Art nun, wie das gemacht wird, spiegelt sich das deutsche Wesen in seinen bezeichnendsten Zügen wieder. Um in Deutschland einen Minister zu stürzen, bedarf es nämlich nicht, wie in anderen europäischen Ländern, eines Appells an die Öffentlichkeit, einer parlamentarischen Aktion oder dergleichen. Nichts von alledem. In Deutschland wird die Politik von höheren Kräften gemacht. Nämlich so: das Berliner Zentrumblatt „Germania“ schildert in einem längeren Artikel das Verhalten Willows bei einer Interpellation Kaisermanns im November des vorigen Jahres. Damals hat es Willow bei der Verteidigung seines „kaiserlichen Herrn“ an dem für diese Zwecke erforderlichen Scheiß fesseln lassen. Das weiß alle Welt, nur der Kaiser nicht, dem man bisher das Stenogramm der „Germania“ neben nicht vorgelegt hat. Der Artikel der „Germania“ ist also gar nicht für die gewöhnlichen Leser dieses Blattes geschrieben, sondern nur für den Kaiser. Die Hintermänner der „Germania“ hoffen, daß Willows Sturz besiegelt ist, sobald der Kaiser durch den „Germania“-Artikel von Willows Verhalten bei der erwähnten Gelegenheit Kenntnis erlangt. Die Schwierigkeit liegt also nur darin, den Kaiser für die betreffende Nummer der „Germania“ zu interessieren. Sind die Hintermänner irgend eines höheren Laien sicher, der das schwierige Stück fertig bringt, so ist Willow ein toter Mann; mit seinem Meister fällt dann auch der Modus, das Zentrum kann wieder Regierungspartei werden und der Liberalismus bekommt sofort den Eintritt. So wird die deutsche Politik gemacht! Ein kleiner nebenbeiherlicher Umstand kann den Kurs der Reichspolitik nach der entgegengesetzten Seite schwenken lassen.

Und da müssen sich so viele brave Wissenschaftler ab, die treibenden Kräfte des politischen Lebens in schwer gelehrten Abhandlungen zu fixieren, holen die Erklärungen dafür aus allen Theorien, aus den verborgenen Falten des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart — sie wissen und

ahnen nicht, daß eine schlechtherrliche Schnurharthinde oder ein postfischer Dadel alle ihre Forschungsresultate über den Haufen werfen kann — oder umgekehrt. Das ist deutsche Politik!

Moderne Barbarei. Fast ungläubig klingt folgende Episode aus dem Militärleben: Der Oesomom Georg Drexler von Solzberndorf, Bezirk Gießenfeld, erhielt, wie die „Frankf. Tagespost“ in Nürnberg mitteilt, von mehreren Wunden eine Gefallenenurkunde zur Abkündigung einer 14tägigen Landwehrübung in Hammelburg. Mit Freuden hätte der patriotisch gesinnte Mann diesem Befehl Folge geleistet, wenn seine Familienverhältnisse nicht die denkbar traurigsten gewesen wären. Am 7. September war Einrückungstag; seine Frau hatte erst zuvor das Wochenbett verlassen, seine Mutter, die schon mehrere Jahre an Wasserkrampf krank darniederlag, sah stündlich ihrem Tod entgegen. Der Mann ließ nur durch die Gemeindevorstellung einen Gefallen aus dem Bezirkskommando schießen, um Befreiung von der Übung zu erreichen, unter Würdigung seiner bedauerlichen Verhältnisse und mit der Bemerkung, sich nächstes Jahr zur Verfügung stellen zu wollen. Die Antwort, die er erhielt, war, daß sein Gefallen nicht genehmigt sei, daß er jedoch sogenannter Prozentmann sei und sich unbedingt zu stellen habe. Er hoffte nun, beim Zusammenstellen am Bezirkskommando wieder wegzureiten zu dürfen. Aber weit gefehlt! Es konnten zwar 10–12 Mann wegzureiten, nur er nicht, obwohl er seine ganz trostlosen Verhältnisse dem Major meldete und um Befreiung bat. Der Major meinte nur, er müsse sich nochmals in Hammelburg melden: „Wie es dem Manne zu Mutte war, läßt sich denken: Zu Hause die sterbende Mutter, seine Frau noch sehr schwach, niemand zur Fütterung des Viehs; außerdem brauchte er noch jemand zur Pflege seiner Mutter. Daß der Unglückliche unter solchen Umständen nicht mit ganzem Herzen für Gott, König und Vaterland war, steht außer Frage. Seine Gedanken waren zu Hause, zumal er die Nachricht erhalten hatte, daß seine sterbende Mutter fortwährend nach ihrem Sohne rief. Am 11. September deponierte seine Frau um Anordnung des Arztes um Urlaub; er erhielt einen Tag. Er kam erst am 12. September nachhause heim und am 13. mußte er wieder einrücken. Er sandte ein Telegramm mit Antwort an seinen Rumpfeitel und bat um Urlaubverlängerung bis Sonntag, den 15. September. Die Antwort, die sehr lange auf sich warten ließ, war: Sofort einrücken! Der Mann feste sich auf sein Rad, fuhr im Eiltempo nach Nibingen zur Bahn, überquerte dort schwermütig einen in der Nähe des Bahnhofes wohnenden Wirtseigenen Rad zur Aufsehbahrung. Der Zug fuhr zur Abfahrt bereit und brachte ihn wieder nach Hammelburg. Am Montag, den 16. September, also drei Tage später, erhielt der Unglückliche eine weitere Depesche: Mutter gestorben, Verdingung Mittwoch. Nun erhielt er Urlaub zur Verdingung seiner Mutter. Das Kommando war sogar so lebenswürdig, ihm die weiteren zwei Tage bis 21. September zu schenken, denn an diesem Tage war die Übung sowieso zu Ende. — Soweit die Tatsachen. Ob die unglücklichen Stellen in diesem Falle korrekt gehandelt haben, wissen wir nicht, das eine aber glauben wir annehmen zu dürfen, daß es der Arbeit eines „vaterlandslosen Gesellen“ nicht mehr bedarf, um dem schwer Geprüften die „Liebe zum Vaterland“ aus dem Herzen zu rauben; das haben jene Stellen schon zu gründlich befohlen.

Ein Kulturbild. In Wülheim a. d. Ruhr, der Residenz des Königs Preußen, lebte seit einigen Jahren ein etwa 60 Jahre altes Mütterchen, eine Witwe St., mit ihrem 20jährigen Sohne im gemeinsamen Haushalt. Da die Witwe schon seit mehr, denn zehn Jahren an Rheumatismus und einer Herzkrankheit leidet und infolge dessen arbeitsunfähig ist, so hoffte sie, schreibt der „Vorwärts“, ihren Sohn, der Soldat werden sollte, vom Militärdienst frei zu bekommen. Sie glaubte, hierauf um so sicherer rechnen zu können, als sie bereits vier ältere Söhne für des „Königs Rad“ großgezogen hatte, d. h. die vier älteren Brüder dieses Jünglings hatten nämlich ihrer Militärpflicht genügt. Als Arbeiter mit eigener Familie konnten sie die Mutter nicht unterstützen, so daß der Jüngere der Mutter einziger Ernährer war. Doch obwohl die inständigsten Flehen und Bitten als auch ein Witzgeuch an den Kaiser blie-

scheinen lassen. Ueber eine kürzlich stattgefundene Probefahrt berichtet ein Augenzeuge, Dr. Hugo Geener, der „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

Als das Luftschiff das Bugstierfeld, mit dem es noch an unserem Motorboot angehängt gewesen war, losgeworfen hatte, glitt es in bedächtigem Tempo flach auf in die Luft, beschrieb eine riesige Kurve und nahm dann, schnell und schneller getrieben, den Kurs gegen Westen auf. Wir suchten ihm ordnungsgemäß in unserem Motorboot zu folgen, um im Falle einer Landung zur Hilfe zu kommen, falls es sein. Vergebliches Begehnen! Wir blieben zurück, denn er machte 25 Seemeilen und wir nur 10. Nach 20 Minuten gaben wir die Sache auf und konnten eben noch konstatieren, daß das Luftschiff über Meerzburghand. Dann war es im Dunkel verschwunden. Es war schon 2 1/2 Uhr geworden und das Luftschiff noch immer nichts zu bemerken. Wo war es geblieben? Hatte es sich auf „große Fahrt“ begeben oder war ihm etwas passiert? Da plötzlich, gegen 3 Uhr, erscheint am östlichen Himmel, fern über Wasserburg, eine kleine weiße Wolke, die Pulverdampf von einem Gefäß. Wir spähen schärfer hin: Es ist der Ballon! Er fährt über die Uferlinie des Sees dahin, genau jede Richtung mitmachend, und kommt schnell über Langenarten, wo er nützlich in die Gassen hinuntertaucht. Die Einwohner schauen noch neugieriger zu dem rätselhaften Ungetüm hinauf. Es ist eine Westbrise von etwa 8 bis 4 m in der Sekunde durchgekommen, und das Luftschiff fährt, wie wir durch unser Glas bemerken, nur mit dem vorderen Schraubenpaar gegen den Wind. Unter diesen Umständen hoffen wir, mit unserem Motorboot mitzufolgen zu können, und segeln in dem Moment, wo der Ballon über unseren Köpfen hängt, wieder nach Wanzell um. Wir sehen uns wieder getäuscht: Außer und sicher geht uns das Luftschiff davon, und als es bald darauf auch sein zweites Flügelpaar wieder spielen läßt, entschwindet es im blauen Dunste schnell unseren Blicken.

Als wir Wanzell wieder erreicht haben, war auch das Luftschiff inzwischen zurückgekehrt und hatte hier in seiner heimlichen Wucht mit Übungen neuer Art begonnen.

Während die Umschweifung des Sees lediglich zur Ausprobung der Motoren, der Stabilitätsverhältnisse und der Seitensteuerung gedient hatte, wurden vom Grafen Zeppelin jetzt Versuche mit der Vertikalsteuerung vorgenommen. Das Luftschiff stieg hinunter auf den See, ging wieder in die Luft, fuhr jetzt etwa 60, gleich darauf 100 m hoch über dem Wasser dahin. Verblüffend leicht schien das Fahrzeug dem Rente zu gehorchen, ohne jegliche Ballastabgabe und ohne jegliches Ventileziehen, lediglich mit mechanischen Mitteln gelenkt. Nach etwa einhundertm Ueber ging es dann definitiv auf den Wasserspiegel hinab, warf seinen Wasseranker aus und wurde von uns in Schleppe genommen und in seine Halle hängiert.

Das Zeppelinsche Luftschiff hat in 8 Stunden einen Weg von etwa 150 km gemacht, es ist über 4 Stunden in der Luft gewesen und hat mehr als 15 m Geschwindigkeit erreicht. Alles Resultate, die bisher noch nicht von anderen erzielt wurden. Die Bedeutung der Fahrt liegt aber doch nicht in diesen Resultaten, die Graf Zeppelin auch gar nicht einmal wollte. Das Luftschiff hätte ebenso gut noch ein paar Mal mehr den See umfahren können. Die Bedeutung der Fahrt liegt vielmehr in der Feststellung, daß ganz außerordentlichen Eigenschaften des Fahrzeugs in Bezug auf Stabilität und Steuerbarkeit. Horizontal wie eine Wassertrage schwebte das Schiff in stets gleichbleibender Höhe dahin, nicht durch einfallende Wellen, nicht durch die Ausfaltung des einen Motors, nicht durch den Druck der seitlichen Steuerung in seiner ruhigen Lage gestört. Wundervoll war die Präzision, mit der sich das festgefugte Fahrzeug steuern ließ, und ganz faszinierend waren vor allen Dingen die Sicherheit und Leichtigkeit, mit der man innerhalb eines Spielraumes von etwa 200 m Höhen Differenz das Fahrzeug ver-

möge seiner Vertikalsteuerung dirigieren konnte. Gerade diese letztere Eigenschaft ist unschätzbar. Ein Luftschiff mit einer solchen eminenten Steuerbarkeit muß in der Lage sein, sobald man weitere Übung in seiner Handhabung hat, unter den schwierigsten Bedingungen stets sicher in seinen Hafen gebracht zu werden, wenn es nur genügend großen Aktionsradius besitzt.

Was diesen letzten Punkt angeht, so hat die Probefahrt darüber noch keine Aufschlüsse gebracht. Der „Reform“ von 4 Stunden ist für dieses Fahrzeug nichts. Graf Zeppelin meint, daß er sich bei Gebrauch beider Motore 86, bei Gebrauch nur des einen 72 Stunden in der Luft halten könnte, wobei er im ersten Falle etwa 15 m, im zweiten etwa 11 m in der Sekunde zurücklegen würde. Es würde mithin eine Flugstrecke von etwa 2000 resp. 3000 km bedeuten. Nehmen wir an, daß sich auch nur die Hälfte dieser Annahme erfüllt, so würde das vollauf genügen, das Fahrzeug stets sicher in einen Hafen zu bringen.

Es ist aber kein Grund vorhanden, an dieser Galtse zu zweifeln. Die riesige Größe, in der man „starre“ Luftschiffe bauen kann, bringt eine enorme Tragfähigkeit solcher Schiffe mit sich, mithin schon unter sonst gleichen Bedingungen ein Vermögen langen Fluges. Dazu kommt, daß das „starre“ System die Außenhaut notwendig und zugleich — möglich macht, diese Außenhaut, unter der die 16 Gasballons wohlvorbereitet liegen, gegen Pressungen, also gegen Gasverluste mechanischen Ursprungs, sowie gegen die gefährliche wechselnde Föhnwindung zu schützen. Uns will scheinen, daß die großen Vorzüge dieser Außenhaut noch durchaus nicht genügend gewürdigt werden. Und doch glauben wir, daß es ihr nicht zum wenigsten zu danken sein wird, wenn das Zeppelinsche Luftschiff demnächst bei einer Dauerfahrt „Reform“ schafft, die man vor kurzem noch nicht für möglich hielt.

ben erfolglos! Auch der fünfte Sohn des alten, kranken Mitterheims mußte des „Königs Mod“ annehmen, obwohl man ihr die Befreiung des Jünglings, ihres Ernährers, in sichere Aussicht gestellt hatte. Die schwer geplagte Frau — jetzt bald 20 Jahren Witwe — hatte ihre Kinder ohne Zuhilfenahme der Armenkasse durch eigener Hände Arbeit großgezogen; aber als man ihr jetzt in ihrer traurigen Situation auch noch den letzten nahm, da wandte sie sich an die Armenverwaltung um Unterstützung. Für drei Monate, Januar, Februar, März, ward ihr auch eine Unterstützung zu teil, dann aber blieb sie ohne weitere Unterstützung aus. Da nun die älteren verheirateten Söhne der Witwe nicht wollten, daß die Mutter sich weiter um Unterstützung bemühen sollte, so übernahmen sie gemeinschaftlich die Fürsorge für die Mutter. Damit schied diese Seite der Frage erledigt.

Inzwischen betrieb die Mutter abermals ein Verfahren auf Befreiung ihres Jünglings — aber wieder erfolglos. Doch am 9. d. M. Abends, erschien nun plötzlich ein Polizeibeamter in der Wohnung der Witwe und teilte ihr mit, daß sie sofort alles bereit machen müsse zur Abreise, da sie aus Mülheim — ausgewiesen (11) sei; am anderen Morgen früh 6 Uhr werde sie zwangsweise abgeholt.

Pünktlich um 6 Uhr am anderen Morgen erscheint denn auch ein Polizeibeamter in Begleitung eines großen Hundes, um die kranke, 60jährige Frau über die Mülheimer Grenze zu schaffen. Doch dem Polizeibeamten und seinem Hunde blieb der Transport erspart. Das alte Mitterheim war bereits allein gegangen. Nachbarsleute hatten sie früh um 5 Uhr in leichter Kleidung aus dem Hause gehen sehen, ohne jedoch darauf zu achten, wohin. Seitdem ist die Bekauenswerte verschwunden. Dem gegen die Ausweisung protestierenden Sohne hatte der stellvertretende Herr Bürgermeister gesagt, daß die Ausweisung deshalb erfolgt sei, weil die Mutter in Mülheim noch keine zwei Jahre anwesend, somit noch nicht heimatsberechtigt sei. Dieser rechtlich formale Ausweisungsgrund ändert durch nichts an der Tatsache, er ist aber auch noch nicht einmal zureichend; denn die Witwe St. wohnte schon über zwei Jahre in Mülheim. Welches Unmuth von Härte tritt in diesem preussischen Kulturbild zu Tage! Selbst zugegeben, die kranke Witwe hätte wirklich das Heimatsrecht noch nicht in Mülheim besitzen, dann wäre es doch nicht mehr wie recht und billig gewesen, daß die Unterstützungsfrage durch Vermittlung der Mülheimer Behörde mit der Heimatsbehörde — in diesem Falle das nicht weit entfernte Münster — geregelt wurde. Vier Söhne hatte die Witwe beim Militär, der fünfte dient jetzt, und doch weist man der alten, kranken Frau an der Schwelle des Grabes die Tür. „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“

Städtische Wohnungsfürsorge. Die „Preussische Gesetzgebung“ veröffentlicht das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Beamten. Mit diesem Gesetz wird der preussischen Regierung ein weiterer Betrag von 15 Millionen Mark zu dem erwünschten Zweck zur Verfügung gestellt.

Schon seit einer Reihe von Jahren sind der preussischen Regierung vom Landtage zu diesem Zwecke Kredite bewilligt worden. Diese Kredite haben jetzt mit den neuesten 15 Millionen die Summe von 104 Millionen Mark erreicht. Die einzelnen Verwaltungen hatten sich entsprechend der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten an dem Verbrauch in recht verschiedener Weise beteiligt. Voran stand die Eisenbahnverwaltung, auf die nicht weniger als 59,5 Millionen Mark gekommen waren. Ihr folgte die Verwaltung des Innern, deren Angestellte erst später als die der übrigen Verwaltungen in dieses staatliche Tätigkeitsgebiet gezogen wurden. Auf sie waren 14,1 Millionen verwendet. Die Bergverwaltung hatte 11,8 und die Bauverwaltung 0,7 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die staatlichen Kredite werden teils zu eigenen Bauten, teils zu Darlehen an Bauvereinigungen usw. verwendet. Von den zu Anfang Oktober 1906 festgelegten Summen waren für den ersten Zweck 49,1 und für den letzten 85,5 Millionen Mark verwendet worden. Staatseigene Wohnungen waren rund 11 000 erbaut, und für 10 000 gemeinschaftlich erbaute Wohnungen waren die Gelder hergegeben worden. Bis zum Beginn des Oktober 1906 hatte dieser Zweig der staatlichen Tätigkeit die Erbauung von rund 21 000 Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte zum Ergebnis gehabt. Inzwischen sind natürlich weitere Wohnungsbauten gefördert worden. Nachdem das neue Gesetz erlassen ist, können auch die in Aussicht gestellten Gelder bewilligt werden.

Gewisse Mütter machen von dieser staatlichen Wohnungsfürsorge ein großes Aufheben. Man konstruiert daraus einen Beweis, „wie trefflich der Staat für seine Arbeiter und kleinen Beamten sorgt“. Genau betrachtet, handelt es sich doch nur um eine relativ geringfügige Leistung. Und auch von dieser Leistung würde man wohl noch nicht reden können, wenn der Staat selbst nicht ein Interesse daran hätte, seine Arbeiter und kleinen Beamten in der Nähe seiner Betriebe anzusiedeln. Daraus ergeben sich für die die „Wohlfahrt“ genießen, nicht gerade die angemessenen Verhältnisse. Vor allen Dingen sind sie an den staatlichen Betrieb stärker gebunden. Und umsonst bekommen sie die Wohnungen auch nicht. Vater Staat schenkt ihnen nichts. Die Fürsorge geht mit auf ihre Kosten.

Wohnungsfrage und Sozialdemokratie. Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, der in der ersten Oktoberwoche in Wien stattgefunden hat, stand u. a. auch die Wohnungsfrage zur Verhandlung. Parteisekretär W. narski erklärte ein Referat, dessen Inhalt in folgenden, von ihm vorgeschlagenen Thesen gipfelt:

„Die Wohnungsfrage gehört zu den Problemen, deren völlige Lösung auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. So lange die kapitalistische Ordnung besteht und die Wohnungen ebenso wie alle anderen Dinge nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern als Ware hergestellt werden, wird es auch unmöglich sein, den arbeitenden Klassen gesund-

heitlich und räumlich vollkommen befriedigende Wohnungen zu einem für sie erschwinglichen Preise herzustellen. Die durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel bedingte Zusammendrängung großer Menschenmassen an einzelnen Orten, treibt den Wert der Grundstücke in die Höhe und verteuert die Wohnungsmiete nicht bloß für die Arbeiter, sondern auch für alle kleinen Leute, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte verschiedensten Grades. Am fühlbarsten aber wird die durch die steigende Verteuerung der Miete auf der einen Seite und das Fehlen entsprechender kleiner Wohnungen in genügender Zahl auf der anderen Seite entstehende Wohnungsnot der Arbeiterklasse, die einen prozentual immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden muß und dadurch in ihrer Lebenshaltung noch mehr herabgedrückt wird. Um die Höhe des Mietzinses leichter erwidern zu können, wird ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung gezwungen, die räumlich und hygienisch ohnehin schon ungenügende Wohnung mit fremden Personen zu teilen. Dadurch entstehen schwere sanitäre und sittliche Gefahren, und mit dem Fehlen eines wirklichen Heims fehlt jede Grundlage für die Entwicklung eines wirklichen Familienlebens. Zugleich entstehen in allen Städten in den vornehmlich von den ärmeren Klassen bewohnten und überfüllten Stadtvierteln Seuchenherde, die bei jeder Epidemie Opfer an Menschenleben fordern. Wenn auch eine vollkommene Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann, so muß doch der Kampf gegen diese Mißstände schon heute mit der größten Energie geführt und einer wirksamen Wohnungsreform der Weg gebahnt werden. Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag den Erlass eines Reichswohnungsgesetzes, die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten, deren Aufgabe die Organisation einer Wohnungsinspektion, die Heranziehung von Hilfskräften aus der organisierten Arbeiterklasse, eine regelmäßige Wohnungsstatistik und Wohnungsvermittlung sein muß. Ferner wird gefordert die Reform der Bauordnung mit weitgehenden Bestimmungen über die hygienische Einrichtung der Häuser und Wohnräume, eine Reform des Steuerwesens, ausgiebige Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses an Grund und Boden, Ausdehnung des Enteignungsrechtes der Gemeinden, Erbauung eigener Miethäuser mit billigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden in eigener Regie, Reform des Verkehrsrechts und Erleichterungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb ihres Arbeitsortes wohnen. In den bürgerlichen Verfassungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erblidet der Parteitag keine Verbesserung im Interesse der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Bänderung der Wohnungsnot. Dagegen empfiehlt er die Unterstützung gemeinnütziger Bauvereinigungen, soweit sie auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind. Die Vorbedingung zu jeder gezielten Reform des Wohnungswesens oder ist die Beseitigung des volksfeindlichen Haus- und Grundbesitzprivilegs und die Demokratisierung der Verfassung. Deshalb fordert der Parteitag als wichtigsten Schritt zu jeder ernsten Reform die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Land und Gemeinden.

Das Kleinwohnungswesen. In einer Schrift „Ein Beitrag zur Lösung der Frage des Kleinwohnungswezens“ macht Regierungsbaumeister A. D. St. Siebold Vorschläge für den Bau von Arbeiterwohnungen. Er meint, es sei mit Hilfe des erweiterten Rentenbankkredits möglich, ein Einfamilienhaus mit einem halben Morgen Garten bei einem Bodenpreis von etwa 60 $\frac{1}{2}$ pSt. binnen und $\frac{1}{2}$ pSt. Amortisation übernimmt und der Erwerber nur das letzte Viertel — und auch das mit Hilfe der Gemeinde oder einer gemeinnützigen Baugesellschaft oder des Arbeitgeber — zahlt, so kann ein Arbeiter schon mit einerbaren Summe von 4 500 eine solche kleine Wohnung übernehmen.

Der Verfasser hält es technisch möglich, zu dem Preis von 4 500 bis 4 000 ein prächtiges, in architektonischer Hinsicht befriedigendes ländliches Haus für die Bedürfnisse einer Familie zu bauen. Er stellt folgende Berechnung auf:

Für den normalen Fall, daß das Land 600 und der Bau 3 500 kostet, übernimmt also die Rentenbank drei Viertel = 8 075 zu 4 pSt.; das macht für den Erwerber 123 Zinsen. Bei fortlaufender Zahlung wird die Rentenbank in 60½ Jahren getilgt und das Gut geht in den Besitz des Erwerbers über. Reicht sich der Erwerber auch das letzte Viertel, so zahlt er mit der Tilgungsquote 23 Zinsen. Rechnet man dazu Versicherung, Steuern und Instandhaltung mit 1 pSt. der Bauumme gleich 35, so ergibt sich für den Arbeiter ein Jahresaufwand von 181. Davon geht ab der Ertrag des Grund und Bodens mit 40, so daß 141 bleiben, um die der Erwerber in einem eigenen Heim auf eigenem Grund und Boden wohnt. In diesen 141 find noch die Tilgungsquoten für den Erwerb enthalten. Nach 25 Jahren hat der Erwerber im ganzen gezahlt 25 \times 140 = 3 500; davon find getilgt durch Amortisation 400 = 800. Er hat also verworfen in den 25 Jahren 3 500 - 800 = 2 700 oder jährlich 108. Würde er eine nur annähernd gleiche Wohnung in der Nähe der Stadt gemietet haben, so kostete dieselbe mindestens 180 jährlich. In 25 Jahren würde er dann gezahlt haben 25 \times 180 = 4 500, also mehr als den Wert der ganzen Wohnung, ganz abgesehen von den sonstigen Unkosten durch Umzüge, und hätte dafür nichts.

Siebold möchte die Fabrikanten veranlassen, auf Grundlage dieser Berechnung sich mit dem Bau von Arbeiterwohnungen zu befassen. Daß das ganze System für die Klasse der Arbeiter nicht den geringsten Wert hat, daß es geradezu abur ist, dem Arbeiter zuzumuten, sich 25 Jahre lang die Rentenbank zu tilgen, ehe das Haus in seinen Besitz übergeht, glauben wir nicht näher darlegen zu dürfen. Das ist ja eine Schuldbildung von Kind auf Kindeskind und zugleich ein gutes Geschäft für Rentenbank

und Unternehmer. Mit solcher „Wohnungsfürsorge“ kann man den Arbeiter und seine Nachkommen an die Scholle fesseln.

Eine kommunal-freisinnige Leistung. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung, worin der „Freisinn“ dominiert, hat eine Vorlage, betreffend Einführung einer Wertzuwachssteuer, abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten waren genötigt, schließlich gegen sie zu stimmen. Weshalb? Weil es sich um ein erbärmliches Spiel handelte. Im Ausschuss wurde die Magistratsvorlage von den offenen und verheiden Gegnern dieser zweifelhafte und gerechten Steuer derartig geschunden und veränderte, daß sie nur noch den Namen einer Wertzuwachssteuer vorlag. In der Sache selbst war die Vorlage zu einer wahren Karikatur geworden. Das Ganze war zu einer Farce gemacht worden, dazu bestimmt, den Freunden der Wertzuwachssteuer in der Versammlung die Sache zu verzeckeln. Würdiger wäre es gewesen, wie dies auch von einem der Redner, dem Stadtverordneten Mommsen, betont wurde, wenn die Gegner der Steuer, die die Magistratsvorlage derartig maltrahierten, offen und ehrlich erklärt hätten: wir wollen die Steuer nicht. Statt dessen ruinieren sie das Ding unter dem Anschein einer ernsthaften Behandlung in Grund und Boden, so daß natürlich für diesen so zugerichteten Wechselbalg kein ehrlicher Freund der Wertzuwachssteuer in der Stadtverordnetenversammlung stimmen konnte. Die Folge davon war das von den offenen und heimlichen Gegnern vorausgesehene und gewünschte Resultat. Da die Freunde der Steuer die ursprüngliche Magistratsvorlage nicht mehr haben konnten, so warfen sie auch das Scheusal von Ausschusswechselbalg in die Wollschüssel.

Da hat sich der kommunal-freisinnige wieder mal in seiner ganzen jämmerlichkeit gezeigt.

Stollpolitik und Minimallohn. Ein merkwürdiges sozialpolitisches Experiment wird in Australien versucht. Im dortigen Parlament haben die Verhandlungen über den Polittarif begonnen. Ihnen liegt ein von der Arbeiterpartei (nicht zu verwechseln mit der an Zahl noch schwachen sozialistischen Partei) ausgearbeiteter Vorschlag zu grunde. Es handelt sich darum, die Vorteile des Stollschutzes den Arbeitern dadurch zuzuwenden, daß bei der Einfuhr eine Unterscheidung gemacht wird, ob die Fabrikanten der eingeführten Waren ihren Arbeitern angemessene Löhne zahlen oder nicht. Diejenigen, bei denen das nicht angenommen wird, sollen genötigt werden, ihren Waren einen besonderen Stempel aufzudrücken, und diese Waren sollen einem Zollzuschlag unterliegen. Es soll ferner ein händiges Handelsamt errichtet werden, daß der Regierung und dem Parlament Mitteilungen machen soll über Fälle, in denen die Fabrikanten den Abnehmer übermäßige Preise für Waren abverlangen, die unter den Zollschutz fallen. Dieses Amt würde ermächtigt werden, in Fällen, wo dies nachgewiesen ist, die Fälle zeitweilig außer Kraft zu setzen.

Der Bundes-Zinnaminister Schyne tritt für das Projekt lebhaft ein; nur wünscht er eine Ausgestaltung desselben in der Weise, daß auch die inländischen, die australischen Fabrikanten, die niedrige Löhne zahlen, getroffen werden. Nach Schynes Vorschlag sollen die durch den Polittarif geschützten einheimischen Erzeugnisse einer Verbrauchssteuer in halber Höhe des Einfuhrzolls unterliegen, ausgenommen, wenn der Erzeuger die durch das projektirte neue Industrieamt genehmigten Minimal-löhne zahlt. Letzteres soll zur Föhrung einer „Commonwealth-Handelsmarke“ berechtigen.

Ohne Zweifel wird auf diese Weise ein Zwang, Minimal-löhne zu zahlen, konstruiert werden können. Aber es erscheint uns doch nicht unbedenklich, auf diesem Wege unter Verquidung mit der Schutzpolitik zum Minimal-lohn zu gelangen.

Die Berichte der Handwerker- und Gewerbetammern sind vom Reichsamt des Innern dazu benutzt worden, einige allgemeine Angaben über die Lage des Handwerks zu veröffentlichen. Da wird geltend gemacht, „Mangel an Handwerkerachwuchs“. Um der Abneigung gegen die Erlernung eines Handwerks entgegenzuwirken, wird die Mitarbeit der Schule angeregt, die den Knaben in geeigneter Weise die erforderliche Aufklärung über den Nutzen einer geregelten Ausbildung im Handwerk bieten soll.

Das fehlt nun gerade noch, daß der Schule, selbstverständlich nur der Volksschule, die Aufgabe zugeordnet wird, für zünftlerische Interessen Propaganda zu machen. Denn lediglich solche Interessen sind es, die hier in Frage kommen. Daß eine Abneigung gegen die handwerkliche Lehre besteht, erklärt sich aus dem Umstände, daß es sich in der Regel gar nicht um eine wirkliche Lehre, um die Heranbildung zu handwerklicher Tätigkeit handelt, sondern lediglich um die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft. Dieser Ausbeutung unter dem Vorwande des „Nutzens einer geregelten Ausbildung“ das Wort zu reden, dazu hat die Schule nicht den Beruf. Daß trotz der Abneigung im allgemeinen kein Mangel an Schülern ist, sieht leicht; es ist sogar vielfach das Umgekehrte der Fall. Die Lehrlingszahl ist nachweisbar. Tausende von „Meistern“ arbeiten nur mit Schülern, um den Gefellenlohn zu sparen.

Wie es mit der wirtschaftlichen Lage des Handwerks im allgemeinen bestellt ist, läßt sich aus den Mitteilungen nicht erkennen. Gänzlich wird über die anhaltende Steigerung der Rohprodukte und Fabrikate gelacht. Zahlreiche Referanten haben sich, wie aus Aktion festgelegt, zu Syndikaten zusammengeschlossen, denen der einzelne Handwerker machtlos gegenübersteht. Auch aus Leipzig wird über das Steigen der Materialpreise, gegenseitige Preisbündelung, ferner über Geldentwertung immer gesteigerter Lohnforderungen und anderer Ansprüche der Arbeiter lebhaft Klage geführt.

Es ist ja recht absurd, daß die Berichte auch über die Lohnforderungen der Arbeiter klagen. Für sich, in ihrem Interesse, ergeben die zünftlerischen Unternehmer alle möglichen Ansprüche auf guten Verdienst, aber wenn die Arbeiter höheren Lohn

fordern, dann jammern sie. Sie täten gut, zu bedenken, daß wenn sich die Arbeiter nicht energisch um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bemühen, es um das Handwerk sehr schlecht bestellt sein würde. Denn auf die Konsumkraft der Arbeitermassen ist das Handwerk mit seiner Existenz hauptsächlich angewiesen. Aber soweit denkt ein echter und rechter Zünftler nicht; der kennt nur sich und seine Interessen.

Staatsschulden und Militärausgaben. Der bewaffnete Kriege, der Militarismus, geht am Verste der Nationen. In welchem Maße das der Fall ist, zu ersehen aus einem dem internationalen Institut für Statistik von Alfred H. Meyer erstatteten Bericht über die Staatsschulden und Militärausgaben für das Jahr 1906. Nach diesem Bericht gestaltete sich die Entwicklung der Staatsschulden, der Zinsenlast aus diesen Schulden und der Ausgaben für Heer und Flotte in den europäischen Ländern seit 1866, wie folgt:

	1866	1870	1887	1906
in Milliarden Francs				
Staatsschulden (Nominalbetrag)	66	75	117	148
Zinsenlast	2,4	3	5,3	6
Militärausgaben	8	3,5	4,5	6,7

Von allen Staaten hat Frankreich die größte Staatsschuld. Sie betrug am 1. Januar 1907 29,177 Milliarden Francs mit einer Zinsenlast von 1,292 Milliarden. Es folgt Rußland mit 22,969 Milliarden, deren Verzinsung 1,010 Milliarden erfordert. Im dritter Stelle steht das Deutsche Reich mit 21,1 Milliarden und einem jährlichen Zinsendienst von 825 Millionen Francs. Ueber 10 Milliarden Francs Staatsschulden haben Großbritannien (19,726), Italien (13,022) und Österreich (10,990).

Nach der Höhe der Militärausgaben geordnet, ist die Reihenfolge der Länder anders. Hier steht Großbritannien mit 1,554 Milliarden Francs oben. An zweiter Stelle steht Rußland mit 1,276 Milliarden. Die dritte Stelle nimmt wieder das Deutsche Reich und zwar mit 1,268 Milliarden Francs ein. Ueber eine Milliarde hoch (1,044) sind noch die Militärausgaben Frankreichs. In weitem Abstand folgen dann Italien mit 416 und Österreich-Ungarn mit 375 Millionen Francs.

Der „Segen“ des Militarismus ist doch ein großer und herrlicher. Ihm verdankt man die ungeheuren Staatsschulden, für deren Verzinsung und Tilgung das arbeitende Volk fronden muß. Lange kann dieses „Kultur“-System nicht mehr halten.

Wie die Arbeiter verhetzt und unzufrieden gemacht werden. Nach der Behauptung der „Ordnungspolitiker“ ist nur die böse Sozialdemokratie Schuld daran, daß die Arbeiter unzufrieden sind mit ihrem Los. Die sozialdemokratischen Agitatoren und Zeitungen „reden den Arbeitern ein“, daß es ihnen schlecht geht, „reden sie auf“ gegen die Unternehmer, die es „doch so gut mit ihnen meinen“. Wenn die Sozialdemokratie nicht agitiert, so würde es nur zufriedene und brave Arbeiter geben und, zwischen Arbeit und Kapital bestände die „schönste Harmonie“.

Solche Behauptungen kann man tagtäglich in „aufgeputzten“ Wätern lesen.

Die Wahrheit ist, daß es nicht erst der „hegerrischen“ Propaganda der Sozialdemokratie bedarf, um die Arbeiter unzufrieden zu machen und in eine feindselige Stellung zum Unternehmertum zu bringen. Dafür sorgen die herrschenden Gesellschaftsfaktoren, vor allem die Arbeitsherren selbst in ausgiebiger Weise, indem sie die Arbeiter mit Missetatung, Schlecht und ungerecht behandeln.

Endlich erwidert die Sozialdemokratie sich das Verdienst, die Arbeiter aufzuklären über ihre Klassenlage, über die Ursache ihrer Not und ihre Unzufriedenheit zu diskutieren und in die richtigen Bahnen zu lenken. Damit aber nimmt sie dem Kapitalismus seine Verantwortung für die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht ab. Wie diese von den Unternehmern selbst geschaffen und geführt wird, kann tagtäglich beobachtet werden. Einen beachtenswerten Beitrag hierzu bringt die „Berliner Volkszeitung“ in einer Zuschrift aus Oberschlesien. Der Verfasser findet, die Ursachen davon, daß dort die Sozialdemokratie andauernd erstarkt und auch das Volkstum immer mehr Fortschritte macht, u. a. darin, daß „die Verhältnisse der Arbeiter, die im Dienste der Industrie teilweise oder bis zur völligen Erwerbsunfähigkeit verunglückt sind und dann meistens schwer um ihre Existenzfähigkeit zu kämpfen haben“, eine geradezu empörende ungerechte Behandlung erfahren.

Zunächst wird es als eine große Härte empfunden, daß der Rentenberechnung nicht der volle Verdienst, sondern nur zwei Drittel davon zu Grunde gelegt wird. Der Mann tröstet sich jedoch schließlich damit, daß ihm noch die Knappschaftsunterstützung verbleibt, weil er seine Beiträge jahrelang zur Knappschaftskasse gezahlt hat. Diese Hoffnung ist jedoch trügerisch. Die Knappschaft zahlt den erhofften Betrag nicht; denn sie ist berechtigt, die Unterhaltungen bis zur Hälfte der Unfallrenten zu Gunsten der Berufsgenossenschaft einzubehalten. Von diesem Rechte macht sie in jedem Falle Gebrauch. (Weshalb wird dieser Modus durch die Erklärung, daß die Unfallversicherungsbeiträge von den Arbeitgebern allein zu tragen sind, während die Beiträge zur Knappschaftskasse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte gezahlt werden. Je weniger demnach die durch die zurückbehaltenen Knappschaftsunterstützungen gestülpte Unfallkasse leidet, desto geringer sind die Beiträge, die von den Arbeitgebern allein zu zahlen sind.) Der Zynismus gelangt infolgedessen nur zu einem verschwinnend kleinen Teile in den Genuß der Knappschaftsunterstützung, die er sich durch seine Beitragszahlungen gesichert zu haben glaubt. Schließlich legt er seine Hoffnung noch auf die Unterstützung aus der Invaliden- und Altersversicherung. Aber auch diese erhält er nicht, weil sie ebenfalls von der Knappschaft beansprucht und eingezogen wird. So fühlt sich der Zynismus arg benachteiligt und sieht seine jahrelangen Beitragszahlungen verloren.

Der Verfasser bemerkt dazu: „Da ihm alle Klagen und Beschwerden nichts nützen, so geht er schließlich entweder zu den Sozialdemokraten oder zu den Polen. Diese können dem Manne zwar auch nicht helfen, jedoch ist es ihm Bedürfnis, und es gewährt ihm eine gewisse Erleichterung, wenn er sich dort den tiefeingewurzelten Groll vom Herzen reden kann.“

Dieser Groll überträgt sich nach und nach auf die ganze Arbeiterschaft, da die arbeitssüchtigen Zynisten nicht müde werden, ihr eigenes Los als dasjenige hinzustellen, daß alle Arbeiter früher oder später erwartet.

Es wird dann erwähnt, daß auch die Hinterbliebenen der Knappschaftsmitglieder schwer benachteiligt werden: Ihre Unterstützung beträgt pro Kopf 20 pSt. der Rente, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 60 pSt. Es werden außer der Witwe nur zwei Kinder als unterhaltungsbedürftig erachtet, was bei dem großen Kindererbfund in Oberschlesien sehr schwer ins Gewicht fällt.

Einen weiteren Uebelstand sehen die Knappschaftsmitglieder darin, daß die Knappschaftsärzte in solchen Fällen, wo es sich um eine Verschlimmerung des Zustandes handelt, die zu erhöhten Ansprüchen an die Unfallkasse berechtigt, nicht zuständig sind. Eine förmliche Verschlimmerung muß aber durch ein ärztliches Gutachten glaubhaft nachgewiesen werden, und wenn der Mann nicht das Geld dazu hat, um ein solches Gutachten zu bezahlen, so ist ihm jeder erhöhte Anspruch abgeschnitten. Solche Fälle kommen sehr häufig vor, denn zumest besitzt der Arbeiter neben einer zahlreichen Familie nichts anderes als seine geliebten Glieder. Sobald er seine Arbeitskraft verliert, ist er lediglich auf die Unterstützung angewiesen.

Die Zuschrift schließt: „Alle diese Tatsachen sind wenig bekannt, aber um so mächtigere Bundesgenossen und Helfershelfer nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch des Potentismus in Oberschlesien. Denn auch dieses läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne über die „Knechtung und Ueberbottung des armen, polnischen Volkes“ herzusiehen und dieses zum Kampf aufzuwecken.“

Diese Bemerkungen des Gewerkschaftsmanagers der Berl. Volksztg. zeugen vom Unverstand und kleinlicher Geistesart. Nichts ist natürlicher, als daß die geknechteten und misshandelten Proleten der Sozialdemokratie zuwenden, denn sie ist die Zukunft der Armen und Unterdrückten. Ihre Ansicht, daß diese Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft hilft, ist wahrlich keine ungründete. Mag auch die Hälfte nicht sofort erfolgen können; dafür aber hat die Sozialdemokratie und die gemeinsam mit ihr kämpfende freie Gewerkschaftsorganisation doch wohl die Beweise erbracht, daß sie im Stande ist, mit Erfolg auf die Befreiung von Mißständen hinzuwirken, unter denen die Arbeiter schwer zu leiden haben. Die Verbesserungen, die im Laufe von vier Jahren im Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmertum erreicht worden sind, stellen Errungenschaften der organisierten sozialdemokratischen Arbeiter dar. Ohne die politische und gewerkschaftliche Mitarbeit des staatenbewußten Proletariats ist es nicht denkbar, die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems einzuschränken, und zu überwinden. Zum großen Teil liegt die Erklärung dieser Aufgebote auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Auch das Knappschaftsfallwesen, das Ungerechtigkeiten der in der Zuschrift geschilderten Art möglich macht, kann nur durch gesetzgeberische Eingriffe gründlich reformiert werden zu Gunsten der Arbeiter. Und dazu gehören Sozialdemokraten ins Parlament.

Die Wissenschaft im Grad und Waffenrock. In Berlin tagte kürzlich der internationale Kongreß für Hygiene und Demographie. Sein Verlauf ist wieder ein Beispiel dafür, wie wenig der bürgerlich vergiftete deutsche Boden geeignet ist, solche Zusammenkünfte zu beherbergen. Ein Arzt, der an den früheren Tagungen dieser wissenschaftlichen Vereinigung teilgenommen hat, äußert sich darüber im „Vorwärts“:

„Für den Geist, welcher diese wissenschaftliche Tagung befeuert, läßt sich kaum ein besseres, geschmeidigeres Merkmal auffinden, als die Sorgfalt bezüglich der den Mitgliedern, resp. Besuchern vorgeschriebenen — Kleidung. Grad oder Waffenrock — das ist die Devise.“

Zur Eröffnung des Kongresses und der Hygienenausstellung am Montag heißt es: Anzug: Grad, Waffenrock; zum Empfang des Kongresses durch die Stadt im Rathaus am Dienstag: Anzug: Grad, Waffenrock; zum Festmahl am Mittwoch Nachmittag im Landesausstellungspark: Anzug: Grad, Waffenrock; zur Festvorstellung in den königlichen Theatern am Donnerstag: Anzug: Grad, Waffenrock usw.

Doch nein, für die beiden letzten Kongreßtage finden wir ausdrücklich im Programm bemerkt: Anzug beliebig. Nunmehr dürfen auch die minderwertigen Elemente, die weder einen Waffenrock noch Schwalbenschwänze aufzuweisen haben, an den verbleibenden festlichen Veranstaltungen teilnehmen.

Rein Wunder daher, daß mich, als ich heute um die Mittagszeit, von der Praxis kommend, in meinem „beliebigen“ Anzug und sogar ohne Zylinder das Reichstagsgebäude betrat, der am Eingang postierte Beamte scharf musterte und fragte, ob ich Kongreßmitglied sei, und diese Befragung mit Auge und Mund ein zweites und drittes Mal wiederholte, als ich mehrmals Portal IV zu passieren wagte. Man glaube nur nicht, daß diese Wohnung des Reichserzemoniells auf solchen Kongreßtagungen überall sonst gang und gäbe wäre. Als ich 1894 am X. internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie in Budapest teilnahm, habe ich nichts davon gespürt, geschweige denn ausdrückliche Bestimmungen darüber wie hier in allen drei Kongreßtagen im Programm gefunden. Rein, das ist eben Preußen, das Land der Dreiklassenwahl, des Kastengeistes und Standesbünzels, in dem die „Kanaille“ nichts zu sagen hat, in dem die gesellschaftliche Klassenscheidung sich selbst in den lokalen Verkehrsmitteln dokumentiert, in dem die Minister in Estarps zu Sofas besessen werden; das Land, in dem auch, „beim Zivill“ der Mensch nichts, der Referatsoffizier alles gilt; das Land, in dem ein Hochschullehrer ungeachtet, selbst ohne Widerspruch zu finden, die Universitätsrats als die Leibgarde der Hohenzollern bezeichnen konnte.

Dieser Geist der preussischen Subordination und Disziplin, der in Grad und Waffenrock eine einseitige Wissenschaft kennzeichnet die ganze Organisation des Kongresses. Dies bestätigt, wie gesagt, die alte Erfahrung, daß die echte und freie Wissenschaft in der Luft des gegenwärtigen Deutschland nicht gedeihen kann.

Ostpreussische Junker als Streithelfer. Konserbative Landwirte beruhten bekanntlich jeden Streik und jeden auch in den streikenden Arbeitern gewöhnlich nur „faule, unbotmäßige, gehässige und gewalttätige Menschen“. In Ostpreußen haben nun die Agrarier die Streikenden als ganz andere Personen kennen gelernt und auch den Streik mit Freuden begrüßt. Und das kam so: In Elstertal streikten bekanntlich gegen 400 Schneidemühlener Arbeiter; diese drohten zum größten Teil in der Umgegend und besitzen einige Morgen Land. Natürlich versahen sie auch landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Als nun der Streik mitten in der Erntezeit ausbrach, stürzten die Landwirte das Streikbureau und hielten den Streikleiter, ihnen doch Streikende als Enterteiler abzugeben. Diesem Wunsch kam man nach, zumal den Arbeitern ein guter Verdienst angeboten wurde. So zogen sie denn zu den konserverbatten Landwirten, wurden hier mit offenen Armen empfangen, und haben während der Zeit des Streiks den Besitzern den Segen des Feldes bergen helfen. Die Landwirte priesen den Ausbruch des Streiks, und so mancher wird behauptet haben, daß er nicht noch länger geduldet hat. Ja, so ändern sich die Ansichten über streikende Arbeiter.

Lohnungsfrage und Vorkyfftem. Die Bergarbeiter haben sich schon oft gegen den Modus gewandt, daß ihnen nur zweimal im Monat Lohn gezahlt wird. Ueberall, wo dieser Modus besteht, bringt er ein den Arbeitern höchst schädliches Vorkyfftem zu äppiger Wille. Diese Frage ist in der freien gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Presse schon oft erörtert worden. Jetzt hat auch eine Verammlung des „Verbandes katholischer Arbeiter“ in Weichen Stellung zur genommen. Arbeitersekretär Mustof führte aus, daß auch die in Aussicht stehenden Lohnerhöhungen für die Arbeiter keinen Vorteil bedeuten, solange die langfristige Auszahlung der Verdienste bestehen bleibt. Das Vorkyfftem wirkt verteuern auf die ganze Lebenshaltung, denn die häufigen und großen Verluste der Kaufleute, Hausbesitzer und Gewerbetreibenden werden von diesen durch einen Aufschlag wieder heringebracht, der auch die häuslichen Zähler in Mitleidenschaft zieht. Deshalb muß der Löhler an den Sörnern gepakt und auf eine Zahlungsweise hingearbeitet werden, die es dem Arbeiter ermöglicht, für bares Geld zu kaufen.

Die Verammlung nahm folgende Resolution an: „Die im Verbande katholischer Arbeitervereine, die Berlin, organisiert Berg- und Hüttenarbeiter sind sich bewußt, daß ihnen durch Lohnerhöhungen allein nicht die bestmögliche Eingehung der wöchentlichen Lohnabfchlagszahlungen auf sämtlichen Berg- und Hüttenwerken, Oberbischlesien. Die Wochenschlagzahlungen mögen mindestens zwei Drittel des in der verfloffenen Woche erzielten Lohnverdienstes betragen und den Tagelöhnern spätestens Freitag Abends, den Nachschichtern Sonnabend früh ausgezahlt werden. Der Verein katholischer Arbeitervereine wird beauftragt, an die Repräsentanten der einzelnen Berg- und Hüttenverwaltungen eine eingehende Begründung dieses Antrages umgehend einzuliefern, und die Arbeitervereine werden ersucht, unseren zeitgemäßen Antrag überall nach Kräften zu unterstützen.“

Da fordern katholische Arbeiter dasselbe, was sozialdemokratische schon so oft gefordert haben. Ob die obersteinsten Kohlenmagnaten darauf eingehen, bleibt abzuwarten. Wir glauben es nicht. Die Entscheidung dieser Frage zu Gunsten der Arbeiter wird wohl durch Kampf zu erreichen sein.

Die Rache der Kapitalisten. Bei der Weltfirma Krupp in Essen, deren vielerwähnte „Wohltätigkeit“ in den letzten Wochen scharf mitgenommen wurde, haben letzter Tage Kapitalistenklassen stattgefunden. Dem „Vorwärts“ wird darüber geschrieben: Auswärtige Mäpfer teilen mit, daß die stattgehabten zahlreichen Kundigungen bei der Kanonenfirma Krupp notwendig geworden sind, weil die griechische Nordwaffenlieferung, die bekanntlich Frankreich zugesagt ist, und wegen welcher Krupp das Wohlthätige Zeltlagerbureau und die gesamte Presse mit „Wohltätigkeiten“ überschüttet hat, ausgetrieben ist. Das ist falsch. Krupp brauchte deswegen auch nicht einen Mann zu entlassen. Wahr ist, daß die seine Firma mit ihren jetzigen Maßnahmen Antwort gibt auf die vielen Wohltätigkeiten der letzten Wochen in den Zeitungen sowohl wie auf dem Parteitag. Ingridimmig über die bodenlose Frechheit einiger früherer Arbeiter, die es gemagt haben, wegen der gegen die guten Sitten verstoßenden Pensionskassen der Firma gegen diese vorzugehen und die famosen Wohltätigkeitseinsparungen mit Erfolg bekämpft haben, verläßt dadurch, daß einige Genossen während des Parteitages blau gemacht haben, und last not least, um ihrer ins Bankten getretenen Wohltätigkeit mit allen Mitteln erneut Ausdruck zu verleihen, macht sie Tausende braver Arbeiter, die zum Teil 10 bis 18 Jahre als Ausbeutungsobjekt der Firma gedient haben, jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, frolos. Es sind bereits 800 Kundigungen im Kanonencorps, darunter 800 aus der Lafettenwerkstatt allein, erfolgt. Weitere Kundigungen — wie es heißt, 3000 bis 5000 Mann — sollen in allerhöchster Zeit in den Hüttenwerkstätten stattfinden. Außerdem sollen 6000 Mann in Rheinhausen auf der „Friedrich-Alfred-Gütte“ beschäftigt werden, wahrscheinlich aus Menschenfreundlichkeit, um sie aus dem jetzt sich rührenden Essen zu entfernen und sie vor der ansteckenden Gefahr zu bewahren, der sie durch die mit Sturmwinden marschierenden Lehren des Sozialismus und dem von ihm verbreiteten Gifte ausgesetzt sind. In den verchiedenen Weltstätten macht sich eine große Sozialistenbekehrung bemerkbar. Alle, die auch nur den leisesten Anschein erweisen, rot gefärbt zu sein, erhalten den Kaufpaß. Die scharfmacherische Presse jubelt über diese Maßnahmen, glaubt sie doch, durch diese die starken Mäyern durchbrechen und die Arbeiter in die alleinigmägende Kirche und zu den staatsverbalten Parteien zurückbringen zu können. Daß sie nicht recht haben, wird ihnen: das „debaele“.

das unüberwindlich kommen wird, und das nach menschlicher Voraussicht hier im Industriegebiet seinen Anfang binnen kurz oder lang nehmen wird, lehren.

Passive Resistenz (unlätiger Widerstand) wird seit einigen Jahren des öfteren von Beamten und Staatsarbeitern zur Verbesserung ihrer Lage angewandt. Augenscheinlich üben sich die Eisenbahner in Österreich und Ungarn in der Arbeitsmüdigkeit. Die Folge davon ist, daß alle Büge mit großen Verspätungen abfahren und ankommen und Güter überhaupt nicht mehr zur Beförderung angenommen werden können. Fragt man die Beamten, weshalb sie in den Kampf eintraten, so erhält man zur Antwort: „Weil wir seit einigen Jahren keinen Kreuzer Aufbesserung bekommen haben, während die Staatsbahngesellschaft Millionen Reingewinn einheimt.“

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Flensburg (Zimmererstreik), Kiel, Segeberg (Differenzen);

Mecklenburg:

Rostock (Differenzen);

Brandenburg:

Berlin und Vorort (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern:

Gamlin (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

Posen — Schlesien:

Ohlau (Sperren über Rother, Kern und Jander), Peistertitz (Sperren über Gerlach und Wiesner), Muskau (Sperre über Stülpmagel);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Möckern, Sohrstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, Robert Thiele, L. Gohlis, Landsbergerstrasse, Fr. Probst & Co., L. Gautsch, Spinnerstrasse, L. Leutsch (Sperre über die Bauten der Eisengiesserei E. Becker & Co.), Colditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Langensalza (Sperre über Zeitzech);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstorf (Streik), Celle, Norderney (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Hönerbach), Falling-bösel (Sperre über Bostelmann);

Rheinland:

Crefeld, Dellbrück (Streiks), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

Hessen und Waldeck:

Rüdesheim-Geisenheim (verschiedene Sperren), Mainz (Sperre über A. Westenberger);

Elsass-Lothringen:

Strassburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmers-bach (Sperre über den Schulneubau);

Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperren über Gorbil und Halt), Wasserburg (Sperre über Näbauer);

Fliesenleger:

Barmen-Eibelfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummenhölle), Duisburg (Sperren über Gebr. Bönnig und Krüskens);

Schweiz:

Basel, Chaux-de-Fonds (Streiks);

Oesterreich:

Leitomschl, Chotzen, Wildenschwert (Aussperrung), Mährisch Weisskirchen (Streik);

Ungarn:

Arad, Csongrád, Gynia, Keskemet, Nyiregyháza, Petrosény, Szekesfehervár, Vác, Zsombolya (Aussperrungen).

Unternehmerpläne in Mecklenburg.

Unsere mecklenburgischen Kollegen war es in den letzten Jahren möglich, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen in etwas schnellerem Tempo als früher zu verbessern. Sie hatten das in erster Linie den Fortschritten der Organisation und der gesteigerten Produktivität zu verdanken. So nötig ein kräftiger Rück nach vorwärts gerade in Mecklenburg auch war, so sind die Verbesserungen doch immerhin in bescheidenen Grenzen

geblieben. Im Jahre 1905 hatten nur fünf Städte einen Stundenlohn von über 40 \mathcal{A} ; es waren das Güstrow mit 45 \mathcal{A} , Rostock mit 48 \mathcal{A} , Schwerin mit 50 \mathcal{A} , Marienmünde mit 47 \mathcal{A} und Wismar mit 43 \mathcal{A} . In den anderen Orten des Landes standen die Löhne erschreckend tief; über 85 \mathcal{A} kamen die Kollegen nur in einigen wenigen Ausnahmefällen. Darin ist nun in den letzten Jahren etwas Wandel geschaffen worden. In mehreren Orten konnte ein Stundenlohn von 40 \mathcal{A} erreicht werden, in anderen kam man diesem ziemlich nahe. Aber trotzdem sind unsere Mecklenburger Kollegen nicht weniger als auf Rosen gebettet. Der vorwiegend agrarische Charakter des Landes bringt es mit sich, daß ein guter Teil der Bauwirtschaft auf dem Lande liegt, außerhalb der Städte und größeren Marktflecken, die als Wohnorte der Maurer vornehmlich in Betracht kommen. Die Maurer sind also sehr häufig gezwungen, außerhalb des Wohnortes zu arbeiten, womit stets entweder größere tägliche Wege zu und von der Arbeit, oder längere Abwesenheit vom Hause verbunden sind. Das ist ohne Zweifel ein Umstand, der für die Maurer, und besonders für die verheirateten, sowohl persönliche Unannehmlichkeiten, wie materielle Einbußen mit sich bringt. Auch auf diesem Gebiet der Arbeitsbedingungen waren durchgehende Verbesserungen notwendig. Die Bezahlung der Wege zu und von der Arbeit war an vielen Orten dem Willen der Unternehmer — man nennt das oft „freie Vereinbarung“ — anheimgefallen. Bei dem „Ausliegen“, das Uebernehmen auf entfernten Arbeitsorten, fehlte oft jede Rücksichtnahme auf die Gesundheit und Bequemlichkeit der Maurer. „Saufahren“, d. h. eine Strohschütte in irgend einer unglücklichen Ecke, waren das Lager. Die Gelegenheiten zum Kochen und Waschen waren meist recht urwüchsig — wie gesagt, die Organisation hatte überall zwingendste Veranlassung, energisch auf Verbesserungen zu bringen.

Ganz vergebens ist ihr Wirken nicht geblieben. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die Lohnbewegungsberichte im „Grundstein“ und auf die Jahresberichte des Bauvorstandes von 1905 und 1906. Aber so bescheiden die Erfolge der Organisation auch waren — im Verhältnis zu dem, was noch verbesserungsbedürftig ist —, sie haben doch hingereicht, die schon immer vorhandene arbeitserfeindliche Stimmung unter den Unternehmern mächtig abschwächen zu lassen. Die Agitatoren des Arbeitgeberverbandes — im „Saufahren“ der „Arbeitsgeherzeitung“ wären sie als Heher zu bezeichnen — haben sich auch auf das Oberrheinland gestürzt und dort schon gemacht, was das Zeug halten wollte. Ihre Tätigkeit ist denn auch nicht erfolglos gewesen, die Unternehmerorganisation hat sich ausgedehnt und beherrscht heute schon so ziemlich alle bedeutenderen Städte. Jetzt ist sie dabei, bestimmte Richtlinien für die Lohnbewegung im Jahre 1908 zu schaffen. Die Leitung der Unternehmerorganisation geht mit dem Plane um, eine Steigerung des Stundenlohnes in den kleinen Städten über 40 \mathcal{A} hinaus unter allen Umständen zu verhindern. Sie hat an die örtlichen Organisationen der Unternehmer einen Fragebogen versandt, der hauptsächlich den Zweck hat, das Terrain erst einmal zu sondieren. Es werden 23 Fragen gestellt, die Antwort verlangen über die bestehende Lohnhöhe, über die Organisation der Maurer, etwa bestehende Tarifverträge und deren Dauer, Zahl der Gesellen usw. Einige Fragen seien als charakteristisch besonders aufgeführt. So lautet Frage

7. Welche Garantien sollen (bei Vertragsabschluß) von der (Maurer-)Organisation gefordert werden?

8. Soll zur Durchführung eventuell eine allgemeine Sperre vorgenommen werden?

9. Sind zu einer solchen Sperre in Ihrem Orte Unterhaltungen erforderlich und wenn, bis zu welchem Betrage?

22. Welche Zeit halten Sie für eine Sperre geeignet?

Diese Fragen beweisen den aggressiven Charakter der Bewegung unter den mecklenburgischen Unternehmern. Die geringfügigen Zugeständnisse, die sie den Maurern machen mußten, haben sie damit aufgebracht, daß sie nicht etwa von ihren Auftraggebern, den „Rittern“ und sonstigen Grundbesitzern, höhere Preise forderten, sondern sich eilig bemüht, den weiteren Fortschritt in der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse Sperrbäume entgegenzustellen. Sie werden natürlich auch im nächsten Jahre mit einer von ihnen aufgenommenen „Statistik“ über die Lebensmittelpreise usw. kommen. Wir wollen gleich zeigen, wie diese „Statistik“ aufgenommen wird. In den Fragen heißt es unter

11. Wie teuer stellt sich eine Wohnung für Gesellen am Orte?

12. Sind die Preise für Lebensunterhaltung und Kleidung billiger im Ort als in größeren Städten? Wie viel ist für eine Familie erforderlich?

13. Wieviel braucht eine Familie für sonstige Anforderungen als Schule usw.?

Man kann sich denken, was dabei herauskommen wird, wenn ein Unternehmer diese Fragen so aus dem Sandeleut heraus beantwortet. Für den Arbeitgeberverband resp. seine Zeitung, sind diese Antworten aber dann die Grundlage, nach der er seine Politik einrichtet, die Zugeständnisse bestimmt usw.

Die Unternehmer wittern Morgenluft. Die Angelegenheiten des kommenden Rückganges der Bauwirtschaft sind ihnen Angelegenheiten besserer Zeiten; Zeiten, in denen sie wieder, wie früher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitig diktiert können. Die Rechnung der Unternehmer hat insofern ein Loch, als sie nicht das Wachstum der Arbeiterorganisation berücksichtigt. Das hat es aber bewirkt, daß sich die Arbeiter auch nicht bei schlechter Konjunktur dem Diktum der Unternehmer zu fügen haben. Aus diesem Grunde haben wir auch keine Ursache, die Kämpfe zu scheuen, die, wenn die Unternehmer auf ihrer Absicht bestehen, im nächsten Jahre in Mecklenburg zweifellos beginnen werden. Der Umfang der Kämpfe läßt sich heute schon ziemlich genau feststellen. Es handelt sich um 20 Wohngebiete mit circa 1300 Mauern; in den anderen Bezirken sind die Arbeitsverhältnisse vertraglich geregelt, sie kommen für die Bewegung des nächsten Jahres nicht in Betracht.

Von Wichtigkeit ist bei dem Plane der Unternehmer noch das, daß sie, wie aus dem Fragebogen außerdem hervorgeht, einen gleichen Lohn für alle kleinen und großen Städte des Landes und, was allerdings auf anderer Information beruht, einen einheitlichen Vertrag bis zum Jahre 1910 anstreben. Diese Absicht gibt den Plänen der Unternehmer eine über Mecklenburg hinausgehende Bedeutung; sie zeigt uns das Vorgehen der Mecklenburger als eine Teilercheinung der Strömung, die wir bereits öfter eingehend besprochen haben. Während bisher in Norddeutschland von dieser Strömung weniger zu merken war, ist nun ein immerhin beachtlicher Teil davon ergriffen. Den „Zweifeln“ mag diese Tatsache Beweis dafür sein, wie richtig die Verbandsleitung die Situation beurteilt.

Nun sind die Baugewaltigen Mecklenburgs wirklich nicht stark genug dazu, für unsere Bewegung eine ernsthafte Gefahr zu werden, aber es mag ihr Vorgehen eine Mahnung an unsere Kollegen sein, sich die Stärkung und den Ausbau ihrer Organisation recht anlegen sein zu lassen. Ueberhaupt haben wir alle Ursache, uns überall mehr um die ländlichen Gebiete zu kümmern. Bei der in diesem Jahre schon zu beobachtenden Erscheinung, daß die Bauwirtschaft in den Großstädten abflaut, während sie sich auf dem Lande unter dem Einfluß des Zollwuchers noch andauernd günstig gestaltet, werden wir gerade noch auf dem Lande Eroberungen machen können. Das sollte ausgenutzt werden. Es scheint, als wäre das in diesem Sommer nicht genügend geschehen, umso mehr haben wir Ursache, nachzuholen, was noch möglich ist.

Gau Bremen.

Auf der Insel Norderney sind unsere Kollegen ihrer Forderungen wegen ausgesperrt worden. Mitte September reichten sie Forderungen ein, die einen Stundenlohn von 55 \mathcal{A} für sofort und 60 \mathcal{A} vom Herbst nächsten Jahres an vorsahen. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden pro Stunde 20 \mathcal{A} Aufschlag gefordert, und außerdem Wegfall der heute bestehenden Kündigungsklausel. Bisher wurden 48 \mathcal{A} Stundenlohn gezahlt. Die Unternehmer beantworteten die Forderungen damit, daß sie jede Verhandlung über diese Ablehnung und ihrerseits einen Vertragsentwurf aufstellten, dessen Anerkennung sie von den Kollegen verlangten. Das wichtigste daran ist das Anerbieten, einen Lohn von 50 \mathcal{A} für Ueberstunden aber 5 \mathcal{A} mehr zu zahlen, die Kündigung sollte beibehalten werden. Darauf gingen die Kollegen nicht ein. Der Aufschlag für Ueberstunden ist für Norderney ziemlich wichtig; denn da die Arbeiter meistens zum Beginn der Badezeit fertig sein müssen, so werden ziemlich viel Ueberstunden gearbeitet. Da durch die Ablehnung aller Verhandlungen durch die Unternehmer eine Verständigung nicht möglich war, so mußte der Konflikt bald offen zum Ausdruck kommen. Den Anstoß gaben die Unternehmer, die von jedem Gesellen die Unterschrift ihres Vertragsentwurfs verlangten. Da das überall abgelehnt wurde, so kündigten die Unternehmer und wo Kollegen in Arbeit treten wollten, machten sie die Einstellung ebenfalls von der Anerkennung des Vertragsentwurfs abhängig. Zur Zeit sind von unseren Kollegen 21 außer Arbeit; nach Ablauf der Kündigung werden es 40 sein. An der Bewegung sind auch die Bauarbeiter und Zimmerer beteiligt.

In Delmenhorst haben unsere Kollegen einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Auch die große Wollkammerei, die anfänglich von der Lohnforderung ausgeschaltet war, hat nunmehr die Abmachungen, die mit den Unternehmern getroffen sind, für sich einbeziehen anerkannt. Auf dieser Fabrik arbeiten durchschnittlich 40 bis 50 Kollegen, somit sind sämtliche Differenzen in Delmenhorst erledigt.

Gau Dortmund.

In Duisburg haben die Fliesenleger mit den Geschäften Gebr. Bönnig und Krüskens zu kämpfen, die systematisch unter Tarif zahlen. Um ihnen diese Ertragsabgabe abzugewöhnen, sind sie einstweilen gesperrt. Wir erwarten von den organisierten Kollegen die Beachtung dieses Beschlusses.

Gau Hamburg.

In Kiel sind die durch den Vertragsbruch der Unternehmer entstandenen Differenzen immer noch nicht erledigt. Die Unternehmer stellen ihre Handlungsweise, wodurch sie doch offensichtlich gegen Treu und Glauben verstoßen haben, als einen besonders schlaun Schachzug hin und rühmen sich als Sieger über die organisierte Arbeiterkraft. Den auf der Reise befindlichen Kollegen ist dringend zu raten, sich von Kiel fern zu halten. Namentlich dürfen keine Plattenanleger (Fliesenleger) berufen, in Kiel jetzt Arbeit zu nehmen. Die Arbeitslosigkeit für Plattenanleger ist momentan sehr schlecht und zum anderen ist geschlossen, das Zwischenmeisterthum abzuschaffen. Darum darf kein Kollege bei einem Zwischenmeister in Arbeit treten.

St. Segeberg ist der Streit der Maurer und Zimmerer beendet. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab. Auf die bei der Innung und dem Unternehmerverbande eingereichten Schreiben, bekamen die Streikenden gar keine Antwort. Wegen der vorgerückten Jahreszeit wurde beschlossen, vorläufig den Streit aufzuheben. Eine eigenartige Rolle haben die Unternehmer Fischer und Niemann bei diesem Streit gespielt. Vor Eintritt in den Streit wurden die bei Fischer und Niemann beschäftigten Kollegen von dem ersten geradezu zum Streik angetrieben, indem sie versprochen, die Forderungen sofort zu bewilligen, und als dann die Arbeitseinstellung beschlossen und durchgeführt worden war, weigerten sich die beiden Herren, ihr Versprechen einzulösen. Im Gegenteil, sie spielten sich während des ganzen Streiks als die ersten Scharfmacher auf. — Es arbeitete noch eine ganze Anzahl verstreuter Kollegen außerhalb Segebergs. Ferner wollten einige Unternehmer nur dann Maurer einstellen, wenn sie ihren Austritt aus dem Verbands erklären. Unter solchen Umständen ist der Zugang nach Segeberg unter allen Umständen fernzuhalten.

In Neumünster haben die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter den vertraglichen Bestimmungen gemäß den Lohn- und Arbeitsvertrag am 1. Oktober zum 1. Januar 1908 gekündigt. Nachdem die Unternehmer in Kappeln a. d. Schlei den Maurern und Zimmerern schon im Monat August den Stundenlohn von 40 auf 45 ¢ freiwillig erhöhten, ist jetzt auch den in unserer Verbands organisierten Bauhilfsarbeitern der Stundenlohn um 6 ¢ erhöht worden. Es wird nunmehr bis zum 1. April 1908 pro Stunde 38 ¢ bezahlt.

Ausland.

Ungarn. Die Maureraussperrung in Ugram ist am 16. September beendet. Nach sechsmonatigen Kämpfen haben die Kollegen einen vollständigen Sieg errungen. Sämtliche Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt: 1. Die Bauunternehmer verpflichten sich, bei der Wiedereinstellung in erster Reihe die einheimischen Arbeiter zu berücksichtigen, ebenso bei einer eventuellen Neubegierung oder Einstellung der Tätigkeit. 2. Vom Tage des Arbeitsantrittes an erhalten die Maurer jenen Tagelohn, der im Vertrag vom 18. Dezember 1905 für das Jahr 1908 abgemacht war, das heißt, eine Erhöhung von 20 Heller pro Tag über den Lohn von 1907. Diese Löhne gelten bis zur dritten Woche des März 1909. Von da an erfolgt eine weitere Erhöhung von 20 Heller pro Tag, gültig bis März 1910. 3. Die Bauunternehmer verpflichten sich, wenn das oben beendete Kampfes keinen Arbeiter zu entlassen oder zu boykottieren, möge die Arbeiter versprechen, gegen keinen der beteiligten Bauunternehmer die Sperre zu verhängen. 4. Die Punkte des Tarifs vom 18. Dezember 1905 und vom 3. April 1906, an denen dieser Vertrag nichts ändert, bestehen weiter in Kraft. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am 17. September.

In 26 Orten bestehen noch Differenzen mit den Unternehmern, die teils zu Aussperrungen, teils zu Eingesperrten führten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterberegeln darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterberegeln.

Außerdem sind angegeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 30. September bis 5. Oktober für folgende Mitglieder erteilt: R. Schellhorn-Greifswald (Frau), Verb.-Nr. 74418; Gill Steichen-Wilmund, 282 768; Joh. Kurz Neufahrt i. M. 28 549; Karl Heiber-Dortmund (Frau), 210 823; Joh. Windisch-Mainz (Frau), 175 024; Fr. Baumer-Karlruhe (Frau), 239 265; Aug. Berlin-Wiltsch a. d. D., 157 688; W. Trojowski-Nauen, 89 144; Karl Schulz-Eberswalde (Frau), 65 533; Paul Rood-Spremberg (Frau), 296 446; Wilh. Drechsler-Stroßburg i. Gf., 174 977; G. Heimers-Bremen (Frau), 14 160; Daniel Romad-Danzig (Frau), 225 100; Wilh. Thiede-Berlin, 63 011; Rich. Tiep-Berlin (Frau), 4408; Karl Sahn-Berlin (Frau), 5740; Leonh. Schmid-Mannheim (Frau), 169 139; Franz Heide-Galle a. d. E. (Frau), 57 965; Heinr. Bomm-Neufahrt i. G., 90 810; Heinr. Forst-Wilsnack (Frau), 132 784; Fr. Arnold-Galle (Frau), 26 160; Fr. Heimberg-Galle, 307 700; Heinr. Stille-Galle (Frau), 58 813.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 30. September bis 6. Oktober 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Eisenach M. 800, Dönnabrid 953,75, Stenbal 800, Dessau 500, Neustreit 250, Schwiebus 200, Frankenberg i. S. 200, Reußen 181,65, Grandidorf 20,99, Lüchow 348,28, Plauen i. M. 800, Lübeck 800, Gundersdorf 727,60, Wegelad 400, Hamm 400, Grabow i. M. 250, Regenswalde 117,84, Wergehof 100, Jaborge 89,52, Schoppentheil 59,28, Hamburg 4000, Wobbach 1,40, Gennitz 800, Jörche 800, Ralterslautern 800, Elbing 500, Jittau 400, Ebbau 400, Gotsch 878,84, Sebnitz 359,22, Gotsch 350, Nordenham 311,06, Neuhardenberg i. d. M. 250, Michendorf 208,16, Mittenberg 199,92, Schwanebeck 170,43, Treßfurt 139,70, Arganowitz 100, Gochstedt b. M. 71,52, Erißfeld 47,88, Dörfel 42,28, Laucha 33,56, Gutzleben 609,03, St. Johann 2400, Stroßburg i. G. 1600, Epanbau 1386,50, Silberstein 800, Landsberg a. d. B. 800, Heiteritz 720,03, Dörsnitz 547,61, Schneidemühl 350,48, Münster i. B. 344,42, Ansbach 229,18, Ditzsch 143,20, Dörsnitz 118,80, Oberglogau 82,85, Kolmar i. B. 75,90, Schoppitz 50, Etze 160,48, Herne 800, Epana 575,85, Goputh 532,80, Elmshorn 414,70, Memmingen 856,52, Frankenberg 277,96, Hemmoor 143,50, Sarsfeld 135,24, Wolfshagen

100, Bochum 6000, Mülhausen i. G. 1200, Queblburg 1167,52, Romow 1110,08, Werder a. d. S. 821,24, Mülheim-Dershausen 800, Meigen 780, Eberswalde 500, Dörsch 427,62, Hamm 400, Jörnitz 267,04, Mägin 242,50, Soltan 224,80, Ratz 121,86.

b) Für Protokolle vom neunten Verbandstag in Göttingen. Gutzleben M. 8, Heiteritz 3, Dörsch 3, Dörsch 1.

c) Für Futerals.

Reußen M. 2, Regenswalde 1,50, Epanbau 5, Dörsch 2, Münster 3, Oberglogau 3, Kolmar i. B. 2.

d) Für Kalender.

Dunten M. 5, Wiesbaden 150, Jittau 150.

e) Arbeit und Kultur.

Jittau M. 1,50.

f) Bericht der Bauarbeiter-Kommision.

Garburg M. —70.

Verteilung. Die in Nr. 40 des „Grundstein“ für Mittenberge quitierte Summe M. 30 soll richtig heißen M. 300.

Vom Vorstandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingeholt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Fr. Seebach-Sameln (Verb.-Nr. 117 568), Franz Holm-Gelsenkirchen (432 742), W. Oberlein-Warmen (410 548), Eliso Kargello-Duisburg (386 199), Ed. Bühlung-Coburg (252 460), Moritz Baudisch-Gemünd (241 456), Fr. Wergonka-Breslau (179 928), Ernst Reinholt-Greif (167 469), Richard Lehmann-Hamburg (30 150), Joh. Dörsch-Greif (125 293), W. Bommier-Frankfurt a. M. (24 478), J. J. Winter-Frankfurt a. M. (306 664), K. Rathmann-Gelsenkirchen (268 354), Heinrich Gumblich-Danzig (312 330), Joh. Soukup-Windes (433 744), Ehr. Wirt-Borsheim (468 238), Hermann Gieseler-Windes i. G. (33 719), Otto Heide-Reine (33 906), Ed. Schiemann-Hamburg (28 871), Ed. Spillner-Hamburg (18 061), Guisepio Martini-Frankfurt (433 876), Paul Richter-Galle (433 724), Heinr. Willauer-Frankfurt (448 408), Wilh. Schulze-Neumünster (449 159), Ernst Bobzin-Neumünster (449 158), Heinr. Karlsen-Bremersleben (362 255), Martin Falt-Borsheim (139 941), Albin Falt-Bera (71 409), Joh. Spang-Erie (226 912), Max Falt-Borsheim (224 446), Herrn. Bindemann-Egeln (290 017), Struthoff-Deimelhorst (301 918), Aug. Grothor-Straßburg i. Gf. (419 128), Wilh. Graue-Schulgart (427 522).

Angeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Berlin: Wilhelm Frieze (Verb.-Nr. 3045), Berlin (Sektion der Ruher) Heinrich Schmidt (3997), Herrn. Schulze (5881), Aug. Ohnigge (3864), Karl Waaghe (75 775), Otto Krüger (9462), Fr. Neumann (789), Albert Bauer (3216), Friedr. Meier (1593), Rob. Wittmann (280 016), Wilh. Poland (446 032), Friedr. Winter (237 103), aus Neuhardenberg, Hermann Ermer (3100), Karl Michaelis (1293), Fris Heide (2880), Franz Heide (1197), Wilh. Janide (375 182), Otto Gorrde (4780), Fris Heide (196 979), Joh. Nibel (5821), Herrn. Nibel (129), Ferdinand Schröder (3437), Herrn. Brunt (6663), Herrn. Bomm (3748), Jul. Segeberg (73), Zubo Simonowits (85), Karl Matern (971), Herrn. Wiedorn (111 012), Rob. Sommer 11 689, Max Grober (279 936), Heinrich Schürigs (9455), Karl Subert (1824), Wilh. Währing (2995), Aug. Köstly (455 026), M. Kaly (267), Ed. Trojinski (211), Aug. Gerhardt (1399), Franz Schifmann (279 980), M. Borchert (197 941), Fris Sufrow (665), Gust. Heide (3229), Herrn. Koch (141 211), Rud. Wobe (141 508), Heinrich Zimmermann (141 512), letztere drei Kollegen sind aus Frankfurt a. d. B.; Garburg a. d. B.; Joh. Förs (211 914); Meisen: Ernst Paul Merdner (213 027); Straßburg i. G. Karl Molitor (419 117), Emil Heinrich in Dagenau (175 132).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Mittenburg a. d. B.: Heinr. Wittmann, geboren am 11. Januar 1876 zu Lemke; Ellen Borchert; Kornelius Senders (Verb.-Nr. 393 237).

Im Angabe seiner Adresse wird ersucht vom Zweigverein Rade a. d. B.: Wilh. Kölmeyer, geboren am 30. Juli 1881 zu Radeburg (Verb.-Nr. 230 834).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Der Vorstandsvorstand.

Druckung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind von den Zweigvereinen für Angelegenheiten eingegangen:

Julii: Bielefeld M. 2,65, Margloh —85, Sallgaß 2,95, Mülheim a. M. 8,50, Bitterfeld —60, Slogau —65, Biffelbode 2,70, Bromberg 3, Bittenfeld 8,60, Gellensdorf 2,70, Baidheim —45, Sebnitz —45, Großenhain 1,20, Treptow a. d. Toll. 2,70, Sebnitz —45, Pirna 1,85, Königsbrunn —60, Schmollin 3,45, Granitz 1,60, Uelzen 1,20, Belmar 1,95, Deynhausen 1,50, GutsMuth 2,70, Rühnitz —60, Neuba 2,70, Odersleben 1,20, Mühlmann 1,20, Rauenburg a. d. Elbe —70, Reinsig —45, Rahlfa 3,45, Wodum 4,50, Jellen 1,80, Dortmund 2,40, Neuborn 3,20, Goltz —20, Wittenburg 1,20, Neufals 3, Heideberg —90, Hamm 4,80, Mittweida 1,20, Biffa 1,20, Wiesbaden 3,80.

August: Neubufow (Hebern) M. 10,67, Moorburg (Hebern) 25,03, Ratenow 8,85, Slogau —20, Kröpelin (Hebern) 8,11, Finkenwalde 8,25, Burg b. Magdeburg 3,90, Nebra 2,40, Waidenburg i. Gf., 3,90, Schenitz 3,15, Neufeldin —60, Gundersdorf 3,15, Neu-Nippin 5, Neuhaldensleben 3,80.

September: Neufingen M. 1,50, Wogheim 1,15, Slogau —20, Sebnitz 3,20.

Die Expedition des „Grundstein“.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des „Grundstein“. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Befehlungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

In eigener Angelegenheit. Zu der Auseinandersetzung mit dem Kollegen Böber-Galle, erhalten wir von diesem nochmals eine Erwiderung, die darzulegen soll, daß er mit seiner Auffassung über Freiheit doch im Rechte sei. Er will zwar den Verbandstag als höchste Instanz gelten lassen, aber ein „Soheitsrecht“, die Freiheit der Mitglieder innerhalb ihrer lokalen Angelegenheiten zu bestimmen, erkennt er nicht an. Nichtsdestoweniger gibt Böber jetzt zu, daß der Verbandstagsbeschluss zu Recht besteht; die Resolution sollte nur zum Ausdruck bringen, daß der Beschluss den hiesigen Kollegen nicht als richtig erscheint. Die falsche Aufstellung des Verbandstagsbeschlusses im Bereich des Zweigvereins Galle scheint somit auch Kollegen Böber nicht aufrecht halten zu wollen. Im übrigen konstatiert Böber, daß das, was er geschrieben hat, seine aufrichtige Meinung ist, daß er sich also der Präsenzbereitschaft nicht bewußt war.

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, als daß die Sache hiermit für uns erledigt ist.

Chemnitz. Mittwoch, den 25. September, tagte hier eine gut besuchte Maurerverammlung mit der Tagesordnung: Die Schlichtung der „Affordarbeit“. Der Einberuferte gedachte zuerst des verstorbenen Kollegen Franz Bachmann, den die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte. Kollege Bachmann schloß dann den Kollegen in ausführlicher Weise das Schicksal und Verwerfliche der „Affordarbeit“; durch sie werde die Arbeitskraft verschleudert. Viele Kollegen gaben an, daß sie mit dem Stundenlohn nicht auskommen könnten und darum in „Afford“ arbeiten müßten. Bei den Maurern sei das „Affordsystem“ nicht so wie in anderen Berufen; es könne nicht jeder ein „Stück Arbeit“ allein fertig machen. So bilde sich das „Kolonnenhelfen“. Da die Kräfte nicht gleich sind, der eine einen Hiesel mehr ansetzt oder einen halben Meter mehr pugt als der andere, entstehen Reibereien, und das Solidaritätsgefühl und der Organisationsgedanke werden gestört; allerdings könne man nicht durch Beschluß die „Affordarbeit“ aus der Welt schaffen. Auf dem diesjährigen Verbandstage wurde beschlossen, durch Aufklärung dahin zu wirken, die „Affordarbeit“ zu beseitigen. Darin seien auch die Berliner Ruher mit einbezogen. Mehrere Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten. Es wurde betont, daß bei der „Affordarbeit“ die Gerüste mangelhaft gebaut werden und daher leicht Unglücksfälle vorkommen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde ein Antrag, den Kolporturen für das Kassieren der Ertragsbeiträge 2 pSt. zu gewähren, angenommen. Ein weiterer Antrag, die Streikbrecher, die jetzt ihre Tat einsehen und die durch Familienverhältnisse dazu gezwungen werden, aber niemand ins Gefängnis gebracht haben, wieder aufzunehmen, wurde abgelehnt. Ein dritter Antrag, dem Vertrauensmann, Kollege Gaisch, vom 1. Juli ab ein jährliches Gehalt von M. 1800, die Hälfte Beitrag zur Kranken- und Invalidenkasse und zur Unterstützungskasse zu zahlen, wurde gegen 4 Stimmen angenommen.

Stin a. Rh. In einer öffentlichen Ruher- und Fugerverammlung (wann?) sprach Gauleiter Ruch über die Verklärung der Arbeitszeit und die Schäden der Arbeitszeit. Die Versammlung war gut besucht, leider waren aber die hiesigen Kollegen, die der Aufklärung bedürftig sind, nur spärlich vertreten. In der Diskussion meinte ein Redner, die letzte Lohnbewegung hätte den Ruher und Fugern gar nichts gebracht; er hoffe, daß im Mai 1908 das Verträge nachgeholt werde. Der Vertrauensmann meinte, daß besonders die hiesigen Arbeiter besser über das Kolonnenhelfen aufgeklärt werden. Es dürfte nicht vorkommen, daß das Gewerbegericht sich damit befassen muß. In seinem Schlusswort überlegte Ruch die Anschauung, daß bei dem letzten Lohnkampfe nichts herausgekommen sei. Im Gegenteil hätten die Ruher und Fuger ganz wesentliche Verbesserungen erreicht: Verklärung der Arbeitszeit, erhöhten Lohn und hauptsächlich Verbesserung des Kolonnenhelfens. Früher habe der Schlichtmeister den ganzen Ueberfluß eingekassiert, jetzt teilten alle Kollegen gleichmäßig den Lohn. Zum Schluss wünschte der Redner, daß die Kollegen die Versammlungen besser besuchen möchten.

In einer in der letzten Woche abgehaltenen Stultaturversammlung wurde darüber Klage geführt, daß Ruher unter Tarif Studarbeit verrichten. Dies mag richtig sein, doch ist zu konstatieren, daß diese Ruher keiner Organisation angehören.

Serne-Sabinghork. Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten. Dieses „göttliche“ Gebot scheint der christliche Maurerpolier und „geistige“ Führer der hiesigen Christen, Jacob Mehe, nicht zu kennen. Er beschuldigte nämlich zwei unserer Mitglieder, die Gebrüder Gottlieb und Gustav J., des Streichbuchs, begangen in Duisburg bei der Firma Kiefer im Jahre 1905. Nun ist bekanntlich im Jahre 1905 in Duisburg gar nicht gestreicht worden, so daß unsere Kollegen nicht arbeitsunfähig gewesen sein können. Dieses ist dem Mehe auch sehr wohl bekannt. Die übliche Rede ist lediglich ein Ausdruck der Wut und des Hasses gegen unsere Kollegen, weil jetzt auch Gustav J. dem Beispiel seines Bruders gefolgt und zu uns übergetreten ist. Wäre Gustav J. bei jenen geblieben, so würde Mehe diesen Vortwurf nicht erhoben haben. Beweis dafür ist, daß Mehe dort keine Beschuldigung erhebt, wo der Streichbruch Tatsache ist. Wir erinnern nur daran, daß im Jahre 1905, während der letzten zwei Wochen der Aussperrung, zwei

Gebrüder von hier in Dortmund bei der Firma Hamelmann gearbeitet haben, obgleich der Unternehmer ausgemerkt hätte. Diese Tatsache war dem Werke, der damals Vorsitzender der hiesigen christlichen Zählstelle war, bekannt, und trotzdem sind jene beiden nicht zur Verantwortung gezogen, sondern heute noch „hierden“ ihrer Organisation. Dem Werke wird Gelegenheit gegeben, seine Behauptungen an Gerichtsstelle zu vertreten.

Hersbrück. Schon zum wiederholten Male hat unser Gaudiorand versucht, in unserem Städtchen einen Zweigverein unseres Verbandes ins Leben zu rufen, resp. unsere Kollegen dem Verbande der Maurer Deutschlands zuzuführen, aber immer ist es an der Interesselosigkeit unserer Kollegen gescheitert, obwohl sie früher schon einmal fast alle dem Verbande angehört. Eine damals gestellte Lohnforderung ging, fast glatt, ohne Kampf, durch, und somit dachten unsere Kollegen, eine Organisation nicht mehr nötig zu haben. Am 8. Oktober d. J. kam endlich nach vielen Jahren wieder eine Versammlung zu Stande, die sehr gut besucht war. Kollege Mertel aus Nürnberg hielt einen Vortrag über: „Die Organisation“. Nach Beendigung desselben ließen sich 21 Kollegen sofort in den Verband aufnehmen, wozu noch etwa 10 Kollegen, die teils in anderen Zweigvereinen und im hiesigen Verband bereits Mitglieder sind, hinzukommen werden, so daß der neu gegründete Verein etwa 50 Pkt. der am Orte vorhandenen Maurer zu seinen Mitgliedern zählt. Sogleich werden unsere Kollegen von Hersbrück und Umgebung, die dem Verbande noch nicht angehören, bis zur nächsten Versammlung, die Sonntag, den 20. Oktober, stattfindet, alle beitreten und diesmal auch treue Mitglieder des Verbandes der deutschen Maurer bleiben, was zur Zeit für jeden so notwendig ist, wie das Brot zum Essen, da uns in Bayern für das nächste Jahr große Kämpfe bevorstehen.

Kattowitz. Am 24. September tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, die trotz der guten Konjunktur nur sehr schlecht besucht war. Als Referent war Genosse Fehr erschienen, der in vorreiferlicher Weise die Ursachen der Arbeiter-Ein- und Auswanderung schilderte. Nachdem der große Beifall, der dem Vortrage folgte, verhallt war, folgte eine kurze Diskussion, in der der Kollege Benedikt im Sinne des Referenten sprach und auf einige Mißstände allgemeiner Natur hinwies, die die Arbeiter zur Auswanderung treiben. Auch dem Kollegen Benedikt wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall gezollt. Mit der Mahnung an die Kollegen, das Gesehene weiter zu verbreiten und die Indifferenten aufzuklären, schloß der Vorsitzende, Kollege Proßke, mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Leipzig. Die Maurer hielten am 24. September im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab. Der angekündigte Vortrag über: „Die Entwicklung der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen Deutschlands“ mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Referent verhindert war, zu erscheinen. Unter „Äußerer Berufsangelegenheiten“ sprach Kollege Bauersfeld über die Schädlichkeit der Zünfterarbeit im Winter bei offenen Fenstern, ferner über die Resolution der Bauarbeiterkommission über berufliche Anstellung eines Arbeiters als Baukontrollleur. Kollege Werthold beantragte hierzu, bei der Zentralkommission für Bauarbeiterzuzug anzuklagen, wie sich die Einrichtung in anderen Städten bewährt habe. Dieser Antrag wurde angenommen. Kollege Diener beschwerte sich über die Entziehung des „Grundstein“. Nach der Aufklärung vom Kollegen Werthold wurde diese Sache als erledigt betrachtet. Kollege Jacobitz kritisierte die Behandlung der Kollegen durch den Polier Schulze bei der Firma Wamsage & Tietz. Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Kollege Werthold gab bekannt, daß außer einigen unorganisierten auch drei organisierte Kollegen nach Celle gereist sind und dort Weisegeld erhalten haben, dieses aber nicht zurückgezahlt haben. Die Versammlung forderte diese Kollegen auf, das Weisegeld sofort zurückzugeben. Falls sie sich weigern, soll der Vertrauensmann beim Hauptvorstand den Ausschluß beantragen. Kollege Bauersfeld forderte die Kollegen auf, von den Unternehmern zu Unrecht abgezogene Krankentagebeiträge zurückzufordern. Schließlich eruchte er die Kollegen, in den Herbst- und Wintermonaten nur bis Tageshelle und Sonnabends nur bis 4½ Uhr zu arbeiten.

Mittweida. Sonnabend, den 6. Oktober, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung in der „Sängerkalle“. Statt, die leider schwach besucht war, was einerseits auf die schlechte Witterung, andererseits auf die Gleichgültigkeit der Kollegen zurückzuführen ist. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde zur Sprache gebracht, daß diejenigen Kollegen, die bis zur nächsten Versammlung die Extrabeiträge noch nicht bezahlt haben, veröffentlichet und aus dem Verbande ausgeschlossen werden, worauf an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht wird. Weiter wurde bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine Theateraufführung stattfindet, die vom Gewerkschaftskomitee arrangiert wird. Zu diesem Unternehmen wird die Unterstützung aller Kollegen erbeten. Besonders zur Pflicht gemacht wird den Kollegen, künftig die Versammlungen besser als bisher zu besuchen, damit wir die Erfolge, die wir in den letzten drei Jahren errungen haben, auch hochhalten, und noch weitere Fortschritte machen können. Die Versammlungen finden wieder regelmäßig jeden ersten Sonnabend im Monat in der „Sängerkalle“ statt.

Schleiz. Am 1. Oktober tagte hier eine Mitglieder- versammlung, die sehr schwach besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Richard Ruffe, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Erster Punkt der Tagesordnung war Wahl der auf uns entfallenden Mitglieder der Gewerkschaftskommission. Kollege Rüfner gab bekannt, daß in letzter Zeit nur die Vorstandsmitglieder der Kommission gebildet haben, was aber wegen Ueberhäufung der Vorstandsmitglieder mit Arbeit nicht mehr durchzuführen ist. Daraufhin wurden vier Kollegen gewählt. Zum Punkt „Verkleinerung“ forderten mehrere Kollegen, daß der Extrabeitrag von den sämtlichen Mitgliedern streng eingehoben werden müßte; die Hilfs- lasser wurden aufgefordert, in nächster Zeit die Mit-

gliedsbeiträge sämtlicher Kollegen einzuziehen, damit genau festgestellt wird, wieviel die Kollegen eigentlich rückständig sind. Kollege Rüfner gab noch bekannt, daß Mitte Oktober eine öffentliche Maurerversammlung stattfindet, zu der möglichst alle Kollegen erscheinen müssen. Die Kollegen sollten jetzt schon auf den Baustellen für diese Versammlung agieren, damit auch die sämtlichen Kollegen einmal erscheinen und einen Begriff davon bekommen, worüber der Gaudiorand referiert. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß vom 1. Oktober an die Baustellen einer verstärkten Kontrolle unterzogen werden müssen. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Eine recht interessante statistische Aufnahme hat der Zweigverein Stettin veranstaltet, die allerdings auch ziemlich viel Mühe und Arbeit gekostet hat. Gegenwärtig arbeiten in Stettin 556 Maurer, das ist die Hälfte derer, die im Jahre 1899 dort beschäftigt waren; damals waren es 1106. Von den 556 haben 431 brauchbare ausgefüllte Fragebogen zurückgegeben. Diese verteilen sich auf die verschiedenen Altersklassen wie folgt: Unter 20 Jahre: 12, im Alter von 20 bis 25: 76, 25 bis 30: 91, 30 bis 35: 120, 35 bis 40: 88, 40 bis 45: 32, 45 bis 50: 33, 50 bis 55: 17, 55 bis 60: 8, über 60: 4 Kollegen. Davon sind 351 Kollegen verheiratet, die 839 Kinder unter 14 Jahren haben, und 80 unverheiratet. Von den 431 sind 368 Mitglieder des Zweigvereins Stettin; 63 gehören anderen Zweigvereinen an. Nämlich dem Verein Wismar 21, Sommer 11, Ziegenort 9, Alt-Damm 9, Bobdub 5 und Greifenhagen, Hammelsall, Jagnd, Pöswalk und Wolberg 1. Von den 368 Stettiner Mitgliedern wohnen 268 in Stettin, 30 in Bredow, 16 in Nemitz, 12 in Pommerensdorf, 11 in Grabow, 8 in Zabelsdorf, 7 in Schenke, 4 in Frauborn, 2 in Büschow, 2 in Goglow und je 1 in Singdorf, Kretow, Königsfelde, Lüglin, Beldow, Schöningen, Stolzenburg, und Wustow. Der Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte beträgt bei 27 unter 10 Minuten, bei 77: 10 bis 20 Minuten, 127: 20 bis 30 Minuten, 61: 30 bis 40 Minuten, 61: 40 bis 50 Minuten, 48: 50 bis 60 Minuten und bei 35 über 60 Minuten. Das Mittageffen kommen bei 134-jähriger Pause 102 Kollegen zu Hause einnehmen, bei einjähriger Pause waren es noch 84, während dann 397 Kollegen auf den Arbeitsplätzen beim, in deren Nähe sie wohnen. Von den Kollegen erklärten sich 102 für Verbeibehaltung 13-jähriger Mittagspause, während 819 lieber eine einjährige Pause wollen, wenn sie dafür später am Morgen anfangen können. 41 Kollegen sprachen sich für 13-jährige Mittagspause und späteren Anfang aus. An 23 o h n u n g s m i e t e (pro Jahr) zahlten 351 verheiratete Kollegen: unter M. 100: 19, M. 100—125: 24, M. 125—150: 53, M. 150—175: 26, M. 175—200: 104, M. 200—225: 68, M. 225—250: 80, M. 250—275: 10, M. 275—300: 9, über M. 300: 9. Die Kollegen 26 Kollegen, die Angaben darüber machten, zahlten unter M. 100: 19, M. 120: 2, M. 130: 2, M. 144: 1, M. 150: 1, M. 240: 1. Die Wohnung bestand bei 65 Kollegen aus einem Zimmer, bei 186 aus einem mit einem, bei 113 aus zwei Zimmern, bei 22 aus drei Zimmern, bei einem aus 4 Zimmern. Im Haushalt von 35 Kollegen waren die Frauen erwerbsfähig, und zwar drei in der Landwirtschaft, die übrigen in der Konfektion, Plätterei und häuslichen Diensten.

Den Stettiner Kollegen ist wegen dieser Darstellung Anerkennung zu zollen. Im Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen sind derartige Aufnahmen gute Mittel; die Kollegen allerorts sollten darum den gleichen Weg einschlagen.

Wählen, Würgen, Weischen.

Was darunter zu verstehen ist, weiß jeder Kollege: Das wahlmännliche Arbeiten, das den Kopf schwindeln läßt, das Wark verbergt, die Knochen vorzeitig zermüht, das Produkt verdirbt, und den Geldbeutel des Unternehmers füllt. Gegen dies dreifache W wendet sich im „Maurer“, dem Organ der österreichischen Kollegen, ein Wiener Maurer in recht temperamentvollen Ausführungen, die vielleicht auch in Deutschland etwas Gutes wirken können. Der Wiener Maurer nennt das Uebel „panstigen“, der Name ist also verhasst — auch bei uns hat man verschiedene Bezeichnungen dafür —, aber das Uebel selbst ist überall gleich verbreitet und schmerzhaft.

Der Kollege schreibt: Welcher Maurer, der schon längere Zeit in Wien arbeitet, hätte noch nicht gepantigt? Wenige, vielleicht kein einziger kann mit gutem Gewissen Nein! sagen. Jeder kennt das Verwerfliche dieser unmenschlichen Treiberei und doch ist es bisher nicht gelungen, das Pantigen auszurotten. Ja, es ist nicht einmal ein Grund zu finden, warum gepantigt worden ist. Einer schiebt die Schuld auf den anderen, alle zusammen schämen sich, gepantigt zu haben, und alle zusammen pantigen. Woher kommt das? Von der Dummheit und vom Stolz. Nicht umsonst sagt das Sprichwort: Dummheit und Stolz wachsen auf einem Golz. Es ist zwar grob, wenn ich sage, Dummheit und Stolz sind die Ursachen der Pantigerei; aber wahr ist es und wir werden gleich sehen, wie richtig meine grobe Behauptung ist. Weist gleich es wie folgt dabei zu. Der Polier besetzt die Front und wenn er ein g'hauter Purche ist, was meist der Fall ist, lernt er einige Maurer an, die sollen die Pfeiler schnell wachsen lassen. Damit seine Schmeichelei bester Gehör findet, verspricht er den Maurern, die zum Pantigen ausersehen wurden, irgend eine Kleinigkeit. Nun geht es los. Die vom Polier eingesetzten Pantiger hauen darauf los, was das Zeug hält, die anderen bemerken, daß sie um einige „Scharen“ (Schichten) schon zurück sind, und machen es nun ebenfalls den Pantigern nach. Auf einmal pantigt die ganze Front und der Polier steht im Winkel und reißt sich vergnügt die Hände über die Dummheit der Maurer. Die einen waren dumm genug, sich einsaugen zu lassen, und die anderen sind zu stolz, um zurückzugeben; auch sie wollen zeigen, daß sie was können. Das Fazit ist, daß in wenigen Stunden die Pfeiler oben sind. Es gibt aber auch Fälle, wo die Maurer zu pantigen beginnen, ohne daß der Polier den Befehl erteilt hat. Gewöhnlich geht es so, wenn gepantigt wird. Die Arbeiter können nicht genug Mühe herbeibringen, alle arbeiten fieberhaft, unermüdet. Ist die Gleise fertig, die Wogen geschlossen, dann fragen die Maurer, warum haben wir gepantigt? Dann kommt ihnen zum Bewußtsein, daß sie schändlich dumm waren, aber nächstes Mal machen sie es wieder genau so. Wir sind

Fälle bekannt, wo der Polier selbst dazwischenfahren mußte, weil die Arbeit gar zu schleuderhaft war. Denn beim Pantigen kommt es auch vor, daß, weil der Mürtel fehlt, Ziegelflächen unter die angelegten Ziegel gelegt werden, damit die „Schar“ gleich ist. Diefelbe Methode wird auch beim Wölben der Wogen angewendet. Durch diese verwerfliche Schlußarbeit kann ein großes Unglück geschehen und darum regt sich manchmal das Gewissen des Poliers und er greift hemmend in die Pantigerei ein. Dem Polier allein die Schuld zu geben, daß gepantigt wird, fällt mir nicht ein. Der Maurer pantigt und nicht der Polier. Der Maurer hat menschlich, ordentlich zu arbeiten, aber nicht zu pantigen und eine Sauberei herzustellen, die zur Katastrophe führen kann. Dann kommt noch hinzu, daß wegen des Pantigens Streitigkeiten entstehen, die der Einigkeit unter den Maurern abträglich sind. Ferner werden dadurch die Maurer und Hilfsarbeiter früher arbeitslos, wenn sie so unerhört radeen. Ich will nun den Kollegen sagen, wie es mir gelang, auf einem Bau das Pantigen zu beseitigen. Die Arbeit war damals ebenso knapp wie jetzt, ich mußte, weil nichts Besseres zu finden war, beim Antoni anfangen, ein berichtigter Pantiger. Ich erhielt, zum Glück kann ich wohl sagen, einen recht alten Kollegen zum „Spezi“ (Kollegen), der früher Polier war, nun aber als solcher ausgeschieden hatte. Wir zwei standen in der Front, es waren Wagnisse. Die anderen pantigten fürchterlich drauf los. Wir beide waren niemals „aus dem Kreuz“, denn als wir bequem arbeiten konnten, wurde schon wieder ein Gerüst gemacht und wir mußten uns wieder hinabziehen. Aber wir ließen uns nicht irren machen. Gemächlich arbeiteten wir fort. Der Polier kam zwar wiederholt zu mir und wollte uns „rühnen“ (antreiben), aber ich war kein Landsmann, ich antwortete jedesmal: „Ich arbeite und pantigen mag ich nicht.“ Dabei ließ es auch. Die anderen Maurer waren auf der Gleise (Stagen-abstufung), die Wogen rechts und links von unserem Pfeiler wurden ausbleiben; denn in die Luft war nicht zu wölben. Wir beide machten die beiden Wogen aus fertig und als das beendet war, hatten die anderen Maurer bereits die Spitzpfeiler, ohne gepantigt zu haben, auf die Gleise gebracht und wölben auch die Wogen zu. Sie schimpften ganz gewaltig, weil sie auch nicht mehr Lohn bekamen wie wir, trotzdem sie die doppelte Arbeit geleistet hatten. „Da pfeifen wir auf's Pantigen“, sagten sie und aus was mit der wahlmännigen Maderei. Die Pantigerei aber war auf diesem Bau abgetan. Damit will ich gezeigt haben, daß die Pantigerei nicht sein muß. Der Polier soll reden, soll meinetwegen schreien, ich arbeite ruhig, ordentlich fort, denn der Maurer wird nur für das Arbeiten, nicht aber für das Pantigen bezahlt. Polier und Meister müssen können vollständig aufgeben sein, wenn die Arbeiter ordentlich und anständig arbeiten. Wollen sie mehr haben, dann mögen sie selber mit aufgeben. Die Maurer haben es in der Hand, wie auf dem Bau gearbeitet wird, wild oder anständig, ordentlich oder schleuderhaft. Eine Ursache auf den Polier ist kindisch, denn nicht der Polier, sondern der Maurer pantigt; der Maurer arbeitet, nicht der Polier. Zu was die Weiber so schänden, die Tagelöhner martern? Zu was radeet sich der Maurer beim Pantigen so unmeniglich ab und stellt eine Arbeit her, daß der Bau graust? Daß er früher arbeitslos wird und die Maurerei ganz auf den Hund kommt. Denn wenn gepantigt wird, es kommt der Arbeiter und sieht die Pantigerei, wer wird dann zugekommen? Natürlich die Maurer! Sie sind es, die so hingestellt werden, als wären sie gar keine Maurer, sondern „Schuster“. Zum Schaden gestellt sich also auch noch der Schimpf. Daß aber nicht gesagt wird, gepantigt wird ja nur auf den Bauten, die auf dem Fuchsen oder Draufgefeld oder bei der Schmelz aufgeführt werden! Nein! Gepantigt wird auch in den inneren Bergen, und wie ich aus Erfahrung weiß, sogar auf sogenannten Monumentalbauten. Es kommt nämlich gar nicht darauf an, wo der Bau liegt und was er wird, sondern wer ihn baut. Und es gibt Firmen, die sich den Schein der höchsten Solidität zu wahren wissen, sich aber gelegentlich von einem wirklichen Pantigemeister gar nicht unterscheiden. Ob es mir gelungen ist, die Kollegen dazu zu bringen, nicht zu pantigen, weiß ich nicht, aber ich will es hoffen. Jeder Maurer weiß, daß er nicht pantigen soll. Also, es gilt nur, anzugreifen und es wird gehen. Werfe jeder einzelne die Dummheit und den Stolz weg und die Pantigerei ist gemessen. Sollte es aber noch weiterhin dumme Maurer geben, so sollen sie allein pantigen, die Vernünftigen sollen wenigstens nicht mitmachen. Auch auf diese Art ist die blöde Pantigerei umzubringen.

NB. Nun wird die „Arbeiter-Zeitung“ natürlich wieder: ca canny! schreien.

Aus Belgien.

Der belgische Bauarbeiterverband hat am 8. und 9. September in Antwerpen einen allgemeinen Kongreß abgehalten, um sein Statut festzusetzen und andere organisatorische Notwendigkeiten zu beschließen. Der Verband ist erst im Jahre 1906 provisorisch gegründet worden. Damals bestanden in Belgien nur in einigen Orten Maurergewerkschaften oder gemischte Vereine, so in Nivelles (400 Mitglieder), Verdiers (600), Gent (80), Antwerpen (1000). Der Einladung der Generalkommission der belgischen Gewerkschaften zur Gründung eines Verbandes der verschiedenen hantewerblichen Vereine hatten 16 Vereine Folge geleistet, deren Vertreter im März 1906 in Brüssel eine Konferenz abhielten. Die Delegierten von 15 Gewerkschaften stimmten für die Gründung eines Verbandes der hantewerblichen Arbeiter, und damit für den Anschluß an die belgische Arbeiterpartei (Partie socialiste). Ein Verein (Antwerpen) stimmte dagegen und lehnte seinen Anschluß ab. Dieser Verein blieb bis jetzt getrennt von der Zentralleitung der Gewerkschaft der Bauarbeiter. Die angegliederten Vereine beschloßen, 10 Centimes pro Mitglied und Monat für die Agitation und die Dedung der Kosten des Landes-Sekretariats zu bezahlen und ferner die Beiträge für den Anschluß an die belgische Arbeiterpartei. Im ersten Vierteljahr 1906 empfing die Föderation als Gesamtbeitrag aller angeschlossenen Vereine für 1400 Mitglieder Frs. 140 monatlich. Am 30. Juni 1907 betrug die Zahl der Mitglieder der verschiedenen Landeszentren: Brüssel 400, Gent 400, Gallebed 80, Huy 125, Nivelles 3200,

Mouscron 60, Mayon Troog 125, Soignies 40, Antwerpen 150, Revers 700. Insgesamt 5315 Mitglieder.

Der Antwerpener Verein hat sich vom alten Verein abgespalten und sich im April d. J. der Föderation angeschlossen, weil das unabhängige Syndikat fortgesetzt keine Beziehungen mit der Centrale der Bauhandwerker haben wollte. Der neue Verein rechnet darauf, bald eine Mitgliederzahl von größerem Umfang zu haben. Fast alle Vereine, zwei ausgenommen, sind in fortwährender Entwicklung. Die Beiträge schwanken zwischen 75 Centimes und Frs. 1 monatlich und zwischen 30 und 60 Centimes wöchentlich.

Die mittleren Löhne der baugewerblichen Arbeiter betragen 38 Centimes pro Stunde; die tägliche Arbeitszeit ist 10 Stunden. Der Provinzialrat von Brabant hat beschlossen, unter die Submissionsbedingungen für öffentliche Bauten die Bedingung einer Lohnerhöhung von 25 pSt. von der ersten Arbeitsstunde an aufzunehmen.

Seit dem ersten Riestjahr 1907 zählen die der Föderation angeschlossenen Vereine einen Extrabeitrag von 20 Centimes pro Mitglied und Monat für die Streikkasse. Diese Kasse darf nur einbringen im Falle von Konflikten von 1908 an, d. h. die Eingänge werden während zweier Jahre aufgesammelt, um einen Kassenfonds zu bilden.

Auf dem jetzt abgeschlossenen Kongress waren 12 Vereine mit 34.600 Mitgliedern durch 27 Delegierte vertreten. Das Statut wurde definitiv beschlossen. Der Beitrag an die Verbandskasse wurde auf 30 Centimes pro Mitglied und Monat festgelegt, wovon 20 Centimes für den Streikfonds reserviert werden sollen. Aus dieser Kasse sollen erst nach zweijährigem Bestehen des Verbandes Unternehmungen im Betrage von Frs. 2 pro Tag und Mitglied auf die Höchstzahl von sechs Wochen gezahlt werden. Der Beitrag an die Partei- und Gewerkschaftskommission wurde auf 60 Centimes pro Mitglied und Jahr festgelegt. Ueber die Beiträge in den Mitgliedschaften wurde kein Beschluss gefasst; der Kongress sprach jedoch den Wunsch aus, es möge kein Verein unter 30 Centimes pro Woche erheben. Die Kosten für die Agitation soll die Verbandskasse tragen, und zur Belebung der Agitation und zur Förderung der Organisation soll auch ein Fachblatt herausgegeben werden. Um dies vorzubereiten, wurde eine Kommission gewählt, die vor Ablauf von zwei Monaten Bericht erstatten soll, damit das Blatt eventuell am 1. Januar 1908 herausgegeben werden kann.

Der Sitz des Verbandes ist Brüssel, Volschhaus (Maison du Peuple); die Geschäfte führt Kollege Bergmanns, Sekretär der belgischen Gewerkschaften.

Ein Blick auf die Maurerbewegung in Finnland.

Einige bürgerliche Politiker gründeten vor 24 Jahren in Helsingfors den ersten Arbeiterverein und bald nachher auch andere. Diese waren gemeinlich für Arbeiter aller Fächer, also auch für Maurer. Später wurden besondere Fachvereine errichtet; man wollte die Arbeiter in diesen Vereinen zähm machen; mit der Zeit wurde das natürlich unmöglich. Die großen sozialen Kämpfe zwangen die Arbeiter zum Massenkampf; die Flammen dieses Kampfes zeigten sich außerordentlich und allmählich auch innerhalb der von den bürgerlichen gegründeten Vereine. Es entstanden heftige Streitigkeiten. Das Resultat war: die bürgerlichen Gelehrten und Unternehmer entfernten sich aus den Arbeitervereinen, die klagenbewußten Arbeiter blieben; sie zogen in die Vereine mehr und mehr Gleichgesinnte aus den Reihen des Proletariats und gründeten neue Organisationen. Im Jahre 1891 wurde ein Fachverein für Maurer in Helsingfors gegründet, im Jahre 1893 waren deren sieben in anderen Städten; damals schon alle auf dem Boden des Massenkampfes stehend. Der erste Maurerkongress war in demselben Jahre; ein Zentralvorstand wurde eingesetzt. Man hatte die Absicht, einen starken Verband zu bilden. Die finnische Regierung, der Senat, hatte sich jedoch das Recht angeeignet, zu bestimmen, welche Verbände als legale gestattet sein sollten. Die Statuten dieser Verbände sollten vom Senat selbst und im Namen des russischen Kaisers bestätigt sein. Die Arbeiter waren gezwungen, sich dieser Praxis zu beugen; dreimal liefen die Maurer ihre Statutenentwürfe dem Senat vorlegen, aber sie wurden nicht beiläufig. In den Jahren 1895 bis 1904 herrschte in Finnland politische Willkür; die organisierten Arbeiter konnten nicht einmal sicher sein, ob sie ihre Vereinsbücher und -kassen behalten durften. Das normale Gedeihen der öffentlichen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war unmöglich, die Taktik der Arbeiter richtete sich mehr auf das politische Gebiet. Das alles erklärt, weshalb die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Finnland relativ schwächer ist als die politische. Durch politische Kämpfe wurden einige Bürgerrechte im Jahre 1905 zurückgewonnen. Die Statuten des Maurerverbandes wurden im folgenden Jahre bestätigt. Im Jahre 1905 hatten die Maurer 9 Organisationen mit 600 Mitgliedern, im Jahre 1906 21 Organisationen mit 1300 Mitgliedern. Da es in ganz Finnland nur etwa 2500 Maurer gibt — infolge des Waldreichthums werden viele Bauten aus Holz errichtet —, so ist der Einfluß der Organisation auf die Kollegen von großer Bedeutung.

Das Eintrittsgeld schwankt zwischen 50 Penni und Frs. 5, der Monatsbeitrag zwischen 50 Penni und Frs. 1. Das sind die einzigen obligatorischen Beiträge. Freiwillig bezahlen die Maurer gern für Streikunterstützung und für außerordentliche politische Bedürfnisse. Im Jahre 1906 waren die Einkünfte sämtlicher Maurerorganisationen 34. Frs. 16.000, die Ausgabe Frs. 11.000 und der Wert des Eigentums 34. Frs. 15.000. Der Vorstand bezieht von den Lokalorganisationen (Abteilungen) Frs. 2 pro Mitglied und Jahr. Besondere Unterstufungsklassen gibt es nur einige, und auch diese sind sehr klein.

Die kleinen Vereine haben relativ zahlreiche und große Kämpfe geführt. Die meisten um Lohnerhöhung. Noch vor zehn Jahren bezog man z. B. im Vorwinter nur 20 bis 30 Penni Stundenlohn. In den ersten Kampfsjahren gewannen die Maurer nur gelegentliche Erhöhungen; erst in den letzten Jahren erlangten sie feste, durch schriftliche Verträge garantierte Löhne. Es gibt für Maurer folgende Minimallohne: 45 Penni im Winter, 60 Penni im Sommer; 50 Penni in allen Jahreszeiten; in Helsingfors 65 Penni, für Ruher 60 bis 70 Penni. Die

Affordarbeit ist nur in einigen Gegenden verboten; in den meisten gestattet; sie wird in den größten Städten nach festgestellten Tarifen bezahlt. In Helsingfors verdienen die Affordarbeiter zur Zeit Frs. 1 pro Stunde und mehr. Für Hebearbeit bekommt man Zusatz von 50 bis 100 pSt. Für das Baugelb in Helsingfors gibt es auch einen Lehrlingsvertrag: auf einem Arbeitsplatze dürfen nur drei Lehrlinge sein; der Tagelohn beträgt mindestens Frs. 2, die Lehrlinge sind eine dreijährige und erstreckt sich auf wenigstens 18 Arbeitsmonate.

Ihre allerwichtigsten Kämpfe haben die Maurer jedoch um Verkürzung des Arbeitstages geführt. Noch vor zehn Jahren war die Arbeitszeit unregelmäßig, gewöhnlich 12 bis 14 Stunden täglich, aber auch 15 und 16 Stunden und noch mehr. Im Jahre 1896 war in Helsingfors der sogenannte „große Aufstand“ um den Zehnhundestag. Die Arbeiter bekamen den Kampf. Die sehr „waterlandisch“ gehaltenen Unternehmer ließen russische Streikbrecher holen; sie erlitten dabei aber so bedeutende Verluste, daß sie schon im folgenden Sommer ohne Kampf den Zehnhundestag bewilligten. Zur Zeit ist er schon überall eingeführt. Im September 1906 eroberten die Maurer in Helsingfors unter Führung der Maurerorganisation den Reimundstagen. In Sonntagen und an Abenden vor den Festtagen arbeiten die Maurer in einigen Gegenden 10 Stunden, in anderen 9 und 8 Stunden und in Helsingfors nur 6½ Stunden. Die wöchentliche Arbeitszeit ist in Helsingfors also 51½ Stunden.

Aus Amerika.

Auch unseren amerikanischen Kollegen bleiben Zusammenstöße mit den Verbänden nicht erspart. Zwei Agitatoren unserer Bruderverorganisation waren in Süd-Karolina tätig, um dort die Organisation auszubringen. In einem kapitalistisch verheulten Welt-Ember wurden diese beiden Kollegen, Gordon und Boice, auf Veranstaltung des Bürgermeisters von einem Bösewicht angefallen, mißhandelt und schließlich noch ihrer Wertschätzung beraubt. Bürgermeister und Polizeichef standen dabei und taten nichts, um die beiden unglücklichen Leute zu schützen, forderten im Gegenteil noch zu weiteren Mißhandlungen auf, und gelangten es, daß man ihnen die Wunden fortbrennte, so daß der eine Kollege zu Fuß bis zu einem anderen Orte wandern mußte. Dem anderen war es nur dadurch möglich, sein Leben zu retten, daß er in einen Eisenbahnzug sprang, wohin ihm der sozialistische kapitalistische Bösewicht nicht folgen konnte. „The Bricklayer and Mason“ protestiert in einem längeren Briefe entschieden gegen diese Gefegesverletzung, von der er sagt, daß seit dem 4-jährigen Bestehen der Union noch nie dergleichen seinen Mitgliedern passiert wäre. Das ist möglich. Wenn sich diese Fälle in Amerika noch etwas vermehren, dann dürfte es bald zu deutschen Zuständen gelangen.

Centralkrankenkasse.

(Grundriss zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. September bis 5. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der ärztlichen Verwaltung in Trüben K 350, Langenbach 200, Treibig a. d. Elbe 200, Mohnd 200, Jaderitz 200, Wendenborn 200, Giden 160, Rassenfeld 150, Zuisburg 150, Krieg 150, Gienburg 148,98, Kiebmakke 120, Jordan-Paradies 100, Friedmann 100, Leipzig-Mühlhölz 100, Königshelm (Zunahme) 100, Glich 74,31, Vierhörd 70, Ohlan 50, Bölsch 50, Summa K 2888,27.

Zuführung erlitten: Leisjinn K 250, Hippoldsweller 130, Matbach 100, Mannhe 100, Summa K 580.

Altona, den 5. Oktober 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitersturz, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten scheinbarst einen jactischen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Baueinsturz. Am 1. Oktober stürzte der Kollege Gortmann auf dem Neubau Sommer in der Landwehrstraße durch Ausweichen auf einer Leiter ein Stodwerk tief herab. Schwerverletzt wurde er nach dem herzoglichen Krankenhaus gebracht. Der Kollege hatte sich erst vor vier Wochen verheiratet.

Verletzt. Am 20. September stürzte der Kollege Aug. Biehm vom Dach und brach einen Oberschenkel. Er wurde nach Halle in die Klinik gebracht.

Brandung. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 21. September am Neubau des Unternehmers Nebmann in der Rindensstraße. Die Kollegen Egodda, Pawski, Runold und Kutschinski waren in der Höhe der vierten Etage mit Fassadenputz beschäftigt, als plötzlich eine Windstriepe entzwei riß und die Durchbindelange brach. Die drei erregenen Kollegen konnten sich an den Fenstern und am Balken der dritten Etage festhalten und vor dem Absturz retten, während Joseph Kutschinski bis auf den Erdboden fiel. Verbrochene Glieder und innere schwere Verletzungen waren die Folge des gräßlichen Sturzes. Am 21. September ist der erst 38 Jahre alte Kollege seinen Verletzungen im städtischen Krankenhaus erlegen. Der Unfall ist, wie schon gesagt, auf schlechtes Bindematerial zurückzuführen; doch langt das ganze Gerüst nichts. Es sollte sich auch kein Kollege dazu hergeben, aus dem schlechten Material ein Gerüst zu bauen und darauf zu arbeiten. Wann endlich werden die Grabenzer Kollegen mehr Mitleid auf ihr Leben und ihre Gesundheit nehmen? Und wann vor allem wird die Grabenzer Polizeibehörde solchen Mißständen entgegenzutreten? Die Unfälle haben in Graubenz in diesem Jahre einen erschreckenden Umfang angenommen. Es ist die höchste Zeit, daß die Behörde den Zuständen ein energisches Galt gebietet.

Mäßig. Der Kollege Müller, beim Unternehmer Weisbach beschäftigt, fiel am 28. September beim Fügen des Dedenputzes so unglücklich vom Gerüst, daß er eine Schädelverletzung und eine Gehirnerkütterung erlitt. Obwohl er nur 4 m tief herabfiel, sind die Verletzungen doch so schwer, daß er bis zum 30. September das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hatte.

Mischen. Wie viele Menschenleben durch die unheimliche Untreue von Polieren zu grunde gerichtet werden, das zeigt wieder nachstehender Fall: Am 20. September, kurz vor Arbeitsbeginn, ereignete sich an einem Neubau in der Königinstraße ein Unglücksfall. Dort führt die Firma Schumann Steinmetzarbeiten aus. Der neugebaute Polier Galt geignete sich dabei besonders durch unheimliche Treiberei aus, wohl um dem Unternehmer seine Tüchtigkeit zu zeigen. Trotz Abkrätens der Steinmetzgehülften mußten diese auf Befehl des Herrn Galt kurz vor Feierabend rasch noch mit einer sogenannten Patentgange, die in Fachkreisen als höchst unzuverlässig gilt, einen 9 Zentner schweren Stein aufziehen. Das Höchstgewicht für eine Patentgange wäre eigentlich 4 Zentner. Die Steinmetze wollten den Stein in der sicheren Art aufziehen, wie die übrigen Steine, aber der „gestrenge Herr Polier“ wollte dies nicht. Die Gänge mußte genommen werden. So kam es, daß der Stein, als er 1 m über dem Boden schwebte, ins Rutschen kam, wobei dem 25jährigen Steinmetz Steinbauer die linke Hand vollständig zerquetscht wurde. Verzweifelt ist es, daß dabei von dem Stein eine Erde wegsparg, Polier Galt sein Bedauern darüber ausdrückte, während er über die zerquetschte Hand des Steinmetzes kein Wort des Mitleids verlor. Wir möchten dem verantwortlichen Bauleiter sagen, daß so wenig gewissenhafte Elemente zu einem Bauposten nicht geeignet sind.

Oberrigol. Bei den Renovierungsarbeiten an der hiesigen Kirche sind fünf Maurer und Bauarbeiter mit einem ungeschmacklich hergestellten Schwabegerüst verunglückt. Der Maurer Gerges war sofort tot, die Maurer Hamrad und Smarsch haben so schwere Verletzungen erlitten, daß sie jedenfalls ewig Krüppel bleiben werden, die anderen beiden (Bauarbeiter Schach und Maurer Masur) sind mit leichten Verletzungen davon gekommen. Auch bei Kirchenbauten muß man irdische Sicherheitsmaßnahmen treffen, bisher haben sich diese immer noch besser bewährt, als ein halbes Duzend Schutzhelme.

Siegen i. W. Mittwochs, den 25. September, Vormittags 11 Uhr, ereignete sich auf der hiesigen Gasanstalt ein schwerer Unglücksfall. Die Firma Schmel aus Weismeid ist mit der Ausführung der Retortenfenster, die aus feuerfesten Steinen aufgeführt werden, beauftragt. Die Gewölbe werden gleichfalls aus feuerfesten Steinen hergestellt. Die ersten drei Oefen hatte man fertig, und man begann nun mit dem Aufschalen des ersten und zweiten Gewölbes. Bei letzterem erfolgte, da noch keine Verankerung vorhanden war, des Zusammenbruchs, indem die Seitenwände nachgaben. Vier Maurer und der Polier wurden unter den Trümmern begraben. Letzterer erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Entlassung ins Krankenhaus starb. Ein Maurer erlitt einen Schädelbruch, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die übrigen erlitten Arm- und Beinwunden. Die Ursache des Unfalls wird auf das zu frühe Aufschalen zurückgeführt. Ob dem Polier das Festen von Schalholz Veranlassung gab, die Bogen zu entfernen, darüber wird er für immer schweigen. Die Oefen sind 5 m hoch, 3,12 m breit, 3 m lang, sechs liegen aneinander. Der Monteur soll den toten Polier weder gewarnt haben, die Bogen zu entfernen. Es ist ja immer so, daß man dem, der nichts mehr sagen kann, die Schuld beimißt.

Gerichtlich befestigte Baufächer. In Nr. 22 des „Grundstein“ nahmen wir Notiz von einem Bericht im „Samburger Echo“, wonach ein Bauarbeiter in Cuxhaven gemauert worden war, weil er nicht liegen wollte. Der Mann hatte nämlich an dem Bau der Gemeindefabrik Beton geschüttet, der statt vier Teile Kies und ein Teil Zement, wie vorgeschrieben war und auch notwendig ist, nur ein Teil Zement auf sieben bis acht Teile Kies (nach Meinung des Arbeiters war die Mischung sogar 1:12) enthielt. Befragter Arbeiter sollte nun, wenn er gefragt würde, der Bauleitung erklären, der Beton sei vorzüglichsmäßig (1:4) gemischt, und da er sich dessen weigerte, wurde er entlassen. Aber nicht nur das, sondern für die „Freiheit“, nicht zu Gunsten des Unternehmers liegen zu wollen, wurde der Mann auch von den übrigen Baumeistern in Acht und Mann gefasst, und als der Arbeiter diese ihm widersprechende Unbill öffentlich bekannt gab, wurde er sogar noch von dem Schutzbauunternehmer wegen Verleumdung verhaftet. Ueber diese Angelegenheit hat das Schöffengericht in Cuxhaven zu entscheiden.

Das Gericht hat folgendes festgestellt: Nach dem Kontrakt sollte Linders (der Schutzbauunternehmer) vier Teile Kies und ein Teil Zement nehmen. Nach der Zeugenaussage erachtet das Gericht als feststehend, daß nicht 4:1, sondern 7:1 genommen worden ist. Fest steht, daß Linders um den Vertrag gewußt und daß er ihn nicht verhandelt hat, sondern daß er direkt auf seine Veranlassung mit geschahen ist.

Vermerktenswert ist noch, daß der Rechtsbeistand des Privatklägers Linders, Rechtsanwalt Udermark, den Antrag stellte, den Verklagten wegen Verleumdung mit drei Monaten Gefängnis zu bestrafen. Das Gericht warf eine Strafe von K 80 aus, da nicht zu erweisen war, daß Linders dazu beigetragen habe, daß der Arbeiter in Cuxhaven seine Arbeit bestimme.

Der Baufachwindel in baumeisterlicher Beleuchtung. Unfähig einer schweren Baufache in Wien werden dort allerlei Vorhänge gemacht, um die betrübliche Erscheinung in ihren Grundursachen zu erforschen und Mittel und Wege zur Beseitigung des Übels zu finden. Den verschiedensten Lamentos gegenüber stellt sich aber ein Baumeister Haas auf den Standpunkt, daß die Kräfte der freudigen und durchaus notwendig ist und nach Kräften gefördert werden muß, um den Baufachwindel mit Stumpf und Stiel auszurotten. Haas schreibt: „Man kann behaupten, daß sich die weitest größere Zahl der Bauten als eine Kette von Schwundteilen allerhöchster Sorte darstellt und geeignet ist, den ehestig denkenden Beobachter mit Gel- und Wiberwillen zu erfüllen.“ In der weitest größeren Zahl

wird der Gewinn des Unternehmers nicht auf rechtem, geradem Wege, sondern durch Winkelzüge und Ausnutzung der Unwissenheit oder der minderen Erfahrungen anderer gesucht, die nun den „Schwarzen Peter“ aber, wie man sich in Wien volkstümlich ausdrückt, eine „Burzen“ abgeben; ja, es wird ungeheuer gesagt, es handle sich nur um Auffindung einer „Burzen“. Unter hundert Besitzveränderungen bei Häusern find kaum welche die sich nach dem Grundsatz: „Da Ware, da Geld“, abwickeln, sondern nach dem Rezept zu stande kommen, das Schundware, da wieder Schundware“, aber: „da Ransch und da Ransch“, das heißt für ein Haus, selbstverständlich, nachdem es sich bis über den Dachstuhl in einem Sumpfe von Schulden steckt, wird nicht bares Geld, sondern wieder ein verschuldbeter Gegenstand, ein Baugrund, eine Villa, ein Geschäft, eine zweifelhafte Hypothek und dergleichen eingetauscht. Der beliebteste Weg, den eine gewisse Sorte von Bauunternehmern bei der Durchführung ihrer Geschäfte einschlägt, ist der, daß sie nach Anwendung der gewagtesten Mittel bei Herstellung des Hauses und nachdem sie einen möglichst ausgiebigen ersten Hypothekensposten (viele Provinzialparassen wissen davon zu erzählen), der den größten Teil der Kosten der Vorfürung und des Baugrundes deckt, aufgenommen haben, noch einen Vertrauensfögen zu finden trachten, der ihnen gegen Zusicherung hoher Zinsen einen zweiten oder gar noch einen dritten Posten vorstreckt. Bei dem langamen Gange der gerichtlichen Prozesse und der Befähigkeit, mit der von Steuerbehörden Liebertragungsgebühren und Gebäudesteuer vorgeschrieben werden, kann es geschehen, daß diese Bauunternehmer vor dem Hause, von dem kein Gläubiger ihnen gehört, bei einiger Verschicktheit und Durchtriebenheit man nennt solche „a haute“ — noch durch mehrere Zinsquartale den Mietzins einheben. Wenn es dann zum zwangsweisen Verkaufe des Hauses kommt, gehen der ersten Hypothek fünf bis sechs vom Hundert des ganzen Bau- und Grundwertes an Vorkugsposten vor und die Belastung ist schon so groß, daß der zweite Gläubiger, der natürlich, um wenigstens einen Teil seiner Forderung zu retten, Ersterer werden muß, nicht mehr zum Zug kommt, da der Gebäudewert kleiner ist als die Summe der Vorkugsposten (Steuern und Liebertragungsgebühren) und der ersten und zweiten Hypothek. Von einer Befriedigung der Bauhandwerker, selbst wenn sie grundbündelich borgemerkt sind, ist natürlich keine Rede.

Diese Schilderung des Bauwindels dürfte nicht nur auf Wien zutreffen. Auch in unserem herrlichen deutschen Vaterlande wissen die Bauhandwerker und Arbeiter davon ein Lied zu singen.

*** Einwirkung von Rauschgasen auf Sandsteinbauten.**
Es ist eine alte Erscheinung, daß einige Sandsteinarten, sofern sie zu Rauten in Größthaten benutzt werden, vorzeitig verwittern, wodurch der baldige Verfall des Bauwerks herbeigeführt wird. Eine solche Art Sandstein ist u. a. der aus der Umgegend von Schladtau und Neuhäusen, genannt „Stubenandstein“, der teilweise an dem Kölner Dom verwendet worden ist. Nach einer Mitteilung der „Bautechnikzeitung“ sind es ganz eigenartige Veränderungen, die dieser Stein durchmacht. Eine äußerlich scheinbar unbeschädigte skalenförmige Rinde sitzt auf einer weichen Schicht von „Ausblüßungen“, und darunter kommt erst der feste Stein. Nach heftigen Regengüssen sieht man an abtrocknenden Stellen die Schale losgerissen, und

Nun hat Prof. Erich Kaiser in Wien folgende Aussagen für die vorzeitige Witterung der Eispratt festgestellt: Der Sandstein besteht vornehmlich aus Quarz und etwas Feldspat; daneben Zirkon, Apatit, Muscovit und selten Magnetit. Diese Komponenten (Werkstoffe) werden durch ein Bindemittel von Kaolin, Baryt und Dolomit resp. Braunspat vermittelt. Kaolin und Dolomit herrschen aber vor. Die Umwandlungsercheinungen sind in erster Linie durch die Fortführung und Umwandlung des dolomitischen Bindemittels bedingt, und zwar beruht diese auf der Neubildung von wasserhaltigen Kalz- und Magnesiumsulfaten — Bittersalz und Gips — auf Kosten der vorhandenen Karbonate (Kohlensäure Salze). Die Bildung von Sulfaten (Schwefelsäure Salze) auf Kosten der primären Karbonate, insbesondere auf Kosten des Dolomits begu. Braunspats, verlangt zunächst eine Erklärung der Herkunft des Schwefelsäuregehaltes. In den feinsten Bausteinen, wie sie den Steinbrüchen entnommen wurden, ist ein Schwefelsäuregehalt, der zu derartigen intensiven Witterungsercheinungen Veranlassung geben könnte, nicht nachweisbar. Der Schwefelsäuregehalt, der als „Parent“ in einem kleinen Teil der Gesteine vorhanden ist, kann nicht zur Erklärung der Umwandlung der herangezogen werden. Die Schwefelsäure der Neubildungen besitzt also eine andere Herkunft. Der Gölner Dom steht inmitten einer Großstadtsatmosphäre, die außerordentlich reich ist an schwefeligen Säure. Der ganze Umwandlungsprozeß ist auf die Einwirkung von Rauchgasen zurückzuführen, an denen beim Gölner Dom bei der Raucharbeit vielverschiedene Gaslinien, gasreicherer Gölner und Freibahnhäuser mit Zentralheizungsanlagen, inmitten eines weit ausgedehnten Häusermeeres, an die sich zahlreiche industrielle Anlagen anschließen, kein Mangel. Die leichte Opportunität der schwefeligen Säure bedingt, daß schon die auf die Fassade niederfallenden Regen mit einer gewissen Menge von Schwefelsäure beladen sind. Diese Lösungen dringen teilweise in die Gesteine ein, zum Teil werden sie aber auch oberflächlich abgeführt. Von den eingedrungenen Massen verdunstet ein Teil des Wassers. Neuer Regen bringt von neuem verdünnte Schwefelsäure, die auf diesem Wege mehr und mehr in dem Gesteine angereichert werden kann. Schon im fast verdünnten Zustand wird sie auf das Karbonatbindemittel einwirken. Sie wirkt auf dieses langsam aber fortgesetzt ein, in dem von neuem zerlegend. Der Prozeß wird unter dem Einfluß der immer wiederkehrenden Niederschläge solange fortbauern, wie überhaupt noch ein dolomitisches Bindemittel in dem Gestein vorhanden ist. Es ist noch besonders zu beachten, daß mit dem fortschreitenden Angriffe der Lösungen auf das Gestein dieses immer poröser wird. Es kann infolgedessen immer größere Wassermassen und da-

mit zusammen immer größere Gasmengen aus der Atmosphäre aufnehmen. Wenn der Vorgang einmal begonnen hat, so wird er, da die Zufuhr von Wasser und Gas kaum abgemindert werden kann, sich immer mehr verstärken. Die gegebene Erklärung der Umwandlung am Colner Dom läßt vermuten, daß auch anderwärts Erscheinungen fortschreitender Verstärkung zu beobachten sein würden, wo der Stufenanstieg herando und längere Zeit andauerte ausgeübt war. Und in der That wurden dieselben vorgefunden beim Münster in Ulm, bei der Marienkirche in Stuttgart und beim Rathaus zu München. Gegenüber diesen Veränderungen des Schallbörger Gefiekes in den Großstädten war auch zu vermuten, daß sie bei anderen, günstigeren Atmosphärenverhältnissen unterbleibe. Dies ist der Fall. Das günstige Beobachtungsobjekt hierfür liegt in dem Schloße zu Neuschwanstein bei Füssen in Oberbayern, vor. Der Sandstein ist hier zu Türmen, Erzen, Portalen, Figuren u. s. v. verwendet worden, aber trotzdem gleichmäßig gut erhalten, selbst bei den Schornsteintränken. Die reine Gebirgsluft ist eben gänzlich frei von der das Gefie zerstörenden schweifigen Säure.

* **Ein zweiter Simplotunnel.** Für den Bau des zweiten Simplotunnels hat der Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen bereits im Sommer einen Kredit von 34,6 Millionen Francs bewilligt. Der Etat der Bundesbahnen für 1908 sieht für diesen Tunnel eine erstmalige Ausgabe von einer Million Francs vor. Im Parallelschollen bröckelt das Gestein an Wänden und Decken dergeßalt ab, daß die Fertigstellung des zweiten Tunnels nicht umgangen werden kann. Die beiden Tunneln sind von Waße zu Waße 17 m voneinander entfernt. Angesichts dieser Distanz muß beim Bau des zweiten Tunneln alle Vorkehr angewendet werden, damit während der Wauzeit, die auf sieben Jahre veranschlagt ist, die Betriebssicherheit des ersten Tunneln nicht leide. Die Erbauer des ersten Tunneln, Brandt, Brannau u. Cie, haben sich seinerzeit durch Vertrag verpflichtet, den zweiten Tunnel, mit Ausnahme von Verschotierung und Oberbau für 19½ Millionen Francs herzustellen, sofern ihnen zwei Jahre nach Fertigstellung des ersten Tunneln ein Auftrag hierzu erteilt wird. Die Bundesbahnen haben den ersten Tunnel am 22. Februar 1906 übernommen, bis zum 22. Februar 1908 muß daher der Simplotbangeßellschaft der Bauauftrag erteilt werden. Die für den zweiten Tunnel bewilligten Beträge belieben sich ursprünglich auf nur 15 Millionen Francs, durch Nachtragßvertrag vom 9. Oktober 1903 wurden sie dann auf Ansuchen der Unternehmung auf 19½ Millionen Francs erhöht.

Dazu wird der „Böf. Ztg.“ aus Vorn geschrieben: „Seit Abſchluß des zweiten Vertrages find die Arbeitslöhne noch weiter geſtiegen, weshalb man in technifchen Kreiſen, die der Firma naheſtehen, verſichert, daß dieſe am Bau des zweiten Tunnels keinen Gewinn erzielen und ſogar durch unerwartete Ereigniſſe und unvorhergeſehene Schwierigkeiten Verluſte erleiden kann. Die Unternehmung hat daher den Bundesrat ſchon vor einiger Zeit erſucht, ſie ihrer Verpflichtung zu entbinden, doch ſie weder der Bundesrat noch die Generaldirektion der Bundesbahnen geneigt, dieſem Wunſch Folge zu geben. Sie legen ſogar im Gegenteil Wert darauf, daß der zweite Tunnel von derſelben Firma hergeſtellt werde, damit die Erfahrungen des früheren Tunnelbaues beſſer verzuwendet werden. Jedemfalls beabſichtigt die Tunnelunternehmung nun, dem Bund eine Erhöhung der Bauſummen zu verlangen.“

Sollte sich hinter der Verufung auf die gestiegenen Arbeitslöhne nicht eine geschäftliche Speculation verbergen? Das erscheint uns nicht ausgeschlossen. Vom Bund darf man verlangen, daß er einen Druck auf die Arbeitslöhne verhindert.

Aus anderen Berufen.

* **Töpferstreik in Berlin.** Die Töpfer in Berlin find in den Streik eingetreten, nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern jede Möglichkeit der Verständigung gescheitert hätten. Der alte, bis zum 1. Oktober dieses Jahres geltende Tarif sollte erneuert werden; die Arbeiter waren damit zufrieden gewesen, wenn einwilligen der alte Vertrag fortbestanden hätte. Dem widersprechen jedoch die Unternehmer mit aller Gewalt. Sie hätten einen Tarif mit reduzierten Lohnsätzen entworfen, für den sie die Anerkennung der Arbeiter verlangten. Diese fonderbare aber recht lehrreiche Situation schilderte der Vorsitzende des Töpferverbandes, Genosse Drunzel, in einer Versammlung der Streikenden, als dort der Vorschlag gemacht wurde, als Antwort auf das Anerbieten der Unternehmer vom 10 bis 15 pSt. Aufschlag auf den alten Tarif zu fordern. Gegen diesen Vorschlag sprach der Verbandsvorsitzende Drunzel, weil der Kampf der Berliner Töpfer nicht um Erhöhung, sondern um Erhaltung und Befestigung des Tarifs geführt werde. Drunzel gab dann eine Uebersicht über die Entwicklung des Kampfes. Die Gehilfen hatten bekanntlich feinerzeit beschlossen, den Tarif nicht zu kündigen. Sie hätten nur einige Wünsche geäußert, die man bei Verlängerung des Tarifs hätte berücksichtigen können. Die Unternehmer aber kündigten den Tarif und kamen dann mit ihrem bis zu 40 pSt. verschlechterten Entwurf. Sie ließen danach zwar etwas ab von ihren Forderungen, beschlossen aber in der Innungsversammlung, acht Tage vor Ablauf des alten Tarifs, ihren reduzierten Entwurf am 1. Oktober einzuführen und alle die Gesellen auszusperren, die sich dem widersetzen. Nachdem dann durch den Obermeister Ziele nochmals Verhandlungen in Aussicht gestellt wurden, zeigte sich die Gehilfenschaft bekanntlich bereit, trotz der ungeheuerlichen Verschärfung der Tarifverhandlungen, auch noch deren Ergebnis abzuwarten um kein Mittel, den Frieden im Gewerbe zu sichern, zu benutzt zu lassen. Die Schuld, daß es zum Kampfe gekommen ist, liegt also durchaus auf seiten der Unternehmer.

Die loskorganisierten Köpfer haben beschlossen, nach dem auch ihr Versuch, die Unternehmer für die weitere Gültigkeit des alten Tarifs zu gewinnen, gescheitert ist mit dem Zentralverband gemeinschaftlich vorzugehen.

* Der Vergarbeiterstreik in der Niederlausitz hat einen größeren Umfang angenommen. Das „Eingreifen“ des Staates befruchtet sich auch in diesem Falle auf die Abstimmungsbewegung von Gewerksamen und Politischen nach dem Streikgebiet. Das hat denn auch den (gewünschten) Erfolg gehabt, daß Blut gestossen ist. Von dem dort hingehörligen Streikbrechergesindel sind schwere Exzesse hervorgerufen worden. Einer von diesen nützlichen Elementen hat den Gewerkschaften Zugang zum Werkstätten-Abel ausgerichtet. Natürlich will man die Bluttat auch den Streikenden zur Last legen. Von Vermittlungsversuchen der Behörden ist noch nichts bekannt.

* Die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften in Rußland. Mit jedem Tage verschlechtert sich die Lage der russischen Gewerkschaften mehr. Die Repressalien der Administration haben einen wahrhaft epidemischen Charakter angenommen, und die Gewerkschaften werden buchstäblich Hundstöße gelassen. So wurde in den letzten Tagen der neutrale Textilarbeiterverband in Tobolsk gelassen und dessen Vorstand in vollem Besande arestiert; gleichfalls gelassen wurde „wegen Ingerierung eines Streiks“ der Handlungsgewerkschaftenverband in Winsk u. u. s. w. Die Gouvernementsämter „in Sachen der Vereine und Verbände“ können in der Schnelligkeit und Energie ihrer Repressalien tätigkeit mit den Kriegsfeldgerichten konkurrieren. So wurden allein auf der letzten Sitzung des Gouvernementsamtes in Witebsk mit einem Schläge zehn Verbände geschlossen: der Handlungsgewerkschaftenverband in Witebsk und neun andere Verbände in Dwinisk. Diese Angaben sind natürlich bei weitem nicht erschöpfend. Aus Petersburg und Moskau, aus Riga und Sankt — von überall — kommen Klagen über Repressalien der Administration. „Die letzten Repressalien haben auf die Lage der Gewerkschaften außerordentlich schädigend zurückgewirkt“ — so wird dem „Gewerkschafts-Anzeiger“ aus Kiew geschrieben. „Der Druckerarbeiterverband ist geschlossen. Die anderen Verbände erwarten täglich dasselbe Schicksal. Versammlungen werden nur mit großer Mühe gestattet, und auch dann darf über nichts gesprochen werden.“ In vielen Handels- und Industriezweigen ist die Gewerkschaftsbewegung fast vollständig zurückgegangen. So funktionierten Anfang dieses Jahres in Saratow 18 Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl mehr als 8000 betrug. Jetzt aber existieren tatsächlich bloß vier Verbände (der Kontoristen, Metallarbeiter, Maschinenarbeiter und Schneider), und die Zahl ihrer Mitglieder überschreitet nicht 300. Doch auch diese Verbände zeigen nicht die geringste Tätigkeit und halten sogar keine Versammlungen ab. „Die Gewerkschaftsbewegung in der Krain, konstatiert die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in Simferopol, flaut hauptsächlich infolge der administrativen Repressalien und des Drucks des Unternehmerverbandes ab. In Simferopol selbst ist ein allgemeiner Rückgang aller Gewerkschaften zu verzeichnen.“

Das sind die Resultate des räuberischen Vorgehens der Regierung gegen die Gewerkschaften. Was Wunder, wenn die Gewerkschaften selbst die Frage der illegalen Gewerkschaften auf die Tagesordnung stellen?

Polizei und Gerichte.

Streiknachwehen in Erfurt. Ueber einen großen Streikprozeß in Erfurt berichtet der „Vorpörs“: „Am 1. October wurde vor der Strafkammer des Landgerichts gegen zwölf Bauarbeiter verhandelt, die sich gegen die §§ 111, 114, 116, 185 des Strafgesetzbuches sowie gegen die §§ 183 der Gewerbeordnung vergangen haben sollten. Die Anklage liegt folgender Vorfall zu grunde: Am 22. Juli dieses Jahres waren auf dem Bahnhof des Personenbahnhofs Erfurt eine Anzahl ausständiger Maurer und Bauführer auf Streikposten ufo. anwesend, als sie durch das Auftreten eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitwilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch Abends gegen 8½ Uhr von Halle her eintrafen und für den Maurermeister Großmann in Erfurt angeworben waren. Das versetzte die Ausständigen natürlich in große Erregung und als der Zug einfiel, suchten sie die Italiener zur Weitefahrts zu bewegen; dem wollte auch ein Teil der Leute nachkommen. Die Anklage behauptet jedoch, daß einige der Angeklagten die Italiener gewaltfam am Aussteigen gehindert und sie in den Wagen zurückgeworfen hätten. Auch zwei Polizeibeamte sowie der Bauunternehmer sollen tätlich angegriffen, bedröht und beleidigt worden sein. Inzwischen hatte sich, da die Vorgesähe bekannt geworden waren und um diese Zeit ein lebhafter Zugverkehr herrschte, auf dem Platz vor dem Bahnhof eine große Menschenmenge angesammelt, die nur schwer und nach Aufgebot einer großen Anzahl Gendarmen auseinandergebracht werden konnte. Unter dieser Menschenmenge soll sich die Mehrzahl der Angeklagten ebenfalls befunden haben und nicht der dreimal erlassenen Aufforderung zum Auseinandergehen gefolgt sein; gegen sie richtet sich mithin außerdem die Anklage aus § 116 wegen Auflaufs. Ein Angeklagter endlich hatte sich wegen Widerstandes gegen einen Polizeibeamten zu verantworten.

Nach Beendigung der umfangreichen Weisaufnahme beschloß das Gericht zunächst, sich wegen der auf dem Wahntage und am Wahntage abgeleiteten Vorgänge für unaufständisch zu erklären und die daran beteiligten sechs Angeklagten dem Schurkergerichte zu überweisen. Von der Teilnahme an dem Menschenauflauf auf dem Vorplatze werden sechs Angeklagte freigesprochen. Wegen vier mußte der Staatsanwalt nach dem Ausfall der Weisaufnahme selbst Freisprechung beantragen. Wegen drei andere Angeklagte wird nochmals gesondert verhandelt werden, weil sich eine weitere Reueübernehmung nötig macht. Ein Angeklagter wurde wegen Beteiligung am Aufsturm an einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Die Widersprüche, die in den Zahlenangaben zu sein scheinen, können wir auch nicht lösen, da uns ein anderer, übersichtlicher Bericht fehlt. Dem Ausgange des Prozesses vor dem Schwurgericht wird man mit einiger Bestimmtheit entgegensehen müssen; denn es ist schon all-

zuoft dagesen, daß die Geschworenen, die ja meistens den Angeklagten und ausübenden Klassen angehören, Wahrsprüche abgeben, die schwere Urteile zur Folge hatten.

* **Wegen Boykotts** erst verurteilt und dann freigesprochen sind die Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsrates in Preußen. Sie hatten durch Flugblätter aufgefordert, die Lokale, die für Arbeiterversammlungen nicht zu haben sind, zu meiden. Im dem Verleihen dieser Flugblätter erblühte das Schöffengericht dieselben einen Verstoß gegen § 300 Nr. 11 St.-G.-B. (Verleihen groben Unfugs) und verurteilte die Angeklagten zu je 15 Geldstrafe. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung, da das Boykottieren einzelner Lokale keine strafbare Handlung sei. Bekanntlich hat das Reichsgericht auch schon in diesem Sinne entschieden, was natürlich nicht ausschließt, daß sich andere Gerichte doch auf einen anderen Standpunkt stellen.

Verschiedenes.

* **Vom Teufel.** Zu den wichtigsten, viel gebrauchten Requiriten der politischen Kreisblattpresse gegen die Sozialdemokratie gehört das anmutige Märchen vom „Teufel“. Im „Zukunftstaat“ wird alles „gepöbel“, sogar das Heub mit irgend einem fremden Manne oder gar interjektiv geteilt werden, wenn der oder die andere feins hat! Alle diese Märchen zum Kopfschütteln des honesten Bürgers gegen unsere Bewegung kennen ja unsere Leser, weshalb wir sie damit nicht aufhalten brauchen. Es ist aber ganz interessant, mal dem Gedanken des „Teufels“ nachzugehen und festzustellen, was wohl für die Interessierten — und das wäre ja die ganze Bevölkerung — dabei herauspringen würde. Einigen Anhalt dafür bietet die preussische Steuerstatistik, weil sie Angaben über das versteuerte Einkommen und in denen über die Ergänzungsteuer auch solche über die vorhandenen Vermögen enthält.

Im Jahre 1906 wurde in Preußen ein Einkommen der Rentiten von 10 831 802 000 veranlagt (1905 ein solches von 9 668 608 000). Da nun Preußen nach den Fortschreibungen der Reichsstatistik im Jahre 1906 37 859 000 Personen (1905: 37 283 000) zählt, so entfallen auf den Kopf der Bevölkerung M 278 (M 259) Einkommen pro Jahr. Das ist nicht viel, namentlich wenn man bedenkt, daß eine fünfköpfige Familie pro Jahr nur M 1395 (M 1295) zur Verfügung hätte. Eine Haushaltung besteht aber durchschnittlich aus 4,8 Köpfen, so daß jede Familie im Durchschnitt auch nur M 1200 (M 1195) jährliches Einkommen zur Verfügung hätte. Dieses Einkommen flösse jedoch allein aus dem „veranlagten“ Einkommen, das bei M 900 beginnt. Es fehlen daher die niedrigeren Einkommen von 8,29 Millionen Rentiten, die Staatseinkommensteuerfrei sind, weil ihr Einkommen den Betrag von M 900 pro Jahr nicht erreicht, oder die aus irgend welchen Gründen freigestellt sind (1906: 810 465 Personen). Deren Einkommen dazu gerechnet, würde die Gesamtsumme doch noch wesentlich erhöhen und zu keinem allzu schlechten Einkommenslage führen. Der Zustand nach der „Teilung“ wäre sicher bedeutend besser als der jetzige, wo die 1 261 890 Personen mit mehr als M 3000 Jahreseinkommen allein M 4 780 688 094 Einkommen haben, das sind allein über 46 pSt. des veranlagten Einkommens, während die anderen 7,2 Millionen Rentiten mit M 900 bis 3000 Jahreseinkommen zusammen nur M 5 551 118 875 einnehmen, das heißt pro Rentit M 7701 — Eine Verteilung auf die Zahl der physischen Rentiten gibt natürlich ein sehr schönes Bild; entfallen doch auf jeden derselben M 2430 (M 2434). Das besagt aber für die Verteilung des Einkommens gar nichts.

Schreiten wir zur „Teilung“ des Vermögens. Nach den Ergänzungsteuerbestimmungen bleiben die Vermögen unter M 6000 steuerfrei. Sie entgehen der Statistik infolgedessen ganz, und wir erkennen, daß wir zu einem wesentlich höheren Vermögenslage kommen müßten, als jetzt nach den Ergebnissen der Ergänzungsteuer. Aber wir wollen uns schon damit begnügen. In Preußen finden wir 1905 666 283 Rentiten, die Ergänzungsteuer bezahlen. Sie besitzen zusammen ein Vermögen von 52 056 Milliarden Mark und bezahlen M 28 181 000 Ergänzungsteuer. Verteilen wir dieses Vermögen auf die einzelnen Rentiten, so entfallen auf jeden M 1400, also auf jede Familie in Preußen das ganz nette Einkommen von M 4450. In dieser Summe sind die anderen Vermögensarten, also der Besitz von Immobilien usw. noch nicht enthalten.

Alle diese Daten ergeben sich unter der Annahme, daß die Bevölkerung wirklich ihr volles Einkommen und ihr volles Vermögen versteuert. Jeder weiß aber, in welchem Maße überall Steuerhinterziehungen gerade von den wohlhabenden Reuten geschehen. All dies zu dem Einkommen und Vermögen der Freigestellten und Nichtsteuerpflichtigen hinzugezogen, ergibt kein schlechtes Bild von dem Einkommen und dem Besitzstand des preussischen Volkes. Einen denkenden Betrachter wird das nicht verwundern; denn wo soll denn all der Wert hin, der aus den zahllosen Millionen fleißiger Hände fließt? Das Proletariat würde in der Tat gar kein so schlechtes Geschäft machen, wenn es eine wirkliche „Teilung“ nach den Ideologien des Epiepers vornähme. Der Gedanke selbst würde vielleicht manchem Angehörigen dieser Gesellschaftsklasse unter diesem Gesichtswinkel gar nicht so unsympathisch erscheinen!

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer). Heft 52 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Julius Möller zum Gedächtnis. Von M. G. — Ein Vierteljahrhundert. — Ueber den Marismus in Rußland. (Zum fünfzigjährigen Jubiläum der „Neuen Zeit“.) Von Trotsky. — Möglichkeiten des Klassenkampfes. Das Verhältnis des Proletariats zur Monarchie. Von Karl Renner. — Die Geschichte eines Buches. Von Otto Bauer. — Sozialdemokratische Handbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Gursky (Petersburg). I. — Sozialismus in der amerikanischen Poesie. Von Henriette Moland-Göpf.

Die „**Neue Gesellschaft**“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braum und Lily Braum, Verlag, Berlin NO 6, Charlottenstr. 3, Verbands- haus des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis für das

Einzelheft 10 M. Probehefte kostenlos). Heft 16 des 5. Bandes. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Erst etwas, dann alles! — Alwin Saenger: Der neue bayerische Landtag und seine Aufgaben. — G. B. Wiegand (Amsterdam): Zur Kolonialfrage. — Bruno Buchwald: Die Gewerkschaftsbank.

Führer durch die Unfallversicherung des Deutschen Reiches. Für die Versicherten nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung, bearbeitet von Ernst Funke, Kaiserlichem Expedienten-Sekretär im Reichsversicherungsamt. Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. 8, Mohrenstr. 13/14. Preis für das einzelne Exemplar 60 M., Partiepreise geringer.

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika. von Hermann Schlüter. Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart: XII und 216 Seiten Großformat. Preis broschiert M. 3, gebunden M. 4.

Der Verfasser, seit langen Jahren Redakteur der „New Yorker Volkszeitung“, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten an der Hand eines großen Quellenmaterials, das er sich durch eifrige Sammelarbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Wilhelm Weitling und seine Migration in Amerika. — Negerkollaboration und Arbeiterbewegung. — Der sozialistische Turnerbund.

Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Migration behandelt, von großem Interesse. Ihm ist ein Stück Autobiographie Weitlings beigegeben, die nirgend bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

Briefkasten.

Todesanzeigen. die eingelangt sind, werden wieder im „Grundstein“ vermischt. Das ist richtig; es waren in der letzten Woche wieder vier oder fünf, die viel zu spät eingingen und da r u m nicht mehr veröffentlicht wurden. Es ist ja genügend bekannt, daß diese Anzeigen spätestens acht Tage nach dem Sterbefall eingelangt werden müssen.

Wellingsdorf. Wenn Sie nur die drei Werte haben, dann ist es doch allem notwendig, daß Sie unsere eigene Gewerkschaftsliteratur für die Bibliothek anschaffen: Die Geschichte der Maurer Deutschlands, die Protokolle über die Verhandlungen der Verbandstage und Bauarbeiterkongresse. Ferner ist notwendig: Vereinsgesetz, Gewerbeordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Strafgesetzbuch, Arbeiterrecht (Stadthagen), Krankenversicherungs-, Invaliden- und Unfallgesetz. Dann nehmen Sie die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Arbeit und Kultur, Laßalles Neben und Schichten.

Malchin, Sch. Die „Güterrenten“ zwischen Mann und Frau hat keinen Einfluß auf die Rentenberechtigung.

Würgburg, Krankenkasse: zu spät.

Barmen, B. Das sollte Dir doch bekannt sein, daß der „Grundstein“ keine Geschäftsanzeigen aufnimmt. In jeder Nummer ist es zu lesen.

Croppenstedt, G. G. Erfinden Sie sich vor der Klageerhebung bei einem zuverlässigen Baumeister, um feststellen zu lassen, ob der Erbauer des Hauses groß fahrlässig gehandelt hat. Zur Durchführung der Klage müssen Sie einen Rechtsanwalt haben.

Griesheim, Sch. 1. Lebenslanglich ist natürlich bis zum Lebensende des Verurteilten. 2. Ja!

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Hauptstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 M.)

Berlin-Gr. Richterfelde. Am 3. Oktober starb unser Ehrenmitglied **Carl Garisch** im Alter von 38 Jahren an Nieren-Wasserleucht.

Graubenz. Am 24. September verstarb unser Verbandskollege **Joseph Rentschitzki** infolge Absturzes vom Gerüst.

Libeck. Am 25. September starb nach langem Leiden unser Kollege **F. Ramm** gen. **David** im Alter von 36 Jahren an Nierenleiden.

Nauen. Am 26. September 1907 schied unser treuer Verbandskollege und langjähriger Vorsitzender **J. Trotschowsky** freiwillig aus dem Leben.

Neustadt i. Pst. Am 29. September starb unser treues Mitglied **Heinrich Benn** aus W u j e n s d o r f im Alter von 44 Jahren an Schlaganfall.

Nürnberg-Fürth. Am 27. September starb unser treuer Verbandskollege **Georg Kitzmann** im Alter von 36 Jahren an den Folgen eines Sturzes vom Bau.

Reichenbach i. B. Am 24. September starb unser Verbandskollege **Otto Seifert** im Alter von 33 Jahren an Magenleiden.

Strasburg i. El. Am 26. September starb nach langer Krankheit unser treues Verbandsmitglied **Wilhelm Obrecht** im Alter von 61 Jahren:

Ehre ihrem Andenken!

Achim.

Die Wohnung des ersten Vorsitzenden **Fritz Staab** ist Oberrnstr. 150, die des Kassiers **Max Lorenz**, Am Zimmerplatz. [M. 1,50] Der Vorstand.

Cassel.

Alle für den Zweigverein Cassel bestimmten Sendungen sind von jetzt an den Kollegen **C. Jungklaus**, Wollfagerstraße 5/7, Gewerkschaftshaus, zu richten. [M. 1,80] Der Vorstand.

Konitz i. Westpr.

Die Adresse unseres neugewählten Vorsitzenden ist jetzt: **Franz Feiner, Schützenstr. 81.**

[M. 1,80]

Der Vorstand.

Pölitz.

Meine Wohnung befindet sich jetzt:

Schützenstraße 40

[M. 1,80]

J. Dinse, Kassierer.

Gevelsberg.

Unser Vereinslokal ist von jetzt an bei

Wilhelm Hammes, Hahlinghauserstraße 9.

Versammlung siehe Versammlungsanzeiger.

[M. 2,10]

Der Vorstand.

Der fremdgeschriebene Maurer **Friedrich Röttiger**, geboren am 30. August 1882 zu Hannover, wird von seinen Eltern gebeten, nach Hause zu kommen oder seine Adresse anzugeben. Die Mutter ist schwer krank. Kollegen, die den Aufenthalt oder seine Adresse wissen, werden ersucht, das an **Eduard Röttiger, Hannover, Alte Döhrenstr. 13, A 4**, mitzuteilen.

Neuiges.

Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 4 Uhr:

Zweites Stiftungsfest

im Lokale des Herrn August Schmahle, Alte Turnhalle

bestehend in

Konzert und humoristischen Vorträgen sowie Ball.

Alle Verbandskollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3,90]

Der Vorstand.

Mülhausen i. E.

Sonntag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr:

Dreizehntes Stiftungsfest

im „Eiskeller“ (Ramsplatz).

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

[M. 8]

Der Vertrauensmann.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 13. Oktober.

Ahrensböck. Nachm. 3 Uhr bei G. Strebe. Referent: J. Mäkel-Bäcker.

Annaburg. Vorm. 11 Uhr in der Gesellschaftshaus.

Cöln a. Rh. (Häuser und Fugger) Vorm. 11 Uhr bei G. Dampsch, Kämmergasse 18. T.-D.: Neuwahl der Hofkommission.

Delitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Lindenhof“.

Driesen. Nachm. 2 Uhr außerordentliche Versammlung im „Ottergutgarten“.

Greene. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Westbrodmann. Tagesordnung sehr wichtig. Referent zur Stelle.

Konitz. Nachm. 4 Uhr bei Fietzenberg, Hauptmarkt. Wähler sind mitzubringen.

Lochow. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Weber in Pukutz. Wähler mitbringen.

Seesen. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 15. Oktober.

Altenburg. Nachm. 6 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“. Mitgliedsbücher mitbringen!

Hamburg. (Sektion der Zementierer) Abends 8 1/2 Uhr im oberen großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Neusalz. Neuwahl eines Kassierers. Referent anwesend.

Donnerstag, den 17. Oktober.

Grünberg i. Schl. Abends 6 Uhr in Adams Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Guben. Abends 6 1/2 Uhr bei Stein. Referent anwesend.

Sonntag, den 19. Oktober.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr.

Elsterwerda. Abends 8 1/2 Uhr. Referent anwesend.

Sonntag, den 20. Oktober.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Ochsen“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Nossen. Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Deutscher Krog“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dienstag, den 22. Oktober.

Gevelsberg. Abends 8 Uhr bei Hammes, Hahlinghauserstr. 9. Referent: Kollege Bender-Gern.

Sonntag, den 27. Oktober.

Lindow. Nachm. 2 Uhr. Referent anwesend. Versammlung am 30. Oktober fällt aus.

Zentral-Krankenklasse der Maurer usw.

Sonntag, den 13. Oktober.

Marlendorf-Tempelhof. Vorm. 9 Uhr Generalversammlung bei Reichardt.

Sonntag, den 19. Oktober.

Mahlsdorf a. d. Osib. Abends 8 Uhr bei Schiefer, Schönerstraße.

Spandau. Abends 9 Uhr bei G. Wölfe, Lindenstr. 17. T.-D.: Abrechnung vom dritten Quart. Kassengelegenheiten.

Sonntag, den 27. Oktober.

Potsdam. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Dabenthin.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Nier & Co. in Hamburg.